

POLITISCHE STUDIEN 463

Orientierung durch Information und Dialog

 Hanns
Seidel
Stiftung

66. Jahrgang | September-Oktober 2015 | ISSN 0032-3462 | € 5,50

/// IM FOKUS

BEVÖLKERUNG UND ENTWICKLUNG

Mit Beiträgen von

Renate Bähr | Gerhard K. Heilig | Stephan Klasen | Josef Schmid | Thomas Silberhorn



/// MARKUS BLUME Politische-Studien-Zeitgespräch: Die Zukunft auf dem Programm

/// CHARLES WESTON Amerikanische Außenpolitik unter Obama

/// PETER WITTERAUF Diskussion um das Bargeld

www.hss.de



„Die Bereitschaft, sich an die Unionsregeln zu halten, und der Aufbau von Stabilität sind die derzeit **WICHTIGSTEN** Aufgaben.“

EUROPAS ZERREISSPROBE

Solidarität wird laut Duden als ein „unbedingtes Zusammenhalten mit jemandem aufgrund gleicher Anschauungen und Ziele“ definiert. Sie ist ein Korrektiv, das dafür sorgt, dass nicht bei jeder Schwierigkeit thematisiert wird, ob die EU Perspektive hat. Denn wenn so gedacht und agiert wird, geraten deren Grundpfeiler ins Wanken.

Mit dem Vertrag von Lissabon erhielt die Maxime Solidarität eine primärrechtliche Verankerung als Strukturprinzip der EU. Derzeit jedoch wird der Europäische Gedanke aus einigen gesellschaftlichen Richtungen immer wieder in Frage gestellt und kritisch betrachtet. Die Gefahren des Zerfalls Europas im Kontext der Eurokrise und Griechenlands werden vielfältig diskutiert. Nun kommt mit den Flüchtlingsströmen eine neue, ungeahnte Herausforderung auf uns zu. Die Zerreißprobe findet kein Ende.

Für Griechenland wurde – zumindest vorübergehend – eine Übereinkunft erzielt. Nun arbeitet die Politik fieberhaft an einer Lösung der Flüchtlingskrise. Handlungszwänge bauen sich oft erst in einer dramatischen Zuspitzung der Situation auf, aber noch scheint ein europäischer Weg in weiter Ferne. Grenzkontrollen an Binnengrenzen können keine langfristige Lösung dieser humanitären Katastrophe bringen. Es bedarf gemeinsamer Verteilungsschlüssel und einer Aufnahmeübereinkunft.

Wir brauchen ein neues Verständnis in der Europäischen Union, dass nationale Probleme nicht nur die der betroffenen Länder, sondern der gesamten Europäischen Gemeinschaft sind. Wir müssen gemeinsame Identität lernen und dürfen nicht durch die Angst vor Unbekanntem unsere europäische Solidarität beschädigen. Die Bereitschaft, sich an die Unionsregeln zu halten, und der Aufbau von Stabilität sind die derzeit wichtigsten Aufgaben. Denn nur so wird die EU uns auch zukünftig Sicherheit, Zusammenhalt und Wohlstand garantieren.

Kea-Sophie Stieber
ist Referentin für Europäische Integration, Europa- und Völkerrecht,
Bürgerrechte und Verfassungsstaat der Akademie für Politik und
Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

INHALT



29

IM FOKUS

12 DEMOGRAPHISCHE UNGLEICHGEWICHTE WELTWEIT UND IHRE FOLGEN

Einführung
SUSANNE SCHMID

16 DEMOGRAPHIE UND ENTWICKLUNG

Hintergründe der Weltbevölkerung
JOSEF SCHMID

29 AFRIKA UND EUROPA INMITTEN EPOCHALER DEMOGRAPHISCHER TRANSITION

Unterschiede in den demographischen Trends
GERHARD K. HEILIG

42 CHANCEN UND RISIKEN DES GLOBALEN DEMOGRAPHISCHEN WANDELS

Wie wird sich die Weltbevölkerung zukünftig entwickeln?
STEPHAN KLASSEN

48 URSACHEN, FOLGEN UND POTENZIALE IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN

Wohin geht es mit der Weltbevölkerung?
RENATE BÄHR



16

60 BEVÖLKERUNGSDYNAMIK

Ein wichtiger Faktor nachhaltiger Entwicklung
THOMAS SILBERHORN

POLITISCHE-STUDIEN-ZEITGESPRÄCH

06 DIE ZUKUNFT AUF DEM PROGRAMM

Im Wandel der Zeit
MARKUS BLUME

ANALYSEN

66 AMERIKANISCHE AUSSENPOLITIK UNTER OBAMA

Ist das ein Abgesang auf eine Weltmacht?
CHARLES WESTON

76 DIE SPD ZWEI JAHRE VOR DER BUNDESTAGSWAHL

Eine Partei ohne Seismograph und Kompass
HARALD BERGSDORF

84 DISKUSSION UM DAS BARGELD

Plastik statt Cash?
PETER WITTERAUF

ZUM GEDENKEN AN FRANZ JOSEF STRAUSS

92 100. GEBURTSTAG VON FRANZ JOSEF STRAUSS

„Dankbar rückwärts, mutig vorwärts, gläubig aufwärts“
URSULA MÄNNLE, EDMUND STOIBER

AKTUELLES BUCH

104 ALS CHRIST DEN WANDEL GESTALTEN

Aufbruch als Antwort auf Umbruch
MICHAEL RUTZ

RUBRIKEN

03 EDITORIAL

107 REZENSIONEN

118 ANKÜNDIGUNGEN

122 IMPRESSUM



60



66

/// Im Wandel der Zeit

DIE ZUKUNFT AUF DEM PROGRAMM

MARKUS BLUME /// ist seit 2008 Abgeordneter im Bayerischen Landtag. Als Vorsitzender der CSU-Kommission für Grundsatzfragen und Programm verantwortet er einen breit angelegten Meinungsbildungsprozess innerhalb der Partei, an dessen Ende ein neues Grundsatzprogramm stehen wird. Anlass für die Fortschreibung des Programms sind weltweite technologische und gesellschaftliche Umbrüche, die im Gegensatz zu früheren Veränderungsprozessen weit dynamischer ablaufen. Im Interview beschreibt Markus Blume, wie und warum Politik in Zeiten des Wandels ihren Gestaltungsanspruch formuliert.

Politische Studien: Herr Blume, Ihr Name wird oft zusammen mit dem Begriff „Modernisierer der Partei“ in Verbindung gebracht. Was verbirgt sich dahinter? Ist Modernisierung nicht etwas zutiefst Alt-modisches?

Markus Blume: Gegenfrage: Ist Modernisierung nicht etwas zutiefst Normales, gerade im politischen Kontext? Ich erinnere mich an den von Edmund Stoiber regelmäßig getätigten Ausspruch: „Wer

sich nicht erneuert, wird vom Wähler erneuert.“ Weder Bayern noch die CSU sind jemals stehen geblieben. Mit der Zeit, aber nicht mit dem Zeitgeist zu gehen, das ist das Erfolgsrezept. Richtig ist, dass wir aktuell die wahlfreie Zeit in der Partei für einen vielleicht etwas größeren Modernisierungsschritt nutzen. Der Generalsekretär treibt die organisatorische Weiterentwicklung der CSU als moderne Volkspartei voran, wir in der Grundsatzkommission die inhaltliche. Rechtzeitig vor den nächsten Wahlentscheidungen wird sich die CSU optimal präsentieren: mit neuer Parteizentrale

“

Mit der Zeit, aber nicht mit dem Zeitgeist zu gehen, ist das **ERFOLGSREZEPT**.



„Wir leben in einer Welt der größtmöglichen Veränderung“, so Markus Blume beim Zukunftskongress „Marktwirtschaft“ am 25. Juli 2015 in Rosenheim.

und Organisationsstruktur, mit neu ausgerichtetem Bayernkurier und zeitgemäßen Kommunikationskanälen – und mit neuem Grundsatzprogramm als fortgeschriebenem Fundament unserer Partei. Die Entscheidung des Parteivorsitzenden Horst Seehofer, gerade auch die inhaltliche Weiterentwicklung jetzt anzustoßen, wird sich als sehr vorausschauend erweisen. Wir stehen vor gewaltigen Veränderungen.

Politische Studien: Nichts ist so alt wie der Spruch, dass alles im Wandel ist. *Panta rhei* – alles fließt, das hat bereits Heraklit festgestellt. Sie weisen immer auf den Wandel hin. Was ist heute anders?

Markus Blume: Philosophen haben zu jeder Zeit festgestellt, dass der Wechsel allein das Beständige ist, wie es zum Beispiel Arthur Schopenhauer formulierte. Und doch denke ich, dass wir gerade einen zweifachen Paradigmenwechsel erleben. Zum ersten: Auch Wandel unterliegt Zyklen. Zeiten intensiver Veränderung folgen auf Phasen von Stabilität. Wir stehen gerade am Übergang zwischen diesen beiden Abschnitten. Zwei Jahrzehnte Stabilität, in denen Politikwissenschaftler wie Francis Fukuyama mit dem Sieg von Demokratie und Marktwirtschaft gar das „Ende der Geschichte“ ausgerufen hatten, werden abgelöst von neuer Unordnung. Der ers-

„ Wir erleben aktuell mit der **DIGITALISIERUNG** eine Megarevolution.

te Schock erfolgte durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise. Heute, im Jahr 2015, sehen wir, dass unsere Weltordnung an vielen Stellen herausgefordert ist, durch nie vorhergesehene Kriege, Gewalt und Flüchtlingsströme, durch nicht berechenbare Wirtschaftsgroßmächte wie China, aber auch durch radikale technologische Entwicklungen.

Politische Studien: Hat sich der Wandel gewandelt? Oder wieso müssen wir dynamischer damit umgehen?

Markus Blume: Genau das führt mich zum zweiten Paradigmenwechsel, der tatsächlich den Wandel als solchen betrifft. Während die letzten großen gesellschaftlichen wie industriellen Veränderungsprozesse Jahrzehnte benötigten und schon als Revolutionen bezeichnet wurden, erleben wir aktuell mit der Digitalisierung eine Megarevolution. Sie läuft in einem Bruchteil der Zeit ab und wirkt auf Wirtschaft und Gesellschaft so stark wie alle bisherigen industriellen Revolutionen zusammen. Die eigentliche Sprengkraft von Digitalisierung und Vernetzung liegt darin, dass sie exponentiell abläuft. Alle eineinhalb Jahre verdoppeln sich die Möglichkeiten bzw. halbiert sich der Preis. Auf 15 Jahre hochgerechnet reden wir über den Faktor 1.000. Wir stehen damit gerade an der Schwelle vom linearen zum exponentiellen Zeitalter – mit der Folge, dass viele Entwicklungen eben auch als disruptiv, also systemzerstörend, wahrgenommen werden. Das Produkt, das Geschäftsmodell, das Berufsfeld, das in 20 Jahren relevant sein wird, gibt es heute

vermutlich noch gar nicht. Was für eine dramatische Beschleunigung des Wandels.

Politische Studien: Was heißt das für Sie als Mitglied des Landtags, als Politiker?

Markus Blume: Es gibt in der Politik kaum ewige Wahrheiten. In einem Zeitalter aber, das von so hoher Dynamik und so großen Brüchen geprägt ist, kann für die Politik erst recht kein einfaches „Weiter so“ gelten. Wir müssen Takt halten mit der beschleunigten Entwicklung, wenn wir auch in Zukunft wollen, dass wir als „Gestalter“ oder „Regulator“ eine Rolle spielen. Andernfalls würden wir beispielsweise zulassen, dass Regulierungsfiktion und Regulierungsrealität immer weiter auseinander klaffen. Und irgendwann wird jemand auf die Idee kommen zu fragen, wozu man noch Abgeordnete oder gar einen Staat braucht, wenn nur noch Dinge – und die mit großer Akribie – geregelt werden, die keine Relevanz mehr haben, während an anderer Stelle Wildwest herrscht.

Politische Studien: Wenn Sie von Komplexität und Diskontinuitäten sprechen, die unsere Zukunft prägen, davon, dass die Digitalisierung zu einer gesellschaftlichen und politischen Revolution führen wird, verabschieden Sie sich auch vom Bild des wissenden Politikers, der die Geschicke der Bürger lenkt. Stattdessen muss sich der Bürger dann auch damit abfinden, dass sich die Qualität des Politikers daran misst, wie er mit Unsicherheit umgehen kann. Nach einem Karriere-Erfolgsrezept für Sie hört sich das nicht an.

Markus Blume: Das sokratische „Ich weiß, dass ich nicht weiß“ ist doch eine gut fundierte und ehrliche Grundhaltung. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Menschen diese neue, alte Art von Ehrlichkeit auch goutieren. Wir haben heute mit vielen überkomplexen Fragestellungen zu tun, bei denen es ja geradezu abstrus wäre zu behaupten, wir hätten auf alles eine einfache Antwort. Energiewende, Eurorettung, Digitalisierung – da gibt es kein Schwarz-Weiß, kein Richtig oder Falsch, sondern nur viele Dinge, von denen man sich einen Schritt in die richtige Richtung verspricht. Hier kann man gar nicht anders, als unter zum Teil hoher Unsicherheit zu handeln. Es kommt deshalb darauf an, den Menschen zu zeigen, dass man eben nicht fahrlässig, impulsiv, quasi aus der Hüfte heraus agiert, sondern wohl überlegt und abgewogen. Die Botschaft heißt: Wir machen uns die Antworten auf schwierige Fragen nicht leicht, sondern schwer. Und wir fahren unter schwierigen Bedingungen ein Stück weit auf Sicht, aber dies sehr verantwortungsvoll. So erkläre ich mir auch die hohen Zustimmungswerte für die Bundeskanzlerin.

Politische Studien: Politiker waren schon immer auch Geschichtenerzähler. Das war und ist nicht immer positiv zu verstehen. Vielleicht spricht man deshalb heute lieber von Narrativen. Sie werden dabei gerne mit Antoine de Saint-Exupéry zitiert,

der die Sehnsucht vor dem weiten Meer als Motivationsschub für Veränderungsbereitschaft nutzt. Glauben Sie, die „modernen“ Menschen, die Wutbürger, wollen solche Geschichten?

Markus Blume: Politik heißt ganz abstrakt, Komplexität reduzieren, um die Menschen mitzunehmen. Das geschieht vor allem durch Vertrauen, aber eben auch durch die Vermittlung von überzeugenden Ideen. Ich begeistere nicht durch technokratisches Kleinklein, sondern durch ein verständliches Gesamtbild. Wir müssen es schaffen, die großen Zusammenhänge darzustellen, eine Geschichte zu erzählen, eine Vision zu vermitteln. Wo wollen wir mit dem Land hin? Wie wollen wir künftig leben? Was macht Bayern, Deutschland und Europa künftig für uns aus? Das sind die wirklich großen Fragen, auf die man mit großen Erzählungen antworten muss. Ich glaube, es gibt eine Sehnsucht nach solchen Geschichten, gerade weil sie heute allzu oft in den Hintergrund getreten sind.

Politische Studien: Sie sind Vorsitzender der CSU-Kommission für Grundsatzfragen und Programm. Was darf man sich denn von dieser Kommission erwarten?

Markus Blume: Wir wollen ein paar nette Geschichten beisteuern. [lacht] Nein, im Ernst: Die CSU hat sich mit

„ Wir müssen es schaffen, eine Vision **ZU VERMITTELN**.

der neuen Kommission für Grundsatzfragen und Programm auf den Weg gemacht, das bestehende Grundsatzprogramm aus dem Jahr 2007 fortzuschreiben. Seitdem hat sich die Welt deutlich weiter gedreht, sind viele neue Fragen aufgetaucht und wird nach noch mehr neuen Antworten verlangt. Wir sind dabei, in einem breit angelegten Mitmachprozess genau dies zu leisten und damit die gedanklichen Leitplanken unserer Partei in die Zukunft zu verlängern.

Politische Studien: Sehen Sie in der Arbeit der Grundsatzkommission einen Ansatzpunkt, um die Schere in der Gesellschaft zu schließen? Die Schere diesmal nicht im Sinne von Arm und Reich, sondern von Verständnis für Technologie, Einsicht in die Notwendigkeit von Wandel und Methoden zum Umgang mit Unsicherheit auf der einen, Verharren und Beharren auf eingefahrenen Strukturen und Vermeidung von Veränderung auf der anderen Seite?

Markus Blume: Ich weiß nicht, ob wir diese Schere schließen können. Mir ist aber wichtig, dass wir der weit verbreiteten Ablehnungshaltung gegenüber allem, wo Fortschritt darauf steht, zumindest einen verantwortbaren Gesellschaftsentwurf für die Zukunft entgegenstellen, mit klaren Leitposten und einem festen Fundament. Verantwort-

bar heißt an dieser Stelle: Fortschritt nicht um jeden Preis, sondern dem Menschen dienlich; Wachstum nicht ungezügelt, sondern intelligent. Damit können wir, so hoffe ich, den Menschen auch die Angst vor der Zukunft und den Veränderungen nehmen, denn Angst ist immer ein schlechter Ratgeber. Übrigens muss man auch sagen, was ein nicht verantwortbarer Zukunftsentwurf wäre, nämlich, um ganz Bayern einen großen Zaun ziehen und sicherstellen, dass alles so bleibt, wie es ist. Dann fehlte nur noch ein Schild am Eingang mit der Aufschrift „Weltgrößtes Freilichtmuseum“ – und es würden in einigen Jahren vielleicht die ersten Touristen kommen, um zu schauen, wie man früher gelebt hat.

Politische Studien: Deutschland ist Vize-Exportweltmeister – und das Land, in dem sich die schärfsten Kritiker des Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA finden. Ist diese Auseinandersetzung mit dem Programm TTIP nicht ein Präzedenzfall für Beharrungsvermögen, Vermeidung von Veränderung und Ängsten einerseits und dem ausgeprägten Wunsch nach Mitsprache, Offenlegung von Informationen, sprich dem Schaffen von Komplexität, auf der anderen Seite? Wie geht man als Politiker an derart heikle Themen heran?

Markus Blume: Indem man zunächst einmal die richtige Debatte führt und die eigentlichen Konfliktlinien aus-

leuchtet. Es geht eben nicht um die Frage „Chlor-Hühnchen“ versus „Salmonellen-Huhn“, sondern um die vielleicht letzte Möglichkeit, weltweit Standards zu setzen, die unserem Wertekanon genügen – um nicht später nach asiatischen Vorschriften mitspielen zu müssen. Richtig ist aber auch, dass heute in einer Zeit der voll informierten und vernetzten Gesellschaft Verhandlungen anders als dies vielleicht früher der Fall war, nämlich transparent geführt werden müssen. Und ganz generell stellt sich auch die Frage, wie man der größeren Informiertheit ein Mehr an Beteiligung zur Seite stellen kann. Partizipation, die sich am Ende bestenfalls in einer Ja-/Nein-Entscheidung erschöpft, wird weder der Komplexität der Thematik noch dem Beteiligungswunsch der Öffentlichkeit gerecht.

Politische Studien: Wie könnte eine politische Stiftung wie wir – Sie sind ja nun auch Mitglied der Hanns-Seidel-Stiftung – die Wandlung des Politikverständnisses hin zu einem vermehrten Change-Management unterstützen?

Markus Blume: In dem Maße, wie sich die Möglichkeiten einer Gesellschaft verändern, wandelt sich auch die Politik. Eine „deliberative“ Demokratie, die vermehrt öffentliche Diskurse, Beratung und Teilhabe betont, setzt aber auch wissende Akteure voraus, auf Seiten des Staates ebenso wie auf Seiten der Bürger. Und auch manches an Methodik und gegenseitigem Verständnis muss erst Einübung erfahren. Beides im besten Sinne politischer Bildung zu befördern, dafür ist die Hanns-Seidel-Stiftung prädestiniert.

Politische Studien: Herr Blume, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Dr. Claudia Schlembach, Referentin für Wirtschaft und Finanzen der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///



/// MARKUS BLUME MDL

leitet seit 2014 die CSU-Grundsatzkommission. Im Bayerischen Landtag, München, ist er Mitglied des Wirtschafts- und Gesundheitsausschusses. Zudem gehört er dem CSU-Fraktionsvorstand an und fungiert als medienpolitischer Sprecher.

”

In einer Zeit der voll informierten und vernetzten Gesellschaft müssen Verhandlungen **TRANSPARENT** geführt werden.

/// Einführung

DEMOGRAPHISCHE UNGLEICHGEWICHTE WELTWEIT UND IHRE FOLGEN

SUSANNE SCHMID /// Die Gestaltung des demographischen Wandels ist eine der großen Zukunftsaufgaben weltweit. Jedoch sehen sich wachsende, stagnierende, schrumpfende und stark alternde Bevölkerungen mit unterschiedlichen Entwicklungsperspektiven und -hemmnissen konfrontiert. Besonderes Augenmerk muss daher dem Einfluss der Bevölkerungsdynamik auf Wirtschaft, Umwelt und Staatenentwicklung zukommen.

Am 11. Juli 1987 überschritt die Weltbevölkerung nach Berechnungen der Vereinten Nationen (UN) die Zahl von fünf Milliarden Menschen. Um auf die damit verbundenen Probleme aufmerksam zu machen, wurde seit 1989 der 11. Juli eines jeden Jahres zum „Internationalen Weltbevölkerungstag“ erklärt. Den Weltbevölkerungstag 2015 nahm die Akademie für Politik und Zeitgeschichte der Hanns-Seidel-Stiftung zum Anlass, um mit einer Fachtagung über „Demographische Ungleichgewichte weltweit und ihre Folgen“ auf die Lage der mittlerweile über sieben Milliarden Menschen aufmerksam zu machen.

Begleitet wurde die Veranstaltung von zwei bevölkerungspolitischen Ereignissen: So veröffentlichten die UN im Juli 2015 ihre neuen Bevölkerungsprojektionen und korrigieren hierbei ihre Hochrechnungen aus dem Jahr 2013

um mehr als 170 Millionen Menschen nach oben – unter anderem weil die Fertilitätsraten weniger stark abnehmen, als noch vor zwei Jahren angenommen worden war. Die Projektionen basieren auf der Annahme, dass die Geburtenraten in den Entwicklungsländern von heute 2,5 Kindern pro Frau auf 2,0 Kinder im Jahr 2100 sinken werden. Bedingung hierfür ist, dass Frauen und Jugendliche in Entwicklungsländern einen besseren Zugang zu Gesundheit, Aufklärung und selbstbestimmter Familienplanung sowie zu Bildung und Beschäftigung erhalten. Laut UN-Berechnungen zählt die Weltbevölkerung aktuell über 7,3 Milliarden Menschen und wächst jährlich um ca. 83 Millionen Personen. 2050 werden voraussichtlich über 9,7 Milliarden Menschen auf der Erde leben, im Jahr 2100 dürften es 11,2 Milliarden sein. Die durchschnittliche

Lebenserwartung der Menschen weltweit dürfte von heute 70 Jahren auf 83 Jahre im Jahr 2100 zugenommen haben und das Medianalter im selben Zeitraum von aktuell 30 Jahren auf 42 Jahre gestiegen sein.

Die Länder mit dem stärksten Bevölkerungszuwachs befinden sich mehrheitlich in Afrika. Die dortige Bevölkerung dürfte sich bis 2050 von derzeit fast 1,2 Milliarden Menschen auf ca. 2,5 Milliarden verdoppelt haben; 2100 könnten es bereits 4,4 Milliarden Menschen sein. In Europa hingegen wird die Bevölkerung zwischen 2015 und 2100 von 738 Millionen auf 646 Millionen Menschen abnehmen. Der Anteil Afrikas an der Weltbevölkerung dürfte zwischen 2015 und 2050 von 16 % auf 25 % zunehmen, der Anteil Europas hingegen von 10 % auf 7 % zurückgehen; der Anteil Asiens dürfte sich von 60 % auf 54 %

verringern. Im Jahre 2100 werden die Bevölkerungen Asiens und Afrikas mit einem Anteil von voraussichtlich 44 % und 39 % die demographischen Schwergewichte bilden, der Weltbevölkerungsanteil Europas dürfte nur noch 6 % betragen.

Ein weiterer bevölkerungspolitischer Meilenstein im zeitlichen Umfeld der Veranstaltung war die am 3. August 2015 erzielte Einigung der Vertreter der 193 UN-Mitgliedstaaten auf die „Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung“ (kurz: „2030-Agenda“). Dieser Maßnahmenkatalog umfasst 17 Entwicklungsziele, mit denen bis 2030 weltweit Armutsreduzierung, Umweltschutz und nachhaltiges Wirtschaften vorangetrieben werden sollen. Offiziell verabschiedet wurde die „2030-Agenda“ beim UN-Gipfel der Staats- und Regierungschefs im September 2015. An-



Die Experten (v. l.): Gerhard K. Heilig, Stephan Klasen, Josef Schmid und Thomas Silberhorn.

ders als bei den Millenniumsentwicklungszielen, die vor allem die soziale Dimension von Entwicklung in den Vordergrund stellten, ist die neue Agenda global ausgerichtete und wendet sich an Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer gleichermaßen.

Um sich den komplexen Herausforderungen im Bereich Weltbevölkerungsentwicklung stellen zu können, ist ein multiperspektivischer, interdisziplinärer und offener Diskurs unabdingbar. Mit dem vorliegenden Schwerpunkt der

Bevölkerungsdynamiken und Entwicklungswege folgen keinem IDEALTYPISCHEN Modell.

Politischen Studien will die Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung dieser Forderung Rechnung tragen. Ausgewiesene Experten aus Wissenschaft und Politik analysieren im Folgenden die Lage der Weltbevölkerung und die Wechselwirkung von Demographie, Wirtschaft, Umwelt und Entwicklung. Die Rolle des demographischen Faktors für die Staatenentwicklung wird von den Autoren systematisch beleuchtet und die Möglichkeiten und Grenzen politisch-sozialer Gestaltung aufgezeigt.

Im ersten Beitrag bemerkt Josef Schmid, dass die Weltbevölkerungsfrage zu selten im Kontext von sozio-ökonomischen und politischen Entwicklungswegen verschiedener Länder und Regionen analysiert wird. Der Autor

verweist darauf, dass Entwicklungsländer ihrem inneren Bevölkerungsdruck nur entgehen können, wenn sie die Etappen von der Subsistenzwirtschaft über die industrielle Massenfertigung bis hin zur postindustriellen Wissensgesellschaft rascher durchschreiten als einst die Industrieländer. Auch brauchen die Entwicklungsländer ihren kulturell angepassten „demographischen Übergang“, der vom europäischen Modell deutlich abweicht, weil Modernisierung nicht unbedingt Verwestlichung bedeutet.

Gerhard K. Heilig macht am demographischen Vergleich Afrikas und Europas die enormen quantitativen Differenzen deutlich und zeigt auf, mit welcher unterschiedlichen Entwicklungsperspektiven und -hemmnissen sich junge, wachsende und alte, schrumpfende Bevölkerungen in den kommenden Jahrzehnten konfrontiert sehen. Bis zum Ende dieses Jahrhunderts werden die Bevölkerungen Asiens und Afrikas mit einem Weltbevölkerungsanteil von zusammen 83 % die demographische Zukunft der Erde bestimmen. Das demographische Gewicht Europas dürfte auf 6 % zurückgegangen sein – und es ist noch weitgehend ungeklärt, wie sich dies auf die ökonomische, geostrategische und ökologische Situation der Welt auswirken wird, warnt der Autor.

Stephan Klasen verweist darauf, dass das Bevölkerungswachstum und die starken Jugendjahrgänge Afrikas nicht per se negativ zu bewerten wären, denn sie bergen die Chance auf ein „demographisches Geschenk“: Wenn dort die Kinderzahlen merklich sinken, wächst die Bevölkerung im Erwerbsalter anteilmäßig schneller als die Gesamtbevölkerung. Gelänge es in dieser Phase, die vielen jungen Menschen auch mit

wachsenden Qualifikationen und Jobs auszustatten, wäre ein rasanter wirtschaftlicher Aufschwung möglich. Die asiatischen Tigerstaaten können hierfür als Beispiel dienen.

Renate Bähr macht deutlich, dass der von den UN projizierte Fertilitätsrückgang von heute 2,5 Kindern pro Frau auf 2,0 Kinder im Jahr 2100 keineswegs garantiert ist. Denn jedes Jahr werden nach wie vor 74 Millionen Frauen und Mädchen in Entwicklungsländern ungewollt schwanger. Dabei ist selbstbestimmte Familienplanung ein Menschenrecht und zugleich eine wirksame Maßnahme zur Armutslinderung. Um eine „demographische Dividende“ zu erzielen, müssen Regierungen mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft vorrangig in drei Bereichen investieren: Gesundheit, Sexualaufklärung und freiwillige Familienplanung sowie Bildung und Beschäftigung.

Thomas Silberhorn verweist darauf, dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) seine Partnerländer schon seit langem dabei berät, wie die Bevölkerungsdynamik in die eigene Entwicklungsplanung einbezogen werden kann. Zentrale Faktoren hierbei sind die Mütter- und Kindersterblichkeit, eine selbstbestimmte Familienplanung sowie Bildungs- und Berufschancen junger Menschen, insbesondere von Frauen. Auch veranstaltet das BMZ seit 2002 gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor den internationalen Dialog zu Bevölkerung und nachhaltiger Entwicklung. Der Autor unterstreicht, dass die „2030-Agenda“ vordringlich Bevölkerungsentwicklung, Gesundheit, Selbstbestimmungsrechte und soziale Sicherung thematisiert und damit anerkennt, wie stark Entwick-

lung und Nachhaltigkeit von der Dynamik der Weltbevölkerung abhängen.

Die Beiträge haben gezeigt, dass Bevölkerungswachstum und Entwicklung positiv oder verhängnisvoll zueinander stehen können. Auch wurde deutlich, dass Bevölkerungsdynamiken und Entwicklungswege beeinflussbar sind und keinem idealtypischen Modell folgen. Um von der „demographischen Dividende“ zu profitieren, bedarf es nachhaltiger Investitionen in Bildung, Arbeitsplätze und Infrastruktur. Als entscheidende Faktoren zur Senkung der Geburtenzahlen gelten die Schulbildung von Mädchen, die selbstbestimmte Familienplanung sowie die Förderung sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte. Bevölkerungspolitische Fragestellungen tangieren als Querschnittsthema alle Sektoren der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Die „Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung“ trägt dem nun nachdrücklich Rechnung, indem sie Bevölkerungswachstum und -dynamik als wichtigen Teil des globalen Entwicklungsdiskurses anerkennt und praktiziert. ///



/// DR. SUSANNE SCHMID

ist Referentin für Arbeit und Soziales, Demographischer Wandel, Familie, Frauen und Senioren, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

/// Hintergründe der Weltbevölkerung

DEMOGRAPHIE UND ENTWICKLUNG

JOSEF SCHMID /// Die Weltbevölkerung mag zuerst die Summe von fast 200 einzelstaatlichen Bevölkerungen sein, doch sie ist mehr als das. Ihre Analyse eröffnet einen besonderen Blick auf die internationalen Beziehungen, auf Spannungen und Rivalitäten um räumliche, strategische und kulturelle Ressourcen. Der Beitrag will in wichtige Facetten der Weltbevölkerung einführen und ansatzweise ein Wissen um Politische Demographie vermitteln.

Zum Stand der Weltbevölkerung

Die Weltbevölkerung war schon jeher von gegensätzlichen Bewegungen durchzogen. Klima, Umwelt und kulturelle Tradition haben verschiedene regionale Trends hervorgebracht, die sich an demographischen Ungleichgewichten zeigen. Wenn heute von 7,3 Milliarden Menschen auf der Erde die Rede ist und einem jährlichen Anwachsen um 83 Millionen, dann verbergen sich hinter

Bis vor 50 Jahren gab es nur **WACHSENDE** Bevölkerungen.

dieser Zahl mehrere Strömungen: Trends des Weiterwachsens von Bevölkerungen in Staaten und Regionen, sodann Trends der Bevölkerungsstagnation, sogar Bevölkerungsabnahme. Solche schroffen Gegensätze sind geschichtlich neu. Vor 50 Jahren gab es

nur mehr oder minder wachsende Bevölkerungen.¹

Im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts kam es dann zu verblüffenden Bewegungen. Die moderne Welt nahm Abschied vom Bevölkerungswachstum aus eigener Reproduktion und begab sich Mitte der 1960er-Jahre in einen Stagnations- und Abwärtstrend von bis dahin nicht gekanntem Ausmaß. Der erneut einsetzende Geburtenrückgang hat sein Ende erst unterhalb des Ersatzniveaus der Generationen gefunden. Zum Generationenersatz wären durchschnittlich zwei Kinder je Frau nötig, doch nun wird er seit Anfang der 1970er-Jahre mit 1,4 Kindern je Frau um ein Drittel unterschritten. Bevölkerungsabnahme setzte nur deshalb nicht gleich ein, weil mit den vorhandenen Jugendjahrgängen noch eine Elternreserve zur Verfügung stand und demographische Lücken allenfalls mit Zuwanderung gefüllt werden konnten.



Entwicklungsländer müssen von der industriellen Massenfertigung rascher in die post-industrielle Wissensgesellschaft gelangen.

Die Weltbevölkerung von besagten derzeit 7,3 Milliarden – nach einer mittleren Schätzvariante der Vereinten Nationen (UN) – wird bis 2050 auf 9,7 Milliarden anwachsen. Europa wird zu diesem Wachstum nichts mehr beitragen, dafür umso mehr Zentralasien und Zentralafrika. Indien dürfte bis 2025 die Bevölkerung Chinas mit 1,3 Milliarden einholen und übertreffen. Unter allen Kindern, die jährlich geboren werden, sind die meisten indische Kinder. Das demographische Schicksal der Welt entscheidet sich an der Entwicklung der circa zehn bevölkerungsreichsten Länder.

Wachsende Weltbevölkerung – weniger Europäer

Zum demographischen Erfahrungsschatz der Europäer sind folgende Erkenntnisse hinzuzufügen:

- Hochentwickelte liberale Ökonomien und Demokratien bewegen sich demographisch rückläufig, es sei denn, es wird mit enormen staatlichen Mitteln dagegen gesteuert wie in Frankreich.
- Länder mit deutlich wachsender Bevölkerung liegen zur Gänze außerhalb Europas und sind in Ökonomie, Politik und Lebensformen von europäischen Standards weit entfernt. Ihre ökonomisch-politische Zukunft ist offen. Das gilt für Länder wie Nigeria, Indien, Pakistan, Brasilien und Mexiko. Es ist Aufgabe der Entwicklungsforschung festzustellen, ob den demographischen Ungleichgewichten nicht auch ökonomische, militärische und politische Machtungleichgewichte entsprechen, und ob von demographischer Seite mit weiteren Verschiebungen und neuen Konstellationen zu rechnen ist.

Die Europäer fragen sich, was denn aus ihrer bisherigen Stellung in der Welt wird, wenn sich das demographische Schwergewicht in die südliche Hemisphäre verlagert und der Anteil der Europäer an der Weltbevölkerung von Jahr zu Jahr sinkt. War 1950 ihr Anteil noch 22 %, so halbierte er sich bis 2000 um die Hälfte, nämlich auf 11 % und wird bis zum Jahre 2050 gerade noch 7 % betragen. Die Europäische Union mit 507 Millionen Einwohnern versteht sich als Wertegemeinschaft und das impliziert freie Marktwirtschaft, Rechts- und Sozialstaat und Demokratie. Die EU, die diese Werte mit Entschiedenheit vertritt, macht heute (2014) nur 7 % der Menschheit aus und wird bis 2050 auf 5 % zurückgegangen sein. Wenn mit diesem geringen demographischen Gewicht genügend ökonomische Potenz mobilisiert werden soll, um als Wirtschaftsmacht noch imponieren und Einfluss ausüben zu können, dann sind vermehrte Anstrengungen nötig.²

Der Kampf um die Menschenrechte, um den Wert der Arbeit und der Einzelperson stimmt nicht gerade hoffnungsvoll. Die Entwicklungsländer (ohne China) umfassen heute 4,7 Milliarden Menschen und werden bis 2050 auf über 7 Milliarden gewachsen sein. Hinzu kommt, dass es selbst unter den vergleichsweise wohlhabenden Entwicklungsländern nicht ein einziges Land

Das abnehmende demographische Gewicht Europas schwächt seinen politischen **EINFLUSS.**

gibt, das EU-Standards entspricht und als Demokratie nach westlichem Muster anzusehen wäre.

Das wirft die weitere Frage auf, ob nicht die außereuropäische Welt nach einer kulturellen Eigenentwicklung strebt, einen eigenen Weg zur Modernisierung gehen wird, der sich mit der Geschichte und Religion dieser Räume besser vereinbaren lässt.³

Das Bevölkerungswachstum außerhalb Europas

Alterung und Schrumpfung in Europa setzen sich zusammen aus negativer Geburtenbilanz (mehr Sterbefälle als Geburten) und steigender Lebenserwartung noch bis in die höchsten Altersstufen. Europa zählt jährlich mehr Hundertjährige als im Jahr zuvor. In vielen Räumen, die man einmal Dritte Welt genannt hat, spielt sich exakt der gegenteilige Vorgang ab. Dort herrscht eine durchschnittliche Geburtenzahl von 4 Kindern je Frau und das bedeutet eine Verdoppelung der kommenden Generation. Die Ziele aber, die den Entwicklungsländern vorgegeben sind, ändern sich deshalb nicht. Sie müssen Ressourcen organisieren, im Nachwuchs das Humanvermögen der Zukunft sehen und ihn entsprechend erziehen. Arbeitsmärkte müssen für steigende Binnenachfrage, aber auch für die Produktion weltmarktgängiger Exportgüter sorgen.

Nachdem Asien, voran China, seinen eigenen Wege gefunden haben dürfte, konzentrieren sich die Entwicklungsprobleme weitgehend auf Afrika, und zwar auf das zentrale tropische Afrika „südlich der Sahara“. Afrika zählte 2009 eine Milliarde Einwohner und soll vor 2040 bereits die zweite Milliarde beherbergen. Bis 2100 wird nach UN-Projektionen eine Vervierfachung der afrikani-

schen Bevölkerung auf 4,4 Milliarden erwogen.

Alle Indikatoren für Afrika deuten auf die höchste Geburtenhäufigkeit („Fertilität“) im Weltmaßstab. Über Jahrzehnte hinweg wird eine durchschnittliche Geburtenzahl von 5 Kindern je Frau registriert. Leicht sinkende Sterblichkeit verändert am enormen Geburtenüberschuss nur wenig. Es gab Einwände, wonach Hunger, Seuchen und Bürgerkriege die afrikanische Bevölkerung dezimieren und Projektionen obsolet machen würden. Die Erfahrung hat gezeigt, dass lokale Übel, wie schrecklich auch immer, das afrikani-

In AFRIKA werden aktuell vier Kinder je Frau geboren.

sche Bevölkerungswachstum insgesamt nicht zu hemmen vermögen. Katastrophenhilfe und Demographie gehören somit verschiedenen Problemkreisen an und sollten nicht miteinander verquickt werden.

Warum das afrikanische Bevölkerungswachstum nur schwer aus seiner Bahn gelenkt werden kann, liegt an einem starken, in der Alterspyramide verborgenen Wachstumsmoment. In jungen Altersstrukturen (breiter Jugendsockel, schmaler werdender oberer Anteil) steckt ein demographischer Wachstumsschub. Es handelt sich analog dem Zinseszins-Effekt um einen Kindeskindeffekt. Aus starken Jugendjahrgängen werden bald ebenso starke Elternjahrgänge, deren Geburten die Alterspyramide mit neuem Jugendsockel ausstatten und damit mit erneutem Wachstumspotenzial. Es handelt sich um einen Struktureffekt junger Alterspyramiden.

Er wirkt noch ungebremst in Indien und Zentralafrika (Nigeria), während er in China mit seiner strengen Ein-Kind-Politik zum Stillstand gekommen ist. In 10 Jahren wird dann Indien China demographisch überholt haben; Afrika dürfte auch um 2100 seinen Wachstumsprozess noch nicht abgeschlossen haben – aus Gründen eines gewaltigen Struktureffekts seiner jungen Alterspyramiden.⁴

Demographie – der Blick ins Herz der Völker

Der Bevölkerungsprozess geht aus den demographischen Faktoren Geburten und Sterbefälle bzw. Lebenserwartung hervor. Sie bilden die „natürliche Bevölkerungsbewegung“ und folgen gewissen Gesetzen: Was stirbt, muss erneuernd ersetzt werden. Leben und Sterben gehen in Abstimmung aufeinander vor sich.

Bevölkerungen wachsen über Geburten, die über der Zahl der Sterbefälle liegen müssen. Jahrhundertlang fand ein Wettlauf zwischen beiden statt, den die Geburtenzahl immer – wenn auch manchmal knapp – gewonnen hat, denn sonst gäbe es uns heute nicht mehr. In vorindustrieller Zeit waren Kinder Lebensstütze, Retter in der Not und Altersversorgung, kurz: eine Lebensquelle, die nicht versiegen durfte. Der Hauptkampf gegen die Sterblichkeit beherrschte die menschlichen Gemeinschaften bis in die jüngste Neuzeit. Doch nachdem die (Kinder-)Sterblichkeit erfolgreich gesenkt und die Lebenserwartung erhöht werden konnte, erwies sich die Geburtenentwicklung als das neue Problem. Sie trat ins Rampenlicht der Generationenablöse und wird nun im fortgeschrittenen Westen zum bestimmenden, wenn auch unsicheren Bevölkerungsfaktor. Denn Nachwuchs

hervorzubringen, „Fertilität“, wird im liberalen Rechtsstaat zur Privatangelegenheit des Einzelnen und nimmt keine Rücksicht mehr auf die soziale Umwelt, die noch auf Kinder angewiesen bleibt, so im Bereich einer Solidargemeinschaft und eines Generationenvertrags. Fertilität aus generativem, reproduktivem Verhalten oder aus der Realisierung eines oder eines weiteren Kinderwunsches ist für die Demographie zum komplizierten Forschungsgegenstand geworden. Lebensrisiken, die man früher mit eigenen Kindern abdecken musste, sind mittlerweile Sache eines wohlorganisierten Sozialstaats geworden. Es verbleiben aber „genealogische Abläufe“, die menschliche Gemeinwesen dauerhaft machen und nicht versanden dürfen. Das sind die Generationenablöse, Versorgung der abhängigen Jahrgänge sowie die Tradition und Weitergabe der Kultur.⁵

Gegensätzliche Motive im Nachwuchsverhalten

Die Geburtenentwicklung verdankt sich folgenden Faktoren oder Motiven:

- dem persönlichen Entschluss für Nachwuchs,
- den ortsüblichen Normen der Familiengröße und Kinderzahl,
- demographischen Gesetzen, die in einer jungen oder alten Altersstruktur stecken und mit der Alterspyramide auch sichtbar gemacht werden können sowie
- staatlichen Regelungen bezüglich Paarbindung und Nachwuchs.

Man ist hineingeboren in eine junge arme Welt oder in eine reiche alte. Demographie wird hier zum Schicksal. Subjektive Beweggründe und Normendruck seitens Familie, Verwandtschaft

und Gemeinde wirken zusammen zu einem „generativen“ oder „reproduktiven“ Verhalten von Paaren, meistens der Frauen. Es sei betont, dass der Normendruck auf Eheschließung und Familiengründung in einer liberalen, individualistischen Wohlstandsgesellschaft praktisch entfällt. Der Kinderwunsch reduziert sich in der Moderne auf eine emoti-

Im modernen Sozialstaat sind **KINDER** nicht mehr Alterssicherung.

onale Befriedigung von Elternschaft und dieses emotional-psychologische Moment spürt keinen Druck mehr von außen und bleibt dem Zufall persönlicher Lebensumstände überlassen.

Um zu einem interkulturellen Vergleich zu kommen, stellen Forscher in verschiedenen Kulturen die Frage, was einer Frau zu Status, Ansehen und Lebenserleichterung verhilft („Access to Resources“-Approach). Stellt man diese Frage an eine Frau in Zentralafrika, dann wird sie eine gewisse Kinderschar als statussichernd und existenznotwendig erachten. Mit vier überlebenden Kindern (das bedeutet etwa sechs Geburten) bewältigt sie einen Haushalt und bleibt für den Vater der Kinder interessant, der einmal die Knaben holen und in seine Geschäfte einweihen wird. Will eine Frau in Europa Ansehen, Status und gehobenen Lebensstandard, dann wird sie versuchen, einen akademischen Abschluss zu machen, eine Qualifikation und eine gesicherte Be-

rufssposition zu erreichen. Familiengründung und Nachwuchs sind hier Extras im Lebensplan und zur Statusgewinnung nicht nur unnötig, sondern sogar hinderlich.

Während in Entwicklungsländern der Existenzdruck und die Struktureffekte junger Bevölkerungen zu hohen Geburtenzahlen führen, dominiert in der modernen Welt der individuelle Kinderwunsch, der im persönlichen Belieben der Paare bzw. der Frauen steht. Während im modernen Rechts- und Sozialstaat der Generationenvertrag verwaltungstechnisch eingerichtet und finanziell bezuschusst ist, muss sich eine Frau in Afrika ihren sichernden Generationenvertrag erst selbst mit einer Kinderschar schaffen. Das mag der Grund dafür sein, dass sich am generativen Nachwuchsverhalten in Afrika seit Jahrzehnten wenig ändert, während in anderen Regionen Geburtenrückgänge gefeiert werden wie gelungene Entwicklungsfortschritte. Es ist im Falle Afrikas nicht eine Rückständigkeit zu vermuten, sondern eine eigenständige normativ-soziologische Situation, ein besonderes kulturelles Muster oder „Regime“. Es hat sich von den übrigen Geburtenrückgangsmustern anderer Entwicklungsländer (Asien, Lateinamerika) abgekoppelt und erfordert eine eigenständige, diesen Umständen angemessene Politik.⁶

Der Bevölkerungsprozess kennt noch einen dritten demographischen Faktor, nämlich die Migration. Wanderungen begleiten die Menschheit von Anbeginn. Gegenwärtig geraten Abwanderungs- und Aufnahmeländer in eine ausgesprochene Migrationswelle. Die Wohlstandsregionen der Erde werden „bestürmt“. In einer Zeit weltweiter Konflikte, Bürgerkriege und Flüchtlingsströme und der spürbaren Nei-

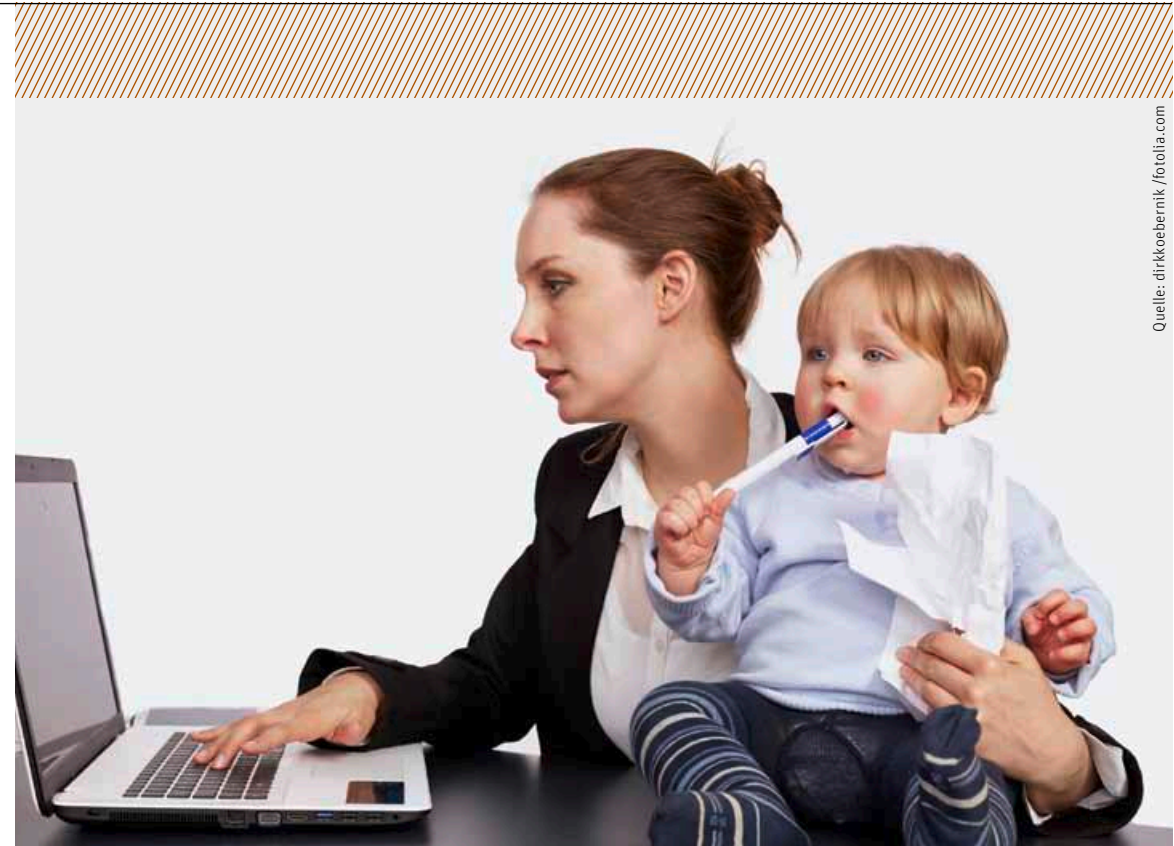
gung, abgeschaffte Grenzzäune wieder zu errichten, besteht doppelt Anlass, sich über den allgemeinen Zustand des Globus Rechenschaft zu geben.

Bevölkerung und Entwicklungsprozesse

Zum Verhältnis von Bevölkerungs- und gleichzeitiger Gesellschaftsentwicklung hat sich nur eine Konzeption durchgesetzt, auch international, nämlich die „Theorie des demographischen Übergangs“. Ihr Theoriestatus ist umstritten, weil historische Verläufe nicht in Theorien zu zwingen sind. Demographischer Übergang meint die wechselseitige Anpassung von Bevölkerungsstruktur und fortschreitender Modernisierung der Gesellschaft. Deutschland kann hier als Beispiel dienen. Die in der Agrarkultur üblichen hohen Sterbeziffern und ebenso hohen Geburtenzahlen gingen im Laufe der Industrialisierung nacheinan-

Dafür sind aber mehr als nur medizinische Fortschritte verantwortlich. Es ist die Umstellung im Alltagsleben (Lohnarbeit außer Haus), die die industrielle Arbeitswelt in Großstädten herbeigeführt hat. Hinzu kommt die neue Erfahrung von Kinderkosten durch notwendige Schulung und Ausbildung. Der demographische Übergang muss eine Stressphase durchlaufen. Wo die Sterbefälle gesunken, die Geburtenhäufigkeit noch unverändert hoch geblieben ist, öffnet sich eine Wachstumsschere mit Geborenenüberschüssen. Diese Phase, in der sich die Ursprungsbevölkerung mitunter verdoppelt, wird unrichtigerweise „Bevölkerungsexplosion“ genannt. Sie ist vorübergehend, schafft aber auf Generationen hinaus Tatsachen. Diese Konzeption ist also keine „Theorie“, sondern ein in allen europäischen Staaten des 19. und 20. Jahrhunderts beobachteter Vorgang. Sie ist eine historische Tendenz und – wohlgemerkt – auf einen Kontinent beschränkt.

Die räumliche Beschränkung dieser Erfahrung wird offenbar, wenn man versucht – und man hat hier gar keine Wahl – den demographischen Übergang auf die Entwicklungsländer anzuwenden. Da wird bald aus der einfürmig gedachten Fortschrittskonzeption, die der europäischen Industrialisierung und der von ihr herbeigeführten demographischen Veränderung entstammt, ein buntes Bild aus kulturgeschichtlichen, religiösen, wirtschaftlichen und klimatischen Antriebskräften. Sie können die Entwicklung von Ländern erleichtern oder auch bremsen. Während in Deutschland die Religion als protestantische Ethik für die Entstehung der kapitalistischen Moderne grundlegend war, scheint der Islam im Nahen Osten nicht die Vorreiterrolle eines modernen



Quelle: dirkkoebemik/fotolia.com

In Europa setzte mit der Industrialisierung ein Geburtenrückgang ein. Heute verstärkt die schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf diese Tendenz noch zunehmend.

Derzeit verhindert nur **ZUWANDERUNG** die reale Bevölkerungsabnahme.

der zurück. Noch während des 19. Jahrhunderts sank zuerst die hohe (Kinder-) Sterblichkeit aufgrund besserer Ernährung und medizinischer Techniken. Nach besagter Erfahrung folgten den gesunkenen Sterbefällen auch die Geburtenzahlen. Von der Bismarck'schen Reichsgründung bis zur Weltwirtschaftskrise von 1929 sank die durchschnittliche Kinderzahl in den Familien von fünf auf zwei.

Wirtschaftsstaates übernehmen zu können.

Es gibt einen Zusammenhang zwischen starkem Bevölkerungswachstum, worunter schon ein Zuwachs von mehr als 1 % jährlich zu verstehen ist, und internen Problemen dieser Wachstumsländer. Zu ihnen zählen: Stammesrivalitäten, Existenznot der Landbevölkerung, Zuzüge in die Elendsquartiere der Städte, Staatsschulden aus Waffenkauf, Inflation, autoritäre Regime mit Korruption und schlechter Regierungsführung. „Rapid Population Growth Saps Development“, so Jeffrey D. Sachs.⁷ „A country under rapid population growth cannot organize itself rationally“, sagte Leon Tabah.⁸ Alle Entwicklungsländer stehen deshalb unter Kooperativen und

Programmen, um die genannten Probleme zu verringern. Das größte bevölkerungspolitische Programm der Geschichte ist die chinesische Ein-Kind-Politik, die in der weiten Landregion bei Mangel an Söhnen gelockert wird. Die übermäßige Tötung weiblicher Föten verzerrt bereits die Geschlechterproportion und wird dazu führen, dass ein Viertel der nächsten Männergeneration keine Frau findet. Die Paare in den Entwicklungsländern wenden Geburtenkontrolle nur an, wenn sie vom Rückgang der Kindersterblichkeit überzeugt sind und auf Vorsorgegeburten verzichten können, und wenn sich der wirtschaftliche Fortschritt so spürbar im Familieneinkommen niederschlägt, dass nicht alles für das Überleben ausge-

geben werden muss, sondern ein Teil für eine bessere Zukunft der Kinder beiseitegelegt werden kann (Schulgeld).

Die Rolle der Bevölkerung im Entwicklungsprozess hat die Wissenschaft in Lager geteilt. Die Experten, die in der Bevölkerung den Schlüssel zur Entwicklung sehen – vor allem in der Beschränkung der Zuwächse durch Politik und Familienplanung –, sind in den höchst-

Bevölkerung und ENTWICKLUNG können positiv oder verhängnisvoll zueinander stehen.

ten amerikanischen Regierungsstellen vertreten. Sie heißen Malthusianer, benannt nach dem englischen Ökonomen und Pfarrer Robert Malthus, der zu Beginn des 19. Jahrhunderts im Bevölkerungswachstum den Grund aller menschlichen Katastrophen sah. Es sei daher mit allen Mitteln zu drosseln. Der Ökonom und Diplomat Kenneth Galbraith forderte für „malthusianische Bevölkerungen“, die Fortschrittsgewinne durch hohe Kinderzahlen wieder zu nichtemachen, die Streichung der Entwicklungshilfe.

Auf der anderen Seite gab es die liberalen und optimistischen Wirtschaftspolitiker, die allein auf die herkömmliche Weise modernisieren und investieren wollten. Sie meinten, dass sich die Lösung des Bevölkerungsproblems im Zuge dessen und quasi-automatisch einstellen würde, wie es der demographische Übergang vorgezeichnet habe.

Der Streit der beiden Lager brach auf der bisher größten Bevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen 1974 in Bukarest auf. Der westdeutsche Delegationsleiter, Bundesinnenminister Werner

Maihofer, bestimmte deutlich: „Entwicklung ist die beste Pille“. Der Satz ist bis heute das Motto der „Demo-Ökonomen“. Die Debatte endete mit einem Salomonischen Urteil: Bevölkerungswachstum ist weder ein Verhängnis noch ein reiner Hoffnungsschimmer, sondern ein „Komplize“, der ein Staatsversagen beschleunigt wie in Somalia, im Südsudan, Kongo und Jemen, oder aber zu Glanz und Wohlstand verhilft wie in Singapur, Hongkong oder Südkorea.

Entwicklungsländer brauchen einen demographischen Übergang, der ihrer Lage angepasst ist. Er wird vom europäischen Modell deutlich abweichen müssen:

- Europa hatte drei Generationen Zeit, seinen demographischen Übergang im Einklang mit seiner Modernisierung zu vollenden. Die Entwicklungsländer müssen in drei Jahrzehnten so weit sein, für Millionen Eintretender ins Erwerbsalter Arbeitsmärkte, Beschäftigung in Landwirtschaft, Fertigung und Dienstleistungen zu bieten. Exportgüter sollen sich nicht in Rohstoffen erschöpfen, weil damit kein qualifiziertes Humanvermögen hergestellt werden kann.
- Entwicklungsländer können nicht in Ruhe abwarten, bis sich die Geburtenhäufigkeit langsam der vorausgeeilten niedrigen Sterblichkeit angepasst hat. Lebensumstellung und Familienplanung müssen schneller zusammenwirken. In kleiner gewordene Jugendjahrgänge kann umso mehr und besser investiert werden.
- Entwicklungsländer können ihrem inneren Bevölkerungsdruck nur entgehen, wenn sie die Etappen zum global vernetzten, digitalen Weltmarkt rascher durchschreiten: vom Agrar-

staat mit niedrig qualifizierter Erwerbsbevölkerung in die industrielle Massenfertigung, die verlängerte Werkbank der hochentwickelten Welt; von da aus in die postindustrielle wissenschaftliche Produktion, in informationsgesteuerte Techniken und ihre gleichwertige Anwendung in den Produktionssektoren Landwirtschaft, Fertigung und Dienstleistungen.

„The Rest against the West“? – Zeichen einer Auseinander-Entwicklung

Für Europäer ist Entwicklung die Abfolge oder auch die Arbeit an Zivilisationschritten, die von Naturgewalten unabhängiger machen. Das haben die Europäer unter Entwicklung verstanden, nämlich ihre eigene, und sie für universell vorbildlich erklärt.

Im Kalten Krieg war die Entwicklung von den zwei Hegemonialmächten für ihren jeweiligen Herrschaftsbereich vorgegeben. Mit dem Sieg des westlichen Modells schien das „Ende der Geschichte“ gekommen, weil Streit und Entzweiung im Weltmaßstab nun keine Basis mehr hätten. Entwicklung wurde seit Ende des Zweiten Weltkriegs immer schon als „Amerikanisierung“ gedeutet, als Schaffung eines offenen, auf dem individuellen Leistungsprinzip und Privateigentum beruhenden Lebensmodells.

Nun erlebt aber seit der Wende die Welt nicht einen allgemeinen Wettlauf, um möglichst bald eine amerikanische Gesellschaft zu werden, sondern wieder aufgetauchte Völker und Staaten begeben sich in einen Wettlauf zu sich selbst, auf einen Weg der Selbstbehauptung und Wiederfindung, nachdem sie jahrzehntelang unterdrückt waren. Es zeigen sich also andere Weltphänomene wie Territorialkämpfe und Bürgerkriege entlang den Merkmalen von Völkern und Volksgruppen, die tief in ihrer Geschichte und Kultur wurzeln. „Zugehörigkeit“ scheint das Motto der Nachwendzeit. In einer politisch zertrümmerten Welt werden Volkszugehörigkeit, auch zu kleinen unterstaatlichen Gruppen („Ethnizität“), Religion und Nationalität zu Haltepunkten der Orientierung, der Identifikation und des Vertrauens. Die Herkunftsmächte melden sich nach dem Kalten, ideologischen Krieg, der alle Bindungen unterhalb des weltrevolutionären Gedankens verboten hatte, auf der geschichtlichen Bühne zurück – spektakulär an 9/11 und sonst in tausenden Scharmützeln, Terroranschlägen, raumgreifenden Aktionen ethnisch-religiöser Milizen, zuletzt für einen Islamischen Staat.

Damit wurde die einstige Dritte Welt dem Westen nicht ähnlicher, sondern sie entfernte sich in ihrem Selbstfindungsprozess von ihm. Für den Menschen der westlichen Moderne sind vor-moderne Zugehörigkeiten ethnisch-religiöser Natur zu folkloristischen Attributen geworden, denen man nicht mehr zutraut, einen Kontinent zu zerlegen. Der Historiker Niall Ferguson fragte nach der neuen Konstellation und nannte sie „The West and the Rest?“. Ernst Nolte spricht vom Islam als dem letzten, großen Herausforderer und Feind der

ENTWICKLUNGSLÄNDER brauchen ihren kulturell angepassten demographischen Übergang.

westlichen Werte um Einzelperson und Religionsfreiheit.⁹ Was in einer solchen Welt Entwicklung heißt, beantwortete noch Samuel Huntington, der eindringlich diesen konflikt-geladenen Weltzustand beschreibt: Der übergroße Teil der Weltbevölkerung, der außerhalb Europas liegt, strebe zwar nach Modernisierung, aber keinesfalls nach Amerikanisierung oder Verwestlichung.

Länder nach ihrem ökonomischen Rang

Man war gewohnt, die Weltbevölkerung in zwei unterschiedliche Lebenswelten zu teilen.¹⁰ Da ist einmal der Westen mit rund einer Milliarde Menschen und den höchsten sozialen und ökonomischen Standards und auf der anderen Seite die außereuropäischen Lebensformen auf den Entwicklungskontinenten. Nun scheint das schlichte Bild einer zweigeteilten Welt zu bröckeln. Dynamische Kräfte regen sich in großen Entwicklungsländern und zeigen wachsende wirtschaftliche und politische Potenz.¹¹

Eine Anordnung der Bevölkerungen nach ökonomischem Gewicht lässt sich jährlich erstellen. Die Kriterien der Weltbank und weiterer qualifizierender Indices – der bekannteste ist der Human Development Index (HDI) – liefern hierzu die Grundlagen.¹² In oberflächlicher Manier wird „der Westen“ als einzige reiche Weltregion bezeichnet. Er besitzt

Entwicklungsländer wollen Modernisierung, aber nicht unbedingt VERWESTLICHUNG.

das begehrteste Lebensmodell, die effizienteste Wirtschaftsweise und größte persönliche Freiheit. Der Westen hat eine Alleinstellung in Sachen Wohlstand und militärischer Macht. Der Süden dagegen gärt und zeigt keine Konturen, die man als neue Ordnung ansehen könnte. Die Weltlage rechtfertigt die in der Kapitelüberschrift vorgenommene Vertauschung der Begriffe im Untertitel von Fergusons Werk. Es ist „der Rest“, der sich gegen den Westen in Stellung bringt. Er gewinnt immer mehr an Eigenleben und Bedeutung. Was einmal „Dritte Welt“ hieß, die selbständig ge-

Die BRICs wollen ein GEGENGEWICHT zur G8 aufbauen.

wordenen Kolonien und Staatsgebilde auf dem asiatischen und afrikanischen Kontinent, befinden sich in einem Rollenwechsel. Von einem Objekt internationaler, vor allem westlicher Hilfe und Stützung rücken sie immer mehr ins Zentrum der Weltaufmerksamkeit. Von einer abschätzig betrachteten Peripherie arbeiten sie sich mitten in das politische, wirtschaftliche und leider auch militärische Weltgeschehen.

Ein entscheidendes Kriterium, zu den „aufstrebenden Ländern“ zu zählen, ist eine gewisse Bevölkerungsgröße, die in qualifizierte Produktionskapazität verwandelt werden kann. Es sind die Bevölkerungsgiganten China und Indien, Südafrika, Brasilien, auch „Schwellenländer“ genannt. Sie produzieren bereits weltmarktgemäß und erweisen sich im Welthandelsgeschehen und mittlerweile auch Finanzwesen als ebenbürtige Partner. BRICS bedeutet die Anfangsbuchstaben der genannten Schwellen-

länder (mit Russland), die sich imstande fühlen, innerhalb der Weltwirtschaft ein Gegengewicht zu westlichen Groß- und Mittelmächten zu bilden. Sie haben vor, eine eigene Entwicklungsbank zu gründen, um sich vom IWF und Weltbank unabhängig zu machen.¹³

Vom Westen aus gesehen bilden sie mitsamt den Ölförderstaaten eine „Aristokratie der Armen“. Mittelgroße Länder mit mindestens einer geostrategischen Bedeutung oder speziellen Bodenschätzen sind eine Art „Mittelstand“ und finden sich in Nordafrika und Zentralasien. Dann sind die Armen und Ärmsten zu nennen, deren Zahl zu halbieren internationale Organisationen seit langem bestrebt sind. In den „am wenigsten entwickelten Ländern“ leben etwa eine Milliarde Menschen, die pro Tag über weniger als 1,25 US-Dollar verfügen. Sie haben die höchsten Geburtenraten, die rein rechnerisch eine Verdoppelung dieser Sozialschicht in nur 20 Jahren bedeutet. Kinder sind die einzigen Arbeitskräfte und tragen zum Familieneinkommen bei.

Man ist schon gespannt, wie die rasch alternden Bevölkerungen in weit voneinander entfernten Weltregionen, nämlich Deutschland und China ihr Alterungsproblem meistern. Deutschlands Alterung ist eine Begleiterscheinung seines Modernisierungswegs. Das Alterungsproblem Chinas, eines 1,3-Milliardenvolkes, stammt von einer strengen Ein-Kind-Politik. Von der Einführung staatlicher Altersversorgung ist noch wenig bekannt. Es wird vermutet, dass Chinas stürmische wirtschaftlich-technische Entwicklung ihren Dämpfer erfahren wird, wenn seine demographischen Probleme so richtig zum Vorschein kommen und seine internen Widersprüche zwischen Stadt

und Land, reichen und armen Provinzen und Alterungskosten aufgrund von Langlebigkeit in Ein-Kind-Familien aufbrechen.¹⁴

Die Weltbevölkerung wird nach einer mittleren Schätzvariante von derzeit 7,3 Milliarden bis 2050 auf 9,7 Milliarden anwachsen. Europa wird zu diesem Wachstum nichts mehr beitragen, dafür umso mehr Zentralasien und Zentralafrika. Die Weltbevölkerung in den Blick zu nehmen, ist dem akademischen Interesse längst entwachsen. Was auf die Welt zukommt, seien es der Klimawandel, ethnisch-religiöse Konflikte und wiederkehrende Kämpfe um Existenzbasen und Einflusszonen, betreffen nicht mehr Einzelstaaten, sondern die Menschheit. ///



/// PROF. EM. DR. JOSEF SCHMID
war Inhaber des Lehrstuhls für Bevölkerungswissenschaft an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg und ist Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Demographie e. V. (DGD) und Ehrenmitglied der Deutschen Gesellschaft für Humanökologie (DGH).

Anmerkungen

¹ Siehe UN- und PRB-Daten: <http://esa.un.org/unpd/wpp/> und <http://www.prb.org/Publications/Datasheets/2014/2014-world-population-datasheet.aspx>, beide Stand: 10.8.2015; Chasteland, Jean-Claude / Chesnais, Jean-Claude: La Population du Monde. Enjeux et problèmes, Paris 1997; Campbell, Martha / Bedford, Kathleen: The theoretical and political framing of the population factor in development, in: Philosophical Transactions of the Royal

Society, 364/2009, S. 3101-3113, <http://rstb.royalsocietypublishing.org/content/364/1532/3101.full.pdf+html>, Stand: 10.8.2015.

² Laqueur, Walter: Europa nach dem Fall, München 2012; Ders.: Die letzten Tage von Europa – ein Kontinent verändert sein Gesicht, München 2008; Pritchett, Lant / Viarengo, Martina: Why demographic Suicide? The Puzzles of European Fertility, in: Population and Development review (Supplement) 38/2012, S. 55-71, <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/j.1728-4457.2013.00551.x/pdf>, Stand: 10.8.2015.

³ Atteslander, Peter (Hrsg.): Kulturelle Eigenentwicklung – Perspektiven einer neuen Entwicklungspolitik. Frankfurt / New York 1993.

⁴ Roland, Pressat: L'analyse démographique. Concepts, methods, résultats. Paris 1983; Wunsch, Guillaume / Caselli, Graziella / Vallin, Jaques (Hrsg.): Demography: Analysis and Synthesis: A Treatise in Population Studies, Amsterdam u. a. 2006.

⁵ Kiefl, Walter / Schmid, Josef: Empirische Studien zum generativen Verhalten. Erklärungsbefunde und theoretische Relevanz, in: Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, 15/1985; Schmid, Josef: Stichwort „Soziologie“, in: Online-Handbuch Demografie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, Berlin 2008, http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/handbuch_texte/pdf_Schmid_Sozologie.pdf, Stand: 10.8.2015.

⁶ Bongaarts, John / Casterline, John: Fertility Transition: Is sub-Saharan Africa Different?, in: Population and Development Review (Supplement s1) 38/ 2013, S. 153-168.

⁷ Sachs, Jeffrey D.: Rapid Population Growth Saps Development, in: Science 297/2002, S. 341.

⁸ Clarke, John I. / Tabah, Léon (Hrsg.): Population – Environment – Development Interactions, Paris 1995.

⁹ Ferguson, Niall: Civilization: The West and the Rest, London 2011; Nolte, Ernst: Die dritte radikale Widerstandsbewegung: der Islamismus, Berlin 2009.

¹⁰ Kent, Mary M. / Haub, Carl: Global Demographic Divide, in: Population Bulletin 60 (4)/2005; Schmid, Josef: Bevölkerung im Entwicklungsprozess Lateinamerikas. Bevölkerungssoziologische Einführung und demographische Texte lateinamerikanischer Forscher, Frankfurt / New York 1991.

¹¹ Landes, David: Wohlstand und Armut der Nationen – Warum die einen reich, die anderen arm sind, München 1999.

¹² Birdsall, Nancy / Fei, John / Kuznets, Simon / Ranis, Gustav / Schultz, T. Paul: Demography and Developments in the 1980s, in: World Population and Development. Challenges and Prospects, hrsg. von Philip. M. Hauser, Syracuse (New York) 1979, S. 211-295; Birdsall, Nancy / Kelley, Allen C. / Sinding, Steven W. (Hrsg.): Population Matters: Demographic Change, Economic Growth, and Poverty in the Developing World, Oxford 2001.

¹³ Falletti, Sébastien: La nouvelle banque des Brics défie le FMI et la Banque mondiale, in: Le Figaro, 8.7.2015, S. 20.

¹⁴ Eberstadt, Nicholas N.: Looking towards 2030: A New World Coming into Focus, in: Economic Affairs, 32/2012, S. 17-26, <http://www.iea.org.uk/sites/default/files/publications/files/Economic%20Affairs%2032.1%20Eberstadt.pdf>, Stand: 10.8.2015.

/// Unterschiede in den demographischen Trends

AFRIKA UND EUROPA INMITTEN EPOCHALER DEMOGRAPHISCHER TRANSITION

GERHARD K. HEILIG /// Asiaten und Afrikaner werden die demographische Zukunft des Planeten Erde bestimmen. Damit wird sich von vielen weitgehend unbemerkt eine Zeitenwende bis zum Ende dieses Jahrhunderts vollzogen haben. Vor allem das demographische Gewicht der Europäer wird drastisch zurückgehen – und es ist noch weitgehend ungeklärt, wie sich dies auf die ökonomische, geostrategische und ökologische Situation der Welt auswirken wird.

Einführung

Man muss heute davon ausgehen, dass die Zahl der Menschen bis zum Ende des 21. Jahrhunderts weltweit auf deutlich über 11 Milliarden ansteigen wird. Dies geht aus der mittleren Variante¹ der neuesten Weltbevölkerungsprojektion der Vereinten Nationen hervor, die kürzlich veröffentlicht wurde.² Es ist eher unwahrscheinlich, dass sich die Weltbevölkerung noch bei unter 10 Milliarden Menschen stabilisieren lässt,³ wie dies vereinzelt von Demographen behauptet wurde.⁴ Mit achtzigprozentiger Wahrscheinlichkeit wird die Weltbevölkerung im Jahr 2100 zwischen 10 Milliarden und 12,5 Milliarden Menschen liegen.

Gegenwärtig wächst die Weltbevölkerung pro Jahr um rund 83 Millionen Menschen. Etwa die Hälfte des globalen

Bevölkerungswachstums zwischen 2015 und 2050 wird in nur neun Ländern anfallen, fünf davon in Afrika: in Indien, Nigeria, Pakistan, der Demokratischen Republik Kongo, Äthiopien, der Vereinigten Republik Tansania, den Vereinigten Staaten von Amerika (durch Zuwan-

Der größte Bevölkerungszuwachs in den nächsten 35 Jahren erfolgt in AFRIKA.

derung), Indonesien und Uganda.⁵ Jeder zweite Mensch, um den sich die Weltbevölkerung in den nächsten 35 Jahren von heute ab vermehrt, wird Afrikaner sein und nach 2050 wird fast der gesamte globale Bevölkerungszuwachs in Afrika anfallen. Dagegen wird Europas Bevölkerung deutlich schrumpfen und altern.



Quelle: Jolanta Mayerberg/fotolia.com

Eher düstere Aussichten: Senioren stellen zukünftig die Hauptgruppe der zunehmend schrumpfenden europäischen Bevölkerung dar.

Im Vergleich mit Afrika wird Europa zum „demographischen Zwerg“

Um 1950 war Afrikas Bevölkerung mit rund 229 Millionen weniger als halb so groß wie die Europas, das damals (unter Einbeziehung Russlands) 549 Millionen Einwohner hatte.⁶ Heute hat sich das Verhältnis bereits umgekehrt und es gibt etwa 448 Millionen mehr Afrikaner als Europäer. Schon in 10 Jahren wird es mehr als doppelt so viele Afrikaner wie Europäer geben. Damit ist Afrikas Bevölkerungswachstum mit Sicherheit aber nicht abgeschlossen. In nur etwa einer Generation von heute ab gerechnet wird Afrika um das Jahr 2050 fast 2,5 Milliarden Menschen haben – und damit genauso viele wie die gesamte Welt im Jahre 1950. Und nach den neuesten Projektio-

nen der Vereinten Nationen ist es durchaus wahrscheinlich, dass Afrika bis zum Ende unseres Jahrhunderts auf etwa 4,4 Milliarden Menschen anwachsen wird. Europas Bevölkerung dagegen wird auf 646 Millionen zurückgehen. Damit kämen dann auf jeden Europäer fast sieben Afrikaner.

Ein derartig ungezügelt es Bevölkerungswachstum hat es niemals vorher gegeben. Selbst der enorme Bevölkerungszuwachs in Asien verblasst angesichts der Entwicklung in Afrika. In einer epochalen demographischen Transitionsperiode von nur 150 Jahren könnte sich die Einwohnerzahl des afrikanischen Kontinents zwischen 1950 und 2100 um rund 4,2 Milliarden Menschen erhöhen. Im gleichen Zeitraum

wird die Bevölkerung Asiens wahrscheinlich um „lediglich“ 3,5 Milliarden anwachsen (siehe Abb. 1).

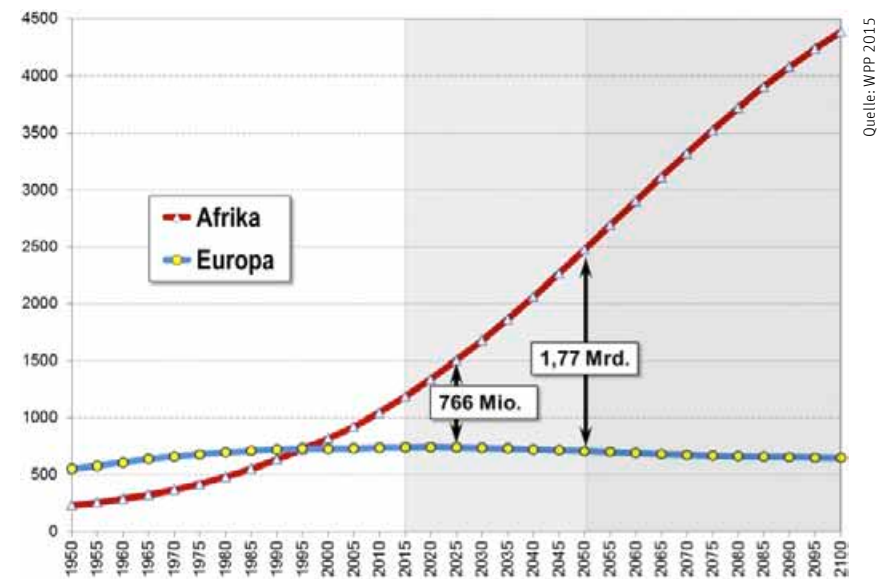
Oft wird angesichts derartiger Bevölkerungszunahmen vermutet, diese Projektionen wären lediglich lineare Extrapolation. Dem ist nicht so. Alle Bevölkerungsprojektionen der Vereinten Nationen beruhen auf einer Kohorten-Komponenten-Methode, bei der die künftigen Trends der Fertilität und Mortalität jeweils eigens auf der Basis probabilistischer Modelle berechnet werden. Dazu werden außerordentlich umfangreiche Schätzungen der bisherigen Entwicklung von Fertilität und Mortalität (gemessen an der Kindersterblichkeit und der Sterblichkeit der unter 5-Jährigen) für alle Länder der Erde durchgeführt und dann in einem Bayesian-Modell zur Projektion verwendet.⁷ Diese Methode hat entscheidende Vorzüge gegenüber

Der **GEBURTENRÜCKGANG** in Afrika verläuft aufgrund der demographischen „Schwungkraft“ retardierter als gedacht.

anderen Verfahren, da sie eine große Anzahl historischer Messwerte benutzt, die auf empirischen Erhebungen (wie Zensen, Registerdaten, Surveys, etc.) beruhen. Die so rekonstruierten historischen Datenreihen für Fertilität und Mortalität (und Netto-Migration) ergeben eine objektivierbare Grundlage für die eigentlichen Projektionen.

Es versteht sich also von selbst, dass für Afrika in Zukunft ein weiterer Rück-

Abb. 1: Bevölkerung Afrikas und Europas, 1950-2100 (Millionen)



Quelle: WPP 2015

gang der Fertilität angenommen wird, da er sich bereits in den historischen Datenreihen ankündigt und auch dem entspricht, was in anderen Entwicklungsregionen mit ähnlich hoher Fertilität bereits zu beobachten war. Allerdings zeigen die neuesten verfügbaren empirischen Daten, dass der Fertilitätsrückgang in Afrika wesentlich später begonnen hat und auch langsamer vonstatten geht als erwartet. So gibt es nach den neuesten Schätzungen immer noch 21 afrikanische Länder, deren durchschnittliche Fertilität (in der 5-Jahresperiode 2010-2015) bei über fünf Kindern pro Frau liegt. In Niger waren es sogar über sieben Kinder pro Frau.

In Zukunft wächst die Weltbevölkerung vor allem in Afrika

Innerhalb der nächsten 35 Jahre wird die Weltbevölkerung um insgesamt 2,38 Milliarden Menschen anwachsen. Afrika wird fast 1,3 Milliarden Men-

schen (oder über 54 %) dazu beitragen. Asiens Bevölkerung wird dagegen „nur“ noch um 874 Millionen zunehmen, was einem Anteil von knapp 37 % entspricht. Der Beitrag aller anderen Weltregionen zum Weltbevölkerungswachstum der nächsten 35 Jahre liegt zusammen genommen unter 10 %. Europas Bevölkerung wird sogar um 32 Millionen abnehmen (siehe Abb. 2).

Betrachtet man den weiteren Zeitraum bis zum Ende des Jahrhunderts wird die Bedeutung Afrikas für das Weltbevölkerungswachstum noch deutlicher. Zwischen 2050 und 2100 könnte die globale Bevölkerung um weitere 1,49 Milliarden Menschen anwachsen. Afrikas Bevölkerung würde aber um 1,9 Mrd. anwachsen. Der scheinbare Widerspruch ergibt sich daraus, dass vor allem in Asien die Bevölkerung deutlich abnehmen würde. Damit wird deutlich, dass nach 2050 der globale Bevölke-

rungszuwachs praktisch nur in Afrika anfällt, während zum Beispiel in Asien die Bevölkerung um rund 378 Millionen schrumpfen dürfte. Dies ist im Wesentlichen ein Ergebnis der enormen demographischen „Schwungkraft“ der extrem jungen afrikanischen Bevölkerung, die trotz angenommenen deutlichen Fruchtbarkeitsrückgangs wegen der großen Elternzahl hohe absolute Geburtenzahlen haben wird.

Wenn man davon ausgeht dass die Zeitspanne zwischen der Mitte des 20. Jahrhunderts und dem Ende des 21. Jahrhunderts eine epochale demographische Transitionsphase markiert, dann ist ganz klar, dass Asien und vor allem Afrika diesen globalen Bevölkerungsprozess dominiert haben und dominieren werden. In nur 150 Jahren wird Afrikas Bevölkerung dabei um rund 4,16 Milliarden Menschen anwachsen und Asien wird 3,5 Milliarden Menschen zulegen. Somit

werden also knapp 48 % des globalen Bevölkerungszuwachses in Afrika anfallen und rund 40 % in Asien. Alle anderen Weltregionen zusammen (inklusive Lateinamerika und der Karibik) tragen weit weniger als 10 % zum modernen Weltbevölkerungswachstum bei (siehe Abb. 3).

Die globale Bevölkerungsverteilung verschiebt sich deutlich

Das enorme Bevölkerungswachstum Asiens und Afrikas hat die globale Verteilung der Weltbevölkerung, wie sie Mitte des 20. Jahrhunderts (und für etliche Jahrhunderte davor) bestanden hatte, bereits deutlich verschoben, besonders im Hinblick auf die demographischen „Gewichte“ Europas und Afrikas. Waren um 1950 noch fast 22 % der Weltbevölkerung Europäer, so ist ihr Anteil bis heute bereits auf 10 % gefallen. Der Anteil der Afrikaner an der Weltbevölkerung hat sich im gleichen

Abb. 2: Bevölkerungswachstum oder -rückgang zwischen 2015 und 2050 und zwischen 2050 und 2100 nach Regionen (Millionen)

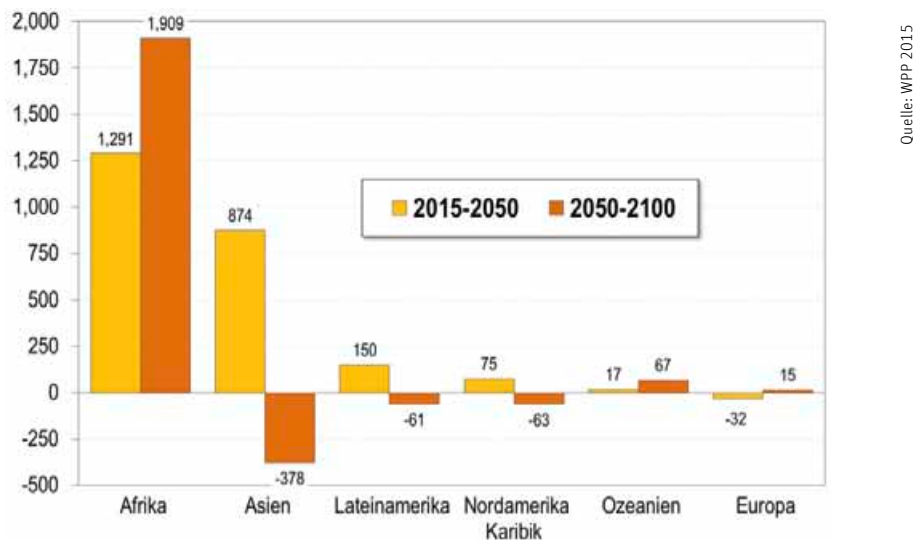
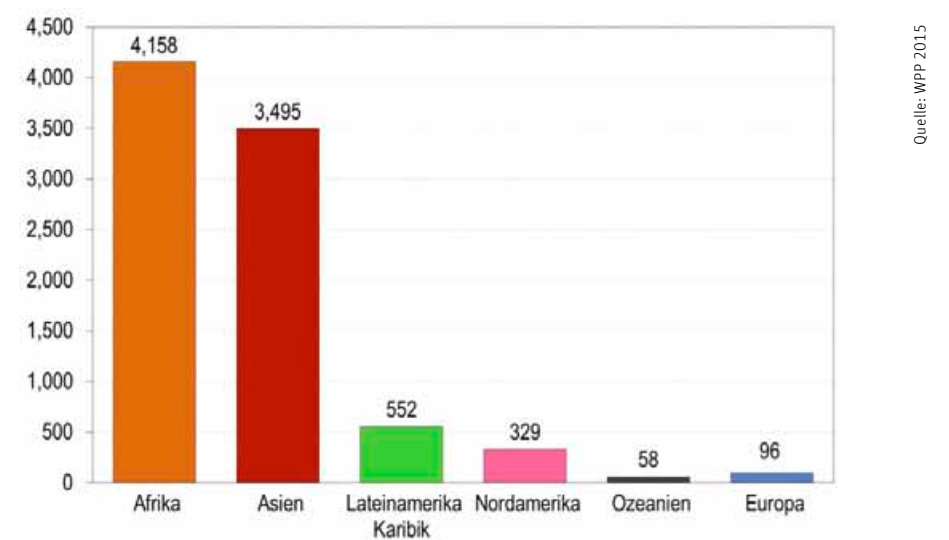


Abb. 3: Bevölkerungswachstum oder -rückgang zwischen 1950 und 2100 nach Regionen (Millionen)



Zeitraum von etwa 9 % auf 16 % erhöht. Schon in 35 Jahren werden Afrikaner mehr als ein Viertel der Weltbevölkerung stellen, während der Anteil der Europäer auf etwa 7 % weiter zurückgehen wird. Sollten die Bevölkerungsprojektionen der Vereinten Nationen für das Ende unseres Jahrhunderts eintreffen, dann wird im Jahre 2100 weit mehr als jeder Dritte Mensch ein Afrikaner sein (nämlich 39 %). Der Anteil der Europäer an der Weltbevölkerung wird auf knapp 6 % geschrumpft sein.

Der Anteil der Asiaten an der Weltbevölkerung hat sich dagegen relativ wenig geändert. 1950 lag er bei 55 %, bis 2015 hatte er sich „nur“ auf knapp 60 % erhöht und bis 2050 wird er wieder auf 54 % fallen. Damit wird der Anteil Asiens an der Weltbevölkerung Mitte des

Der Anteil der Europäer an der Weltbevölkerung **SCHRUMPT zunehmend.**

21. Jahrhunderts praktisch identisch sein wie zur Mitte des 20. Jahrhunderts. Im weiteren Verlauf wird der Anteil Asiens an der Weltbevölkerung – durch das enorme Wachstum Afrikas – weiter sinken. Um das Jahr 2100 könnte er bei „nur“ knapp 44 % liegen (siehe Abb. 4).

Eine derartig massive Verschiebung der demographischen Gewichte, besonders zwischen den beiden benachbarten Kontinenten Europa und Afrika, die nur durch das Mittelmeer getrennt sind, wird ohne Zweifel tiefgreifende wirtschaftliche, geopolitische, soziokulturelle und ökologische Konsequenzen haben, ob uns das gefällt oder nicht. Der Autor dieses Beitrages kann sich nur wundern, dass diese epochalen demographischen Verschiebungen in der Öff-

entlichkeit und bei den politisch Verantwortlichen in Europa kaum diskutiert werden.

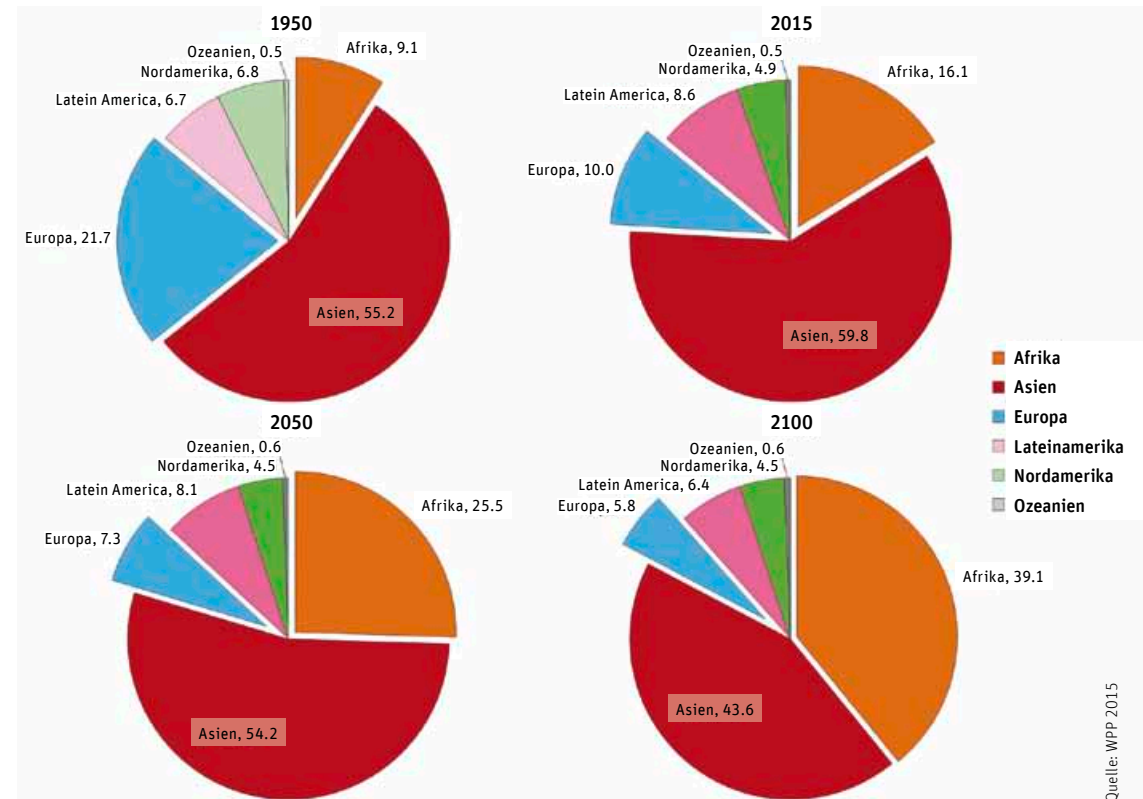
Afrika und Europa im Ländervergleich: Wachstum versus Rückgang der Bevölkerung

Noch deutlicher werden die Unterschiede zwischen Afrika und Europa auf Länderebene. Die folgenden Abbildungen zeigen die Bevölkerungsentwicklung von jeweils einem afrikanischen und einem europäischen Land, die Mitte des 20. Jahrhunderts praktisch die gleiche Bevölkerungsgröße hatten. Abbildung 5 (siehe S. 36) vergleicht Nigeria mit der Ukraine und Weißrussland mit der Vereinigten Republik von Tansania.

Nigeria und die Ukraine hatten damals beide etwa 37 Millionen Einwohner. Inzwischen ist die Ukraine auf 45 Millionen leicht angewachsen, während Nigerias Bevölkerung sich auf 182 Millionen fast verfünffacht hat. Während der kommenden 35 Jahre wird Nigerias Bevölkerung mit ziemlicher Sicherheit auf 399 Millionen anwachsen, während die Ukraine auf 35 Millionen zurückgehen wird. Am Ende des Jahrhunderts könnte Nigerias Bevölkerung 752 Millionen zählen, etwa zwanzigmal soviel wie um 1950. Die Bevölkerung der Ukraine dagegen dürfte auf 26 Millionen schrumpfen. Sie wäre dann etwa ein Drittel kleiner als Mitte des 20. Jahrhunderts.

Tansania und Weißrussland hatten 1950 beide eine Bevölkerung von 7,7 Millionen; heute liegt die Bevölkerung Tansanias bei 53,5 Million, die Weißrusslands jedoch bei nur 9,5 Millionen. In einer Generation wird Tansanias Bevölkerung sich auf etwa 137 Millionen verachtzehntfach haben. Weißrussland dagegen wird auf 8,1 Millionen schrumpfen. Sollte die Bevölkerung Tansanias

Abb. 4: Anteile an der Weltbevölkerung nach Regionen, 1950, 2015, 2050 und 2100 (%)



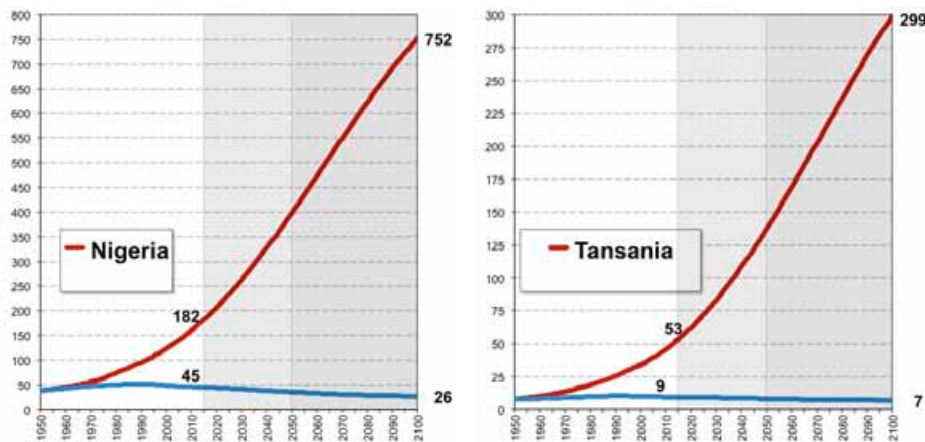
weiterwachsen wie projiziert, dann könnte sie am Ende des 21. Jahrhunderts 299 Millionen umfassen – neununddreißigmal mehr als im Jahr 1950. Weißrussland wird dann wahrscheinlich nur knapp 7 Millionen Einwohner haben.

Natürlich kann man, rein formal, einwenden, dass derartige Vergleiche irreführend seien, weil sie jeweils ein Land vergleichen, das sich am Ende und am Anfang des „Demographischen Übergangs“ befindet. Dies mag sein, nur ginge ein derartiger Einwand am Kern der Sache vorbei. Entscheidend ist, dass es einfach keine einzige Bevölkerung in Europa gegeben hat, die (wie Nigeria) je-

mals – egal zu welchem Zeitpunkt ihrer demographischen Entwicklung – von 37 Millionen auf vermutlich 752 Millionen in einer 150 Jahre Periode angewachsen ist. Noch weniger hat sich irgendeine europäische Bevölkerung zu irgendeinem Zeitpunkt von 7,6 auf 299 Millionen verneununddreißigfach, wie es bei Tansania aller Wahrscheinlichkeit nach der Fall sein dürfte. Was hier verdeutlicht werden soll ist also die völlig einzigartige demographische Situation Afrikas, speziell im Vergleich mit Europa.

Dabei sind die zuvor herausgegriffenen Länder keine Einzelfälle. Die nach wie vor hohe Fertilität in weiten Teilen

Abb. 5: Bevölkerung in ausgewählten Ländern Afrikas und Europas, 1950-2100



Quelle: WPP 2015

Afrikas führt dazu, dass sich die Bevölkerung von 28 afrikanischen Ländern zwischen 2015 und 2050 verdoppeln wird. Am Ende des Jahrhunderts wird sich die Bevölkerung in zehn afrikanischen Ländern mindestens mehr als verfünffacht haben, nämlich in Angola, Burundi, der Demokratischen Republik Kongo, in Malawi, Mali, Niger, Somalia, Uganda, der Vereinigten Republik von Tansania und in Sambia.

Afrikas Bevölkerungswachstum ist eine Folge der Unterentwicklung

Entgegen landläufiger Meinung ist das gegenwärtige und zu erwartende explosive Bevölkerungswachstum Afrikas nicht einfach nur ein „Aufholprozess“ nach Bevölkerungsverlusten durch Sklavenhandel und Kolonialisierung. Historische Bevölkerungsschätzungen zeigen, dass Afrika um das Jahr 1000, also vor der Epoche des transatlantischen Sklavenhandels, mit 32 Millionen Einwohnern etwa ein Viertel unter der Einwohnerzahl Europas (mit damals rund 40 Millionen) lag,⁸ was in etwa auch der

Bevölkerungsrelation Mitte des 20. Jahrhunderts entsprach⁹. Die Ursachen der afrikanischen Bevölkerungsexplosion seit der Mitte des 20. Jahrhunderts liegen ganz woanders. Folgende Faktoren sind ausschlaggebend:

Die, z. B. gegenüber Asien, deutlich verzögerte soziale und kulturelle Modernisierung, insbesondere die fortbestehende Unterdrückung der Frauen. Viele afrikanische Gesellschaften halten an überholten traditionellen Werten, Tabus, Geschlechterrollen und Familienvorstellungen fest, die in einer Zeit wesentlich höherer (Kinder-)Sterblichkeit entstanden sind. Es gibt wie z. B. im nördlichen Ghana nach wie vor tief verwurzelte Vorstellungen über die Verpflichtung einer Ehefrau, möglichst viele Kinder zu haben, was sich unter anderem in dem üblichen Brautpreis in Form von Kühen und Schafen ausdrückt. Frauen, die keine Kinder haben (können), werden verstoßen und stigmatisiert. In vielen Teilen Afrikas sind die Frauen den Männern vollkommen ausgeliefert und nicht selten Opfer von sexueller Unterdrückung und

Gewalt. Mehr als 80 % der Mädchen und Frauen in Mali, Sierra Leone, Guinea, Ägypten, Sudan, Somalia und Eritrea und erhebliche Teile der weiblichen Bevölkerung in vielen anderen afrikanischen Staaten werden „beschnitten“ – eine brutale kulturelle Tradition, die von internationalen Organisationen als Verletzung fundamentaler Menschenrechte eingestuft wird.¹⁰ In 29 afrikanischen Ländern werden 125 Millionen Mädchen und Frauen Opfer dieser Form sexueller Unterdrückung.

Entscheidend ist auch die, trotz spektakulärer Wachstumsraten, völlig unzureichende wirtschaftliche Entwicklung, die große Teile der Bevölkerung nach wie vor in bitterster Armut und Hoffnungslosigkeit belässt. Millionen Afrikaner leben am Rande des Existenzminimums. Ihre Kinder, besonders die Mädchen, erhalten meist nur die minimalste Schulbildung oder müssen in frühestem Alter mitverdienen, um die Familie zu erhalten. Sie leben in den riesigen Slums der Großstädte inmitten von Unrat, Gewalt, Drogen und sozialer Desintegration. Oft müssen die Frauen allein mit ihren Kindern zurechtkommen, da sich die Väter davongemacht haben oder im Ausland Geld verdienen. In Teilen Afrikas wächst eine Generation von AIDS-Waisen heran, die alleine auf der Straße oder bei Verwandten zu überleben versuchen. Für das Jahr 2010 wurde für das Afrika südlich der Sahara ihre Zahl auf 20 Millionen geschätzt. In mehreren afrikanischen Ländern sind 15 bis 25 % aller Kinder unter 15 Jahren Waisen.¹¹ Bitterste Armut, unzureichende Schulbildung und der Zusammenbruch sozialer Bindungen führt oft dazu, dass die Mädchen in frühester Jugend schwanger werden. Hohe Raten „adoleszenter Fertilität“ sind die Folge.

Die vermutlich wichtigste Ursache der afrikanischen Bevölkerungsexplosion ist jedoch die Uneinsichtigkeit afrikanischer Führer, die bis vor wenigen Jahren Geburtenreichtum propagiert und die leichte Verfügbarkeit moderner Verhütungsmittel massiv behindert haben. Männer gelten in Afrika als besonders stark und erfolgreich, wenn sie möglichst viele Kinder (egal mit wie viel Frauen) gezeugt haben. Kinderreichtum wird als Beweis von Männlichkeit angesehen. Kein Wunder, dass bekannte afrikanische Führer Dutzende, wenn nicht gar Hunderte von Kindern haben. Jean-Bédel Bokassa, der langjährige Machthaber der Zentralafrikanischen Republik, soll mit 17 Ehefrauen, unter anderem aus Zaire, Rumänien, Belgien, Schweden und Taiwan, mindestens 37 Kinder gezeugt haben. Andere Schätzungen berichten von mehr als 100 Nachkommen. Mswati III., der amtierende Regent des Swasilandes, hat 13 Ehefrauen und eine unbekannte Zahl von Nachkommen. Er befindet sich in guter Tradition. Sein Vater König Sobhuza II. hatte um die 70 Frauen und an die Tausend Enkel. Jacob Zuma, der 4. Präsident von Südafrika praktiziert Polygamie und hat sechs Frauen geheiratet. Zumindest mit vier dieser Frauen lebte er gleichzeitig zusammen. Die Zahl seiner (ehelichen) Kinder wird auf 20 geschätzt.¹

Eine Ursache der afrikanischen Bevölkerungsexplosion ist die **SCHLECHTE** Stellung von Frauen und Mädchen.

Kein Wunder, dass die Länder mit der niedrigsten Familienplanung, der höchsten Mütter- und Kindersterblichkeit und der weitaus höchsten Fertilität alle in Afrika liegen.¹³

Afrika ist heute ein Kontinent der Kinder und jungen Erwachsenen

Um 1950 war die Zahl der Kinder und jungen Menschen in Europa noch fast doppelt so hoch wie in Afrika. Die Altersgruppe der 0-24-Jährigen lag in Europa bei etwa 240 Millionen, während sie in Afrika lediglich 138 Millionen betrug. Bereits in den 1970er-Jahren drehte sich dieses Verhältnis aber um und heute gibt es bereits mehr als eine halbe Milliarde mehr Kinder und junge Leute in Afrika als in Europa. In Europa ist die Zahl der 0-24-Jährigen auf etwa 197 Millionen gefallen, während sie in Afrika mit über 716 Millionen regelrecht explodiert ist (siehe Abb. 6).

Schon in 35 Jahren, also innerhalb nur einer Generation, wird sich die Zahl der Kinder und jungen Erwachsenen in Afrika mit größter Wahrscheinlichkeit auf fast 1,25 Milliarden erhöhen, während ihre Zahl in Europa auf 179 Millionen weiter schrumpfen wird. Dann wird Afrika mehr als eine Milliarde junger Erwachsener und Kinder mehr haben als Europa.

Damit ist der Höhepunkt im Zuwachs von Kindern und jungen Menschen in Afrika aber noch lange nicht erreicht. Nach der neuesten Projektion der Vereinten Nationen (vom August 2015) könnte sich die Zahl der unter 25-Jährigen in Afrika bis zum Ende des Jahrhunderts auf 1,59 Milliarden erhöhen, während sie in Europa auf 165 Millionen fallen dürfte. Dann gäbe es in Afrika rund 1,4 Milliarden mehr Kinder und junge Erwachsene als in Europa. Auf jeden jungen Europäer unter



Geburtenreichtum ist in Afrika gesellschaftlich ANERKANNT.

25 Jahren kämen weit mehr als neun junge Afrikaner (siehe Abb. 6).

Europas Bevölkerung schrumpft und vergeist

Europas Bevölkerung wird immer mehr von älteren Menschen dominiert. Der Anteil der über 50-Jährigen ist in Europa von knapp 22 % im Jahre 1950 bereits auf über 38 % angestiegen. Zum Vergleich: In Afrika liegt ihr Anteil heute bei 11 %. Schon in 25 Jahren, werden 46 % in Europa 50 Jahre oder älter sein. Am Ende des 21. Jahrhunderts könnten fast die Hälfte aller Menschen in Europa 50 Jahre oder älter sein (siehe Abb. 7, S. 40).

Noch deutlicher sieht man die Alterung der europäischen Bevölkerung, wenn man den Anteil der Menschen an der Bevölkerung betrachtet, die 75 Jahre oder älter sind. Er stieg von 2,5 % auf heute 8,4 % und wird schon in den nächsten 35 Jahren 15,3 % erreichen. Am Ende des Jahrhunderts könnte beinahe jeder fünfte Europäer (fast 19 %) 75 Jahre oder älter sein. Der Anteil wird sich dann seit 1950 mehr als versiebenfacht haben. In Afrika dagegen ist der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung verschwindend gering. 1950 waren vermutlich weniger als 1 % der Bevölkerung im Alter von 75 oder älter. Heute sind es auch nur knapp über 1 % und bis 2050 wird ihr Bevölkerungsanteil auf lediglich knapp 2 % ansteigen. Selbst am Ende des 21. Jahrhunderts wird nur je-

der sechzehnte Afrikaner (6,4 %) 75 Jahre oder älter sein.

In scharfem Gegensatz zu Afrika wird die Bevölkerung in vielen europäischen Ländern auch bald zurückgehen. So wird sie schon in den nächsten 35 Jahren in Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Ungarn, Lettland, Litauen, Moldawien, Rumänien, Serbien und der Ukraine um mehr als 15 % schrumpfen.

Afrikas Bevölkerungswachstum ist Herausforderung und Chance

Das explosive Anwachsen in der Zahl der Kinder und jungen Erwachsenen stellt Afrika vor enorme Herausforderungen, eröffnet potenziell aber auch Chancen. Zur Zeit müsste Afrika Jahr für Jahr für zusätzlich 15 bis 16 Millionen Kinder und junge Erwachsene im Alter von unter 25 Jahren Nahrung, Gesundheitsversorgung, Betreuung, Grundschulen, höhere Bildungseinrichtungen, berufliche Ausbildungsstätten

und Arbeitsplätze bereitstellen – eine Aufgabe, die selbst funktionierenden Regierungen und produktivsten Wirtschaftssystemen Schwierigkeiten bereiten würde. Bei der Ineffizienz, der grassierenden Korruption und der kleptokratischen Grundeinstellung vieler afrikanischer Regierungen erscheint die derart wachsende Zahl an Kindern und jungen Leuten jedoch als unüberwindliche demographische Hürde. Schon jetzt sind bis zu 50 % der jungen Menschen in den Städten arbeitslos oder halten sich mit informellen Gelegenheitsjobs über Wasser. Auch das Bildungs- und Ausbildungsniveau ist bei weitem nicht so gut, wie es die Zunahme formaler Bildungsabschlüsse suggeriert.

Dabei könnte die enorme Zahl der Kinder und jungen Erwachsenen der wahre Reichtum des afrikanischen Kontinents sein, wenn es gelänge sie adäquat auszubilden und mit entsprechenden Arbeitsplätzen zu versorgen. In einigen Regionen Afrikas schaffen es junge

Abb. 6: Bevölkerung im Alter von 0-24 Jahren in Afrika und Europa, 1950-2100

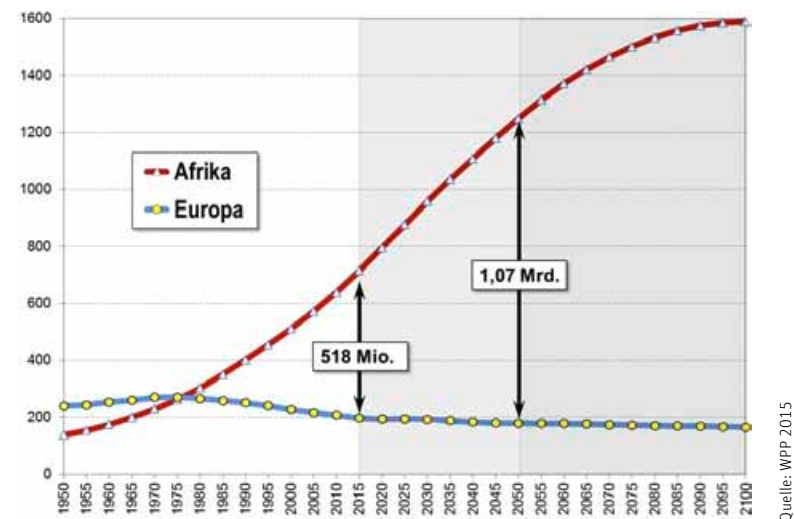
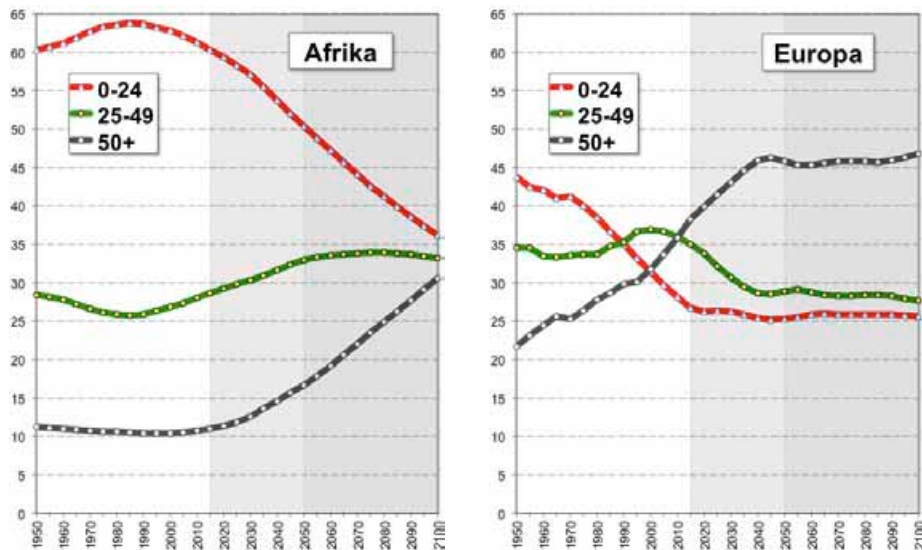


Abb. 7: Bevölkerung im Alter von 0-24 Jahren in Afrika und Europa, 1950-2100



Quelle: WPP 2015

Menschen auch wirklich, die Chance wirtschaftlicher Selbständigkeit zu ergreifen und im Mode-, Tourismus-, Musik- oder IT- und Telekommunikationssektor wirtschaftlich tragfähige Unternehmungen zu starten. Sie haben in einigen Ländern schon einen regelrechten Wirtschaftsboom ausgelöst. Leider werden derartige wirtschaftliche Initiativen

Schlussfolgerungen

Bis Ende dieses Jahrhunderts wird sich eine demographische Zeitenwende vollziehen. Das demographische Gewicht Europas wird sich drastisch reduzieren, wohingegen Asiaten und v. a. Afrikaner die demographische Zukunft der Erde bestimmen werden. Die naive Vorstellung, dass eine Gesellschaft „vitaler Senioren“ und oft kinderloser Singles (die bald die Bevölkerungsmehrheit in Europa stellen könnten) eine führende Stellung in der Welt behaupten könnte, hat bereits durch das „ökonomische Wunder“ Chinas und großer Teile Asiens einen Dämpfer bekommen. Welche Auswirkungen das auf die ökonomische, geostrategische und ökologische Situation der Erde haben wird, ist noch völlig offen.

Es könnte auch sein, dass wir am Beginn einer weltweiten Bevölkerungsver-

In der starken Jugend Afrikas liegt auch eine **CHANCE**.

lagerung stehen. Die gegenwärtigen Trends im Bevölkerungswachstum Afrikas sind derart explosiv, dass man sich kaum vorstellen kann, wie dieser Kontinent sie ökonomisch und ökologisch bewältigen könnte – zumal Unfähigkeit, Korruption und weitverbreitete Missachtung grundlegender Menschenrechte durch afrikanische „Führungseliten“ einen Großteil der Menschen zu Armut, mangelnder Bildung, schlechter Gesundheit und Perspektivlosigkeit verurteilen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Europa in Zukunft nicht nur ein paar hunderttausend afrikanische Kriegsflüchtlinge aufnehmen muss, sondern sich mit einer Massenemigration hunderter Millionen Afrikaner konfrontiert sehen wird. ///



/// DR. GERHARD K. HEILIG

war bis zu seiner Pensionierung von 2006 bis 2013 Leiter der Abteilung „Population Estimates and Projections“ bei der „Population Division“ des „United Nations Departments of Economic and Social Affairs (DESA)“ in New York. Er arbeitet heute als freier Berater.

Anmerkungen

- ¹ Die mittlere Variante der World Population Prospects entspricht dem Median der probabilistischen Projektionen.
- ² United Nations Department of Economic and Social Affairs / Population Division: World Population Prospects, the 2015 Revision (WPP 2015), New York 2015.
- ³ Gerland, P. / Raftery, A. E. / Ševčíková, H. / Li, N. / Gu, D. / u. a.: World Population Stabilization Unlikely This Century, in: Science 346, S. 234-237.
- ⁴ Lutz, Wolfgang: World population likely to peak by 2070, International Institute for Applied Systems Analysis, 23. Oktober 2014; Pressemitteilung zu Lutz, W. / Butz, W. P. / Samir, K. C.: World Population and Human Capital in the 21st Century, Oxford 2014.
- ⁵ United Nations Department of Economic and Social Affairs / Population Division: World Population Prospects: The 2015 Revision, Key Findings and Advance Tables, New York 2015.
- ⁶ In der von den Vereinten Nationen benutzten Definition von Europa ist immer die Russische Föderation eingeschlossen. Dies kann damit gerechtfertigt werden, dass der weit überwiegende Teil der russischen Bevölkerung in Gebieten westlich des Ural lebt, der geographisch als Grenze von Europa angesehen werden kann.
- ⁷ Raftery, A. E. / Li, N. / Ševčíková, H. / Gerland, P. / Heilig, G. K.: Bayesian probabilistic population projections for all countries, Proceedings of the National Academy of Sciences 109 (35), 2012, S. 13915-13921; Alkema, L. / Raftery, A. E. / Gerland, P. / Clark, S. J. / u. a.: Probabilistic Projections of the Total Fertility Rate for All Countries, in: Demography 48, 2011, S. 815-839.
- ⁸ Maddison, Angus: The World Economy: Historical Statistics, Statistical Appendix, 2007.
- ⁹ Ein Überblick über historische Bevölkerungsschätzungen findet sich in Caldwell, John C. / Schindlmayer, Thomas: Historical Population Estimates: Unraveling the Consensus, in: Population and Development Review, 2/28, Juni 2002, S. 183-204.
- ¹⁰ United Nations Children Fund (UNICEF): Female Genital Mutilation / Cutting: A statistical overview and exploration of the dynamics of change, New York July 2013.
- ¹¹ United Nations Children Fund (UNICEF): Africa's orphaned generations, New York November 2003.
- ¹² Laing, Aislinn: Jacob Zuma faces losing £1.2 million support for four wives, in: The Daily Telegraph (London), 20.6.2012.
- ¹³ Cleland, John G. / Ndugwa, Robert P. / Zulu, Eliya M.: Family planning in sub-Saharan Africa: progress or stagnation?, in: Bulletin of the World Health Organization 89, 2011, S. 137-143.

/// Wie wird sich die Weltbevölkerung zukünftig entwickeln?

CHANCEN UND RISIKEN DES GLOBALEN DEMOGRAPHISCHEN WANDELS

STEPHAN KLASSEN /// Die Prognosen zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung, basierend auf den Projektionen der Vereinten Nationen, sind für die kommenden Jahrzehnte als sehr verlässlich anzusehen, während die Schätzungen für das Jahr 2100 mit deutlich größerer Unsicherheit behaftet sind. Nachfolgend werde ich mich v. a. mit der Interpretation der Projektionen zur globalen und regionalen Bevölkerungsentwicklung beschäftigen.

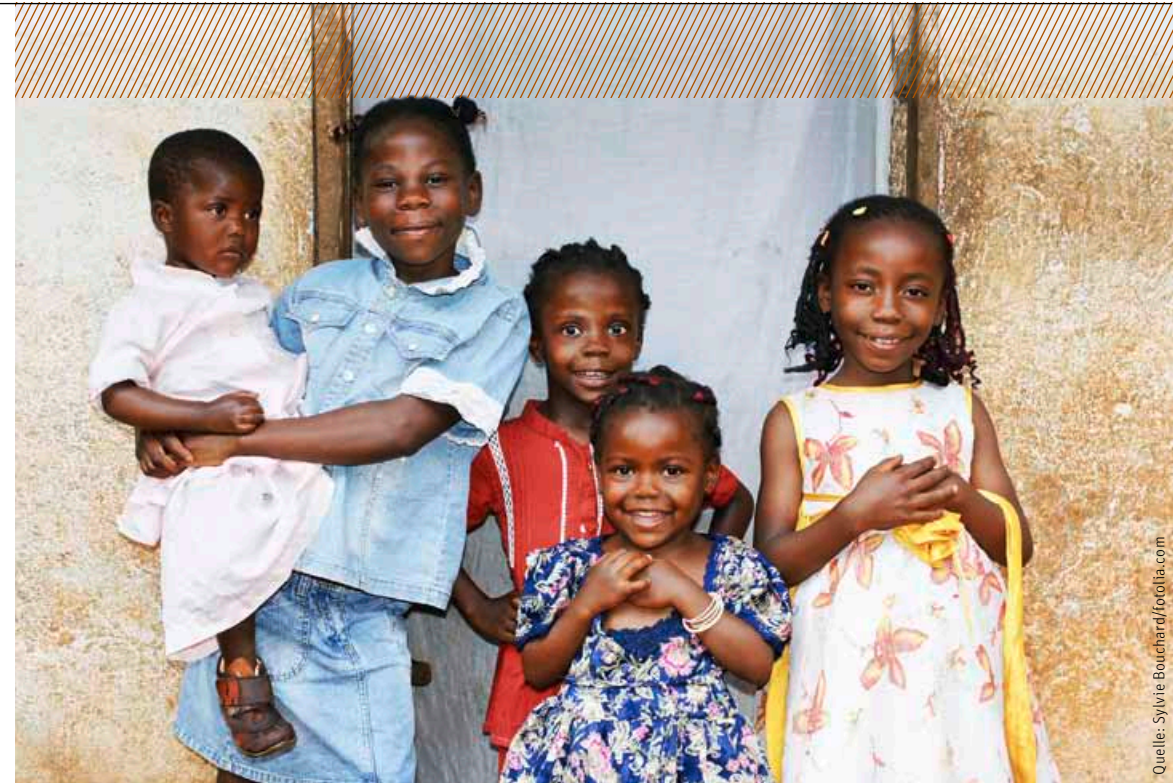
Gerhard K. Heilig hat die erhebliche demographische Dynamik in Afrika hauptsächlich als Gefahr für die afrikanische Entwicklung und auch als potenzielle Gefahr für uns betrachtet, aber ich werde versuchen, dieses Phänomen etwas nuancierter zu betrachten.

Neue globale demographische Realität

In den 70er- bis 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts gab es eine klare demographische Zweiteilung der Welt, die stark überlappend mit den politischen Kategorien 1. und 3. Welt war. Die 1. Welt war durch Geburtenrückgang und sehr moderate bis stagnierende Bevölkerung gekennzeichnet, während in der 3. Welt eine wahre Bevölkerungsexplosion zu verzeichnen war, die alle Regionen (Afrika, Asien, Lateinamerika) gleichermaßen betraf. Das ist heute fundamental

anders. In Asien und Lateinamerika hat ein extrem rapider Geburtenrückgang eingesetzt, der in dem Tempo historisch einmalig ist. Diese Regionen unterscheiden sich nur noch wenig von der geringen demographischen Dynamik Europas, so dass jetzt in der Tat Afrika der Sonderfall ist, in dem die demographische Dynamik weiterhin sehr hoch ist. In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu beachten:

Mittlerweile hat die Mehrzahl aller Länder der Welt Fertilitätsraten, die bei 2 oder darunter liegen und auf mittelfristige Schrumpfung der Bevölkerung hindeuten. Darunter sind auch viele bevölkerungsreiche Länder wie China, Brasilien, Iran, Thailand, Malaysia, fast alle Transformationsländer in Osteuropa und Zentralasien und viele weitere Länder in Asien, Lateinamerika und der Karibik.



Nur in Afrika gibt es noch demographische Dynamik.

Aufgrund dieser Trends ist es zutreffend, dass Afrikas Bevölkerungsanteil stark ansteigt, aber eine historische Perspektive dazu ist hilfreich. Im Jahre 1650 lebten 18 % der Weltbevölkerung in Afrika und nur ebenso 18 % in Europa und in Regionen mit europäischer Besiedlung (vor allem Nordamerika). Im Jahre 1930 war der Bevölkerungsanteil Afrikas durch Kriege, Seuchen, Sklaven-

Nur Afrika verzeichnet noch einen sehr hohen **BEVÖLKERUNGSZUWACHS**.

handel und Kolonialismus auf gerade mal 7 % der Weltbevölkerung geschrumpft, während Europa und Nordamerika 32 % der Weltbevölkerung ausmachten. Bis ca. 2015 hat Afrika einfach nur seinen früheren Bevölkerungsanteil

von 18 % wiederhergestellt und in kommenden Jahrzehnten wird er in der Tat weiter zunehmen.¹

Die Besonderheit der gegenwärtigen demographischen Entwicklung Afrikas sind nicht so sehr die hohen Fertilitätszahlen. Die waren auch in anderen Regionen der 3. Welt vor nicht allzu langer Zeit zu beobachten. Die Besonderheit ist, dass in Teilen Afrikas, v. a. in West- und Ostafrika, der Rückgang der Fertilität unerwartet schleppend voran geht, trotz erheblicher Verbesserungen bei Bildung, Gesundheit und Wirtschaftswachstum in jüngster Zeit. Damit wird diese hohe demographische Dynamik in diesen Regionen länger anhalten als in anderen Regionen Afrikas oder in Asien und Lateinamerika. Es ist wissenschaftlich und entwicklungspolitisch enorm wichtig, die Gründe für diese schleppende Entwicklung beim Geburten-

rückgang in Teilen Afrikas zu untersuchen und durch geeignete Maßnahmen im Bereich Frauenbildung, Gesundheit und Unterstützung für Familienplanung anzugehen.

Die Fertilitätsrate in Afrika VERRINGERT sich sehr langsam.

Schließlich ist es auch wichtig zu betonen, dass die enorme demographische Dynamik Afrikas bisher fast gar nichts mit den Flüchtlingsströmen zu tun hat, die wir im Augenblick beobachten. Die meisten Flüchtlinge kommen aus den Kriegsgebieten Syrien und Irak, gefolgt von den afrikanischen Ländern Eritrea und Somalia, wo eine autoritäre Diktatur und der Staatszerfall die Flüchtlingsursachen sind. Große Flüchtlingsströme aus Ländern mit sehr großem Bevölkerungswachstum wie Uganda, Ghana, Kenia, Nigeria oder Niger sind, zumindest bislang, nicht zu verzeichnen.

Demographie und Wirtschaftswachstum: Das demographische Geschenk

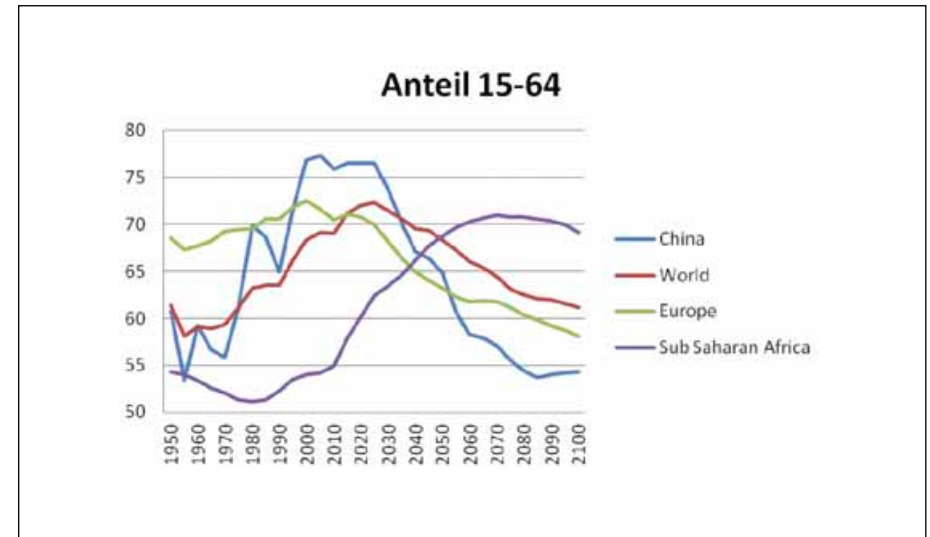
Was bedeuten diese demographischen Trends für die wirtschaftliche Entwicklung? Der rapide Geburtenrückgang in Asien und Lateinamerika hat die Altersstruktur in den letzten Jahrzehnten in eine sehr günstige Richtung beeinflusst. Während die Zahl der Kinder rapide zurückging, war der Anteil der Senioren noch sehr gering, so dass der Anteil der arbeitsfähigen Bevölkerung an der Ge-

samtbevölkerung besonders hoch ist. Dies wird in Abbildung 1 beispielhaft für China dargestellt und man sieht, dass der Anteil der arbeitsfähigen Bevölkerung zwischen 1990 und 2020 bei über 75 % liegt. In dieser Situation müssen die vielen Menschen im arbeitsfähigen Alter nur relativ wenige Kinder und Senioren direkt oder indirekt (über Steuern) versorgen und das ermöglicht Spielräume für größere Ersparnisse, was wiederum Investitionen und Wirtschaftswachstum nach sich zieht. Eine solche günstige demographische Konstellation bezeichnet man als das sogenannte demographische Geschenk und manche Autoren haben errechnet, dass bis zu 50 % der wirtschaftlichen Dynamik Ostasiens in den letzten Jahrzehnten darauf zurückzuführen ist.²

Wie Abbildung 1 und 2 verdeutlichen, ist dieses demographische Geschenk temporärer Natur. In China wird, aufgrund der geringen Geburtenzahlen und der hohen Lebenserwartung ab 2020 der Anteil der arbeitsfähigen Bevölkerung rapide sinken und stattdessen der Anteil der Senioren drastisch zunehmen. Auf der anderen Seite wird die Phase des demographischen Geschenks in andere Regionen wandern. Gerade hat Südasien (Indien, Bangladesch, Pakistan) diese Phase erreicht und die derzeitigen hohen Wachstumsraten dort hängen auch mit der derzeit günstigen demographischen Konstellation zusammen.

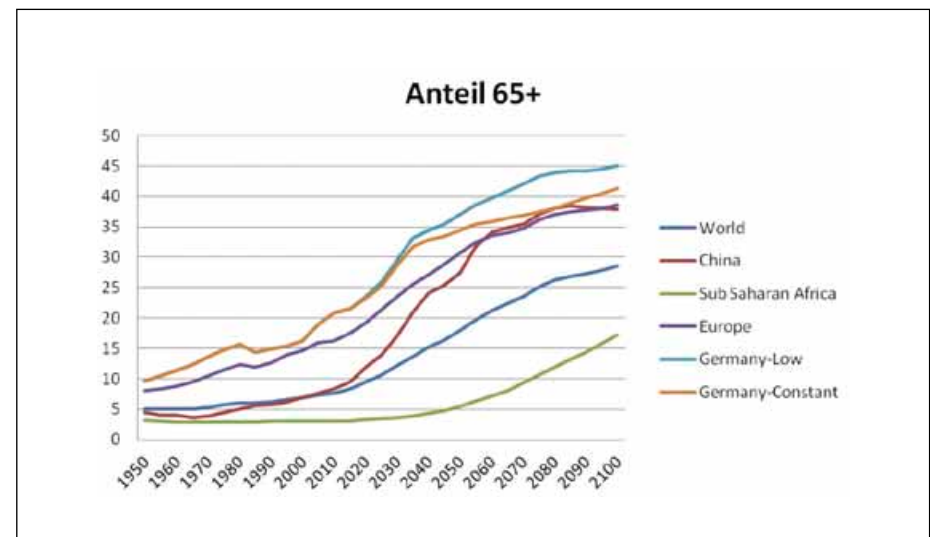
Abbildung 1 und 2 zeigen weiter, dass in den nächsten Jahrzehnten das demographische Geschenk auch in Afrika ankommen wird. Der Anteil an der arbeitsfähigen Bevölkerung wird bis 2080 auf über 70 % steigen, während der Anteil an Senioren noch vergleichsweise gering sein wird. Das heißt, diese

Abbildung 1: Anteil der Bevölkerung 15-64 an der Gesamtbevölkerung



Quelle: Vereinte Nationen

Abbildung 2: Anteil der Bevölkerung 65+ an der Gesamtbevölkerung



Quelle: Vereinte Nationen

positive wirtschaftliche Dynamik, die sehr stark das Wachstum in Asien in letzten Jahrzehnten beflügelt hat, wird nach Schätzungen der Vereinten Nationen Afrika erreichen und kann dazu führen, dass Afrika zu einem Wachstumsmotor der Weltwirtschaft wird. In der Tat war das Wirtschaftswachstum pro Kopf in Afrika in den letzten 15 Jahren schon schneller als das durchschnittliche Wachstum in der Welt. Dies könnte sich fortsetzen und beschleunigen, vor allem, wenn es gelingt, die Fertilitätszahlen in Afrika schneller und nachhaltiger zu senken.

Das demographische Geschenk wird in den nächsten Jahrzehnten **AFRIKA** erreichen.

Auf der anderen Seite gibt es auch ein negativeres Szenario für Afrika. Wenn es vor allem den west- und ostafrikanischen Staaten nicht gelingt, ihre Fertilität nachhaltig zu senken, wird man noch länger auf das demographische Geschenk warten müssen und in der Zwischenzeit wird die demographische Dynamik einen erheblichen Druck auf die Ressourcenbasis und die Wirtschaftskraft ausüben. Und selbst wenn es gelingt, die Fertilität zu senken, wird es immer noch enorm wichtig sein, eine Politik zu verfolgen, die dafür sorgt, dass die Vielzahl an Menschen im arbeitsfähigen Alter auch produktiv beschäftigt werden können.³ Zu einer solchen Politik gehören Investitionen in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur, weitere Integration in die Weltwirtschaft und verlässliche und gut funktionierende Regierungen.

Welches Szenario sich bewahrheiten wird, hängt vor allem von den afrikani-

schen Staaten selbst und ihren Regierungen ab. Hier hat sich in den letzten 20 Jahren in vielen Ländern einiges zum Positiven gewendet, aber weitere Verbesserungen sind notwendig. Die internationale Staatengemeinschaft kann natürlich auch hier über Unterstützung bei Investitionen, Ausbau von Handels- und Investitionsbeziehungen, bei Frieden und Sicherheit und Entwicklungshilfe in strategischen Bereichen helfen.

Die drohende Alterung in der 3. Welt

Nach dem demographischen Geschenk kommt die Überalterung von Gesellschaften und dies wird ein massives Problem in immer mehr Regionen der 3. Welt werden. Abbildung 2 (S. 45) zeigt, wie rasant der Anstieg des Anteils der Senioren in Ländern wie China sein wird. In anderen Ländern Asiens wird das bald ein ebenso großes Problem werden. Da der demographische Übergang so schnell in diesen Ländern vonstatten ging, hatten sie wenig Zeit, ihre sozialen Sicherungssysteme auf eine alternde Gesellschaft vorzubereiten. Die Probleme, die wir in Deutschland damit haben, sind klein im Vergleich zu den Problemen, wie sie in Asien auftreten werden. Öffentliche Alterssicherung gibt es häufig nur für Arbeiter im formalen Sektor und Regierungsbeamte, alle anderen verlassen sich noch auf ihre Familie als Alterssicherung. Aber wenn 1

Die Überalterung birgt MASSIVE Probleme für Entwicklungsländer.

Kind 2 Elternteile und 4 Großelternanteile versorgen muss, kommt diese familiäre Absicherung schnell an ihre Grenzen. Viele Senioren werden sich daher ihren wohlverdienten Ruhestand gar nicht leisten können. Dieses gesellschaftliche Problem wird eine enorme politische und soziale Herausforderung für Regierungen darstellen und kann auch die Wirtschaftskraft dieser Länder nachhaltig beeinflussen. Hier kann auch die internationale Staatengemeinschaft beratend und unterstützend eine Rolle spielen und, basierend auf den positiven und negativen Erfahrungen mit solchen Systemen, beim Aufbau von sozialen Sicherungssystemen beraten.

Veränderte Migrationsströme

In dieser geänderten global demographischen Dynamik werden Migrationsströme wichtiger werden, aber auch sich drastisch in ihrer Dynamik verändern. Während Asien und Lateinamerika im Augenblick enorm viele Migranten stellen, werden der Geburtenrückgang und die Überalterung dort dazu führen, dass diese Migrationsströme sich stark reduzieren und ggf. sogar weitgehend versiegen werden. In der Tat könnte es in 10 bis 20 Jahren schon soweit sein, dass China und andere asiatische Länder immer mehr Migranten ins Land holen werden, um die Probleme der Schrumpfung und Überalterung etwas abzufedern. Die einzige Region der Welt, in der es noch einen „Bevölkerungsüberschuss“ geben wird, wird dann Afrika sein. Obschon es aus heutiger Sicht kaum vorstellbar ist, ist es nicht unwahrscheinlich, dass wir in den nächsten Jahrzehnten mit China, Brasilien, anderen asiatischen Ländern und dem Mittleren Osten um Migranten aus Afrika im Wettbewerb stehen werden.

Zukünftig wird es einen **WETTBEWERB** um Arbeitskräfte aus Afrika geben.

Dabei wird es nicht nur um einen Wettbewerb um Hochqualifizierte gehen, der jetzt schon zu beobachten ist, sondern es wird auch um Menschen mit geringer und mittlerer Qualifikation gehen, die in Dienstleistungssektoren, im Gesundheitswesen oder in der Bauwirtschaft benötigt werden. Je früher wir hier in Deutschland und / oder der EU eine Einwanderungspolitik entwickeln, die Afrikanern mit geringer und mittlerer Qualifikation einen legalen Weg in die EU und nach Deutschland ermöglicht, desto besser sind wir für diesen kommenden Wettbewerb gerüstet. Und wir würden damit gleichzeitig auch noch etwas dafür tun, die humanitäre Katastrophe im Mittelmeer zu lindern und den Schleppern das Geschäftsmodell zu rauben. ///



/// PROF. DR. STEPHAN KLASSEN
ist Professor für Volkswirtschafts-
theorie und Entwicklungsökonomik an
der Georg-August-Universität Göttingen.

Anmerkungen

¹ Zahlen von Ray, D.: Development Economics, Princeton 1997.

² Bloom, D. / Williamson, J.: Demographic Transition and Economic Miracles in Emerging Asia, World Bank Economic Review 12/ 1998, S. 419-455.

³ UNDP: Human Development Report, New York 2014.

/// Wohin geht es mit der Weltbevölkerung?

URSACHEN, FOLGEN UND POTENZIALE IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN

RENATE BÄHR /// Nie zuvor gab es so viele Menschen auf der Erde wie heute – mehr als 7 Milliarden. Nach wie vor wächst die Weltbevölkerung. Bis zum Jahr 2050 werden es voraussichtlich 9,7 Milliarden Menschen sein. Das Weltbevölkerungswachstum erfolgt fast ausschließlich in den Entwicklungsländern, wo jedes Jahr 74 Millionen Frauen ungewollt schwanger werden. Die Bevölkerungsentwicklung ist beeinflussbar, durch Aufklärung und freiwillige Familienplanung.

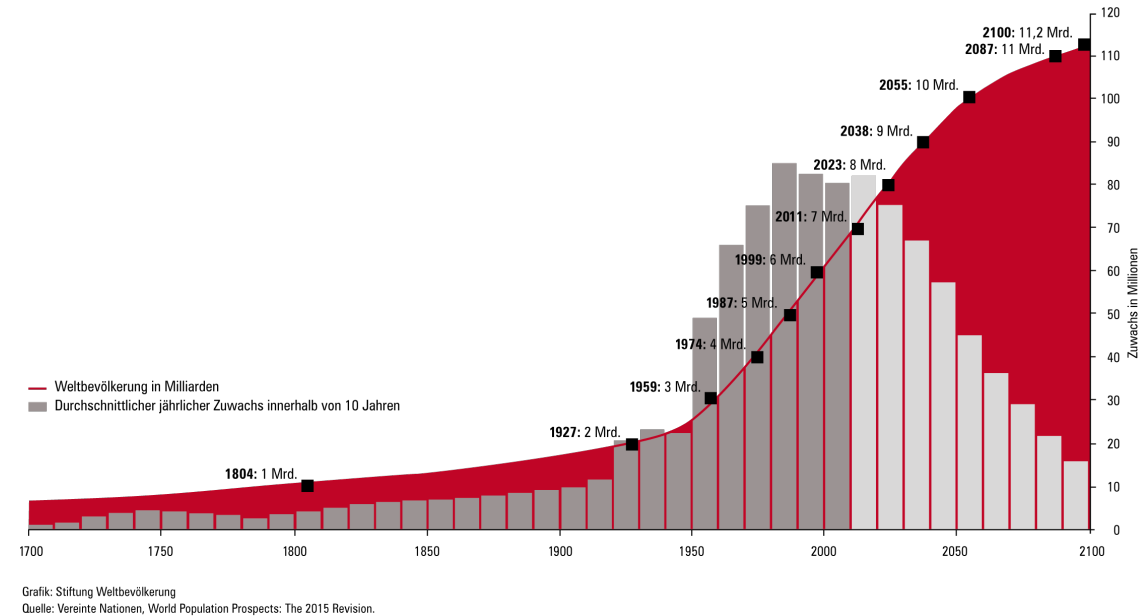
Entwicklung der Weltbevölkerung – Vergangenheit und Zukunft

Bis etwa zum Jahr 1800 hat es gedauert, bis die Menschheit die erste Milliardenmarke überschritten hatte. Die Zeit seit dem 20. Jahrhundert ist von einem rasanten Bevölkerungswachstum geprägt. In das Jahr 1900 startete die Menschheit noch mit 1,6 Milliarden Menschen, 1987 war schon die fünfte Milliarde erreicht. Nur zwölf Jahre später, im Jahr 1999, lebten sechs Milliarden Menschen auf unserem Planeten. Damit hat sich die Weltbevölkerung in einem einzigen Jahrhundert nahezu vervierfacht. Und die Menschheit wächst weiter. Im Jahr 2011 wurde bereits der siebenmilliardste Mensch geboren. Derzeit nimmt die Weltbevölkerung jährlich um etwa 83 Millionen Menschen zu – das entspricht etwa der in Deutschland lebenden Bevölkerung (siehe Abb. 1).

Zu dem rasanten Bevölkerungswachstum nach dem Zweiten Weltkrieg haben vor allem die Verbesserung der medizinischen Versorgung und der Anstieg der Nahrungsproduktion, die so genannte „Grüne Revolution“, beigetragen. Denn in der Folge stieg die Lebenserwartung und die Säuglingssterblichkeit ging zurück. Im gleichen Zeitraum blieb in vielen Gesellschaften der Wunsch nach großen Familien bestehen. Zugleich führte der mangelnde Zugang zu modernen Methoden der Familienplanung zu zahlreichen ungewollten Schwangerschaften. In der Folge beschleunigte sich das Bevölkerungswachstum, wobei der Anteil der Menschen, die in Entwicklungsländern lebten, beständig anstieg.

Auch in Zukunft wird die Weltbevölkerung wachsen, wenngleich sich die Bevölkerungszunahme verlangsamt. Bis zum Jahr 2050 werden nach den Projekti-

Abbildung 1: Historische Entwicklung der Weltbevölkerung



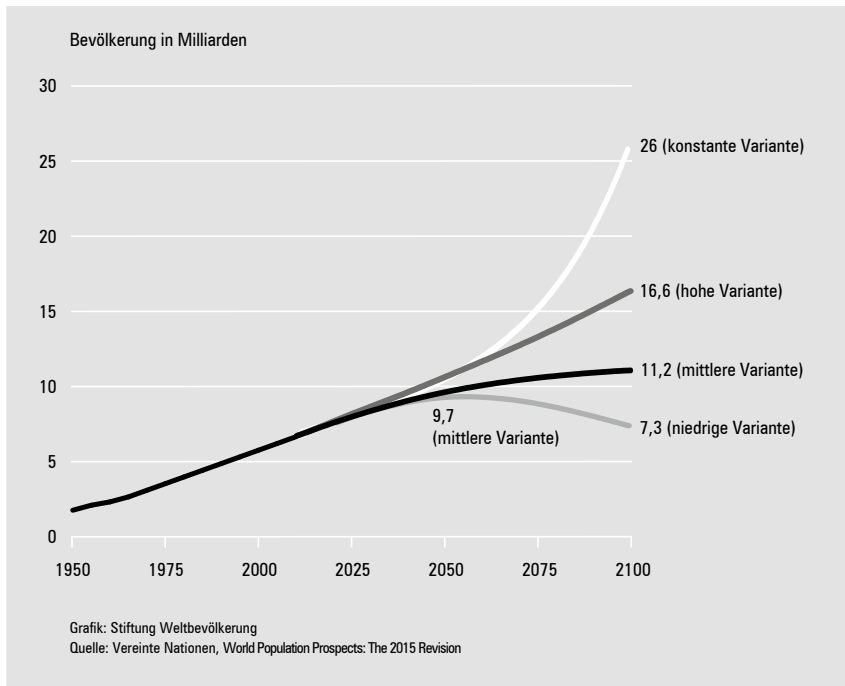
onen der Vereinten Nationen (UN) voraussichtlich 9,7 Milliarden Menschen auf der Erde leben, bis zum Jahr 2100 vermutlich sogar 11,2 Milliarden Menschen. Bei den Projektionen bilden Annahmen über die zukünftige Fertilität eine wichtige Grundlage. Die UN gehen davon aus, dass die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau von heute 2,5 weltweit bis zum Jahr 2100 auf zwei Kinder sinken wird. Weicht die Kinderzahl pro Frau auch nur geringfügig von dieser Annahme ab, hat dies einen erheblichen Einfluss auf das Bevölkerungswachstum. Wenn die Kinderzahl pro Frau bis 2100 in jedem einzelnen Land der Erde konstant auf dem heutigen Niveau bliebe, würde die Weltbevölkerung zur Jahrhundertwende auf rund 26 Milliarden Menschen anwachsen (siehe Abb. 2, S. 50).

Bei ihren vergangenen Projektionen waren die UN mehrfach zu optimistisch

bezüglich der zukünftigen Fertilitätsentwicklung. Waren sie im Jahr 2009 noch davon ausgegangen, dass im Jahr 2050 9,1 Milliarden Menschen auf der Erde leben werden, korrigierten sie diese Annahme zwei Jahre später auf 9,3 Milliarden Menschen nach oben, um die Zahl in den Jahren 2013 und 2015 erneut nach oben anzupassen, nämlich auf zunächst 9,6 Milliarden und dann auf 9,7 Milliarden Menschen. Einer der Hauptgründe für diese Korrektur ist, dass die Fertilitätsraten nicht so stark

Besonders im 20. Jahrhundert nahm die Weltbevölkerung **RASANT** zu.

Abbildung 2: Weltbevölkerungsprojektionen für das Jahr 2100



gesunken sind wie zuvor jeweils angenommen.

Weltweit hat sich zwar die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau von rund 5 Kindern in den 1960er-Jahren auf heute 2,5 Kinder halbiert, was vor allem auf die Entwicklungen in Asien und Lateinamerika zurückzuführen ist. Doch die Fertilitätsraten in Afrika südlich der Sahara sind im gleichen Zeitraum deutlich langsamer gesunken, nämlich von

6,6 Kindern pro Frau auf heute 4,7 Kinder. Wie Untersuchungen zeigen, hat sich dieser Rückgang in den vergangenen Jahren teilweise noch verlangsamt.

Regionale Unterschiede

Das Wachstum der Weltbevölkerung geht fast ausschließlich auf Entwicklungsländer zurück. Entsprechend ist der Anteil der dort lebenden Menschen an der Weltbevölkerung in den vergangenen Jahrzehnten stetig gestiegen: von 68 % im Jahr 1950 auf heute 83 %. Im Jahr 2050 werden voraussichtlich 87 % der Weltbevölkerung in den weniger entwickelten Regionen der Erde leben (siehe Abb. 3).

Asien ist schon heute die bevölkerungsreichste Region der Erde und wird dies auch in Zukunft sein. Allerdings

Die **FERTILITÄTSRATE** in Afrika südlich der Sahara sinkt nur langsam.

wird der asiatische Anteil an der Weltbevölkerung zurückgehen. Lebt heute noch deutlich mehr als die Hälfte der Menschheit in Asien (60 %), werden es im Jahr 2100 voraussichtlich nur noch 44 % sein. Wesentlich mehr Menschen werden dann in Afrika leben. Dort wächst die Bevölkerung am stärksten. Sie wird sich von heute fast 1,2 Milliarden Menschen auf voraussichtlich rund 2,5 Milliarden Menschen im Jahr 2050 und mehr als verdoppeln. Nach 2050 wird Afrika der einzige Kontinent sein, auf dem die Bevölkerung noch nennenswert wachsen wird – bis 2100 um weitere 1,9 Milliarden auf rund 4,4 Milliarden Menschen. Damit werden zum Ende des Jahrhunderts fast 40 % der Weltbevölkerung in Afrika leben. Heute sind es nur 16 %. Die europäische Bevölkerung hingegen wird voraussicht-

lich von heute 738 Millionen Menschen (10 % der Weltbevölkerung) auf 646 Millionen im Jahr 2100 (rund 6 % der Weltbevölkerung) schrumpfen.

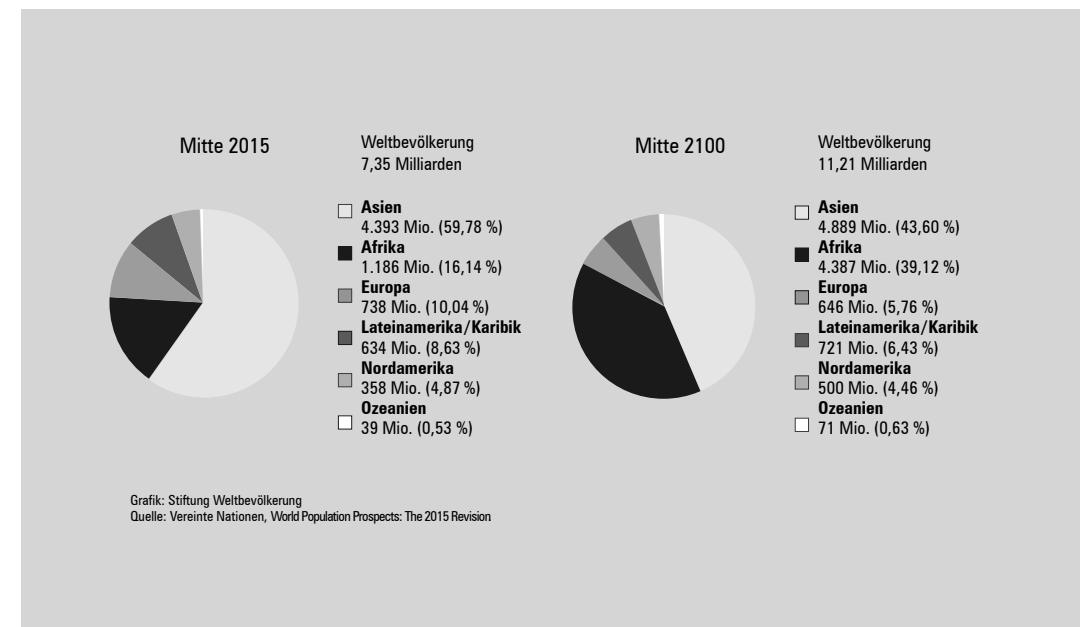
Warum die Bevölkerung in Entwicklungsländern wächst

Das Bevölkerungswachstum in Entwicklungsländern beruht vor allem auf drei Faktoren: der jungen Altersstruktur, ungewollten Geburten sowie dem Wunsch nach mehr als zwei Kindern pro Paar. Alle drei Variablen sind beeinflussbar.

Junge Altersstruktur

Grund für eine junge Bevölkerung ist die hohe Fertilitätsrate in vielen Entwicklungsländern, die zum Teil auf ungewollte Schwangerschaften zurückzuführen ist. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung in den Entwicklungsländern

Abbildung 3: Regionale Verteilung der Weltbevölkerung



sind Kinder und Jugendliche. In Afrika sind sogar 41 % der Bevölkerung jünger als 15 Jahre. Diese Bevölkerungsgruppe steht an der Schwelle zum fortpflanzungsfähigen Alter. Die zukünftige Größe der Weltbevölkerung wird zu einem

Die europäische Bevölkerung **SCHRUMPT, während die Entwicklungsländer zulegen.**

erheblichen Teil davon abhängen, für wie viele Kinder sie sich entscheiden und ob sie Zugang zu Verhütungsmitteln haben (siehe Abb. 4).

Selbst wenn jedes Paar sich mit zwei Kindern nur selbst „ersetzen“ würde, käme es zu keinem Stopp des Bevölkerungswachstums. Aufgrund der hohen Zahl junger Menschen im fortpflanzungsfähigen Alter würde die Weltbe-

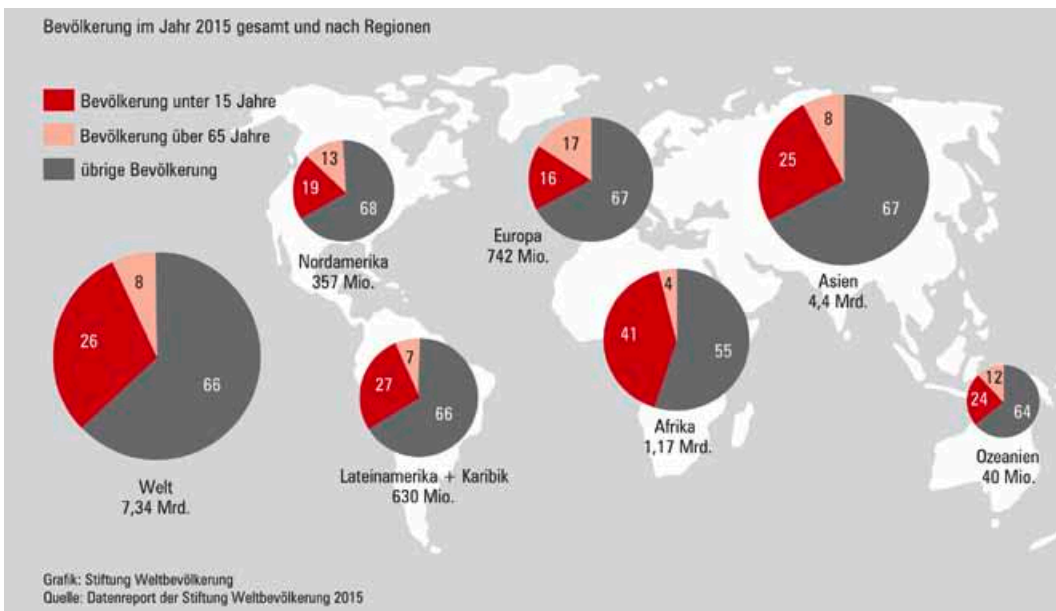
völkerung noch einmal um mindestens die Hälfte zunehmen. Dieses Phänomen bezeichnet man als „Trägheit“ des Bevölkerungswachstums.

Dieser Altersstruktureffekt ließe sich abschwächen, wenn Jugendliche Sexualaufklärung und Zugang zu Verhütungsmitteln erhielten und wenn durch mehr Bildungschancen für Mädchen und eine Erhöhung des Heiratsalters die erste Geburt verzögert würde.

Ungewollte Geburten

Ein weiterer Grund für das starke Bevölkerungswachstum in Entwicklungsländern sind die anhaltend hohen Kinderzahlen pro Frau. Dabei hat Afrika südlich der Sahara die höchste Fertilitätsrate weltweit. Dort bekommt eine Frau durchschnittlich etwa fünf Kinder, in Uganda beispielsweise sind es sechs und in Niger sogar acht.

Abbildung 4: Afrika am jüngsten



Jugendklubmitglieder der Stiftung Weltbevölkerung sprechen in Kenia über Verhütungsmöglichkeiten.

Viele Frauen in Entwicklungsländern bekommen mehr Kinder, als sie es sich wünschen, unter anderem, da es ihnen an Verhütungsmitteln mangelt oder ihnen das Wissen darüber fehlt. Jede vierte Frau kann dort nicht verhüten, obwohl sie das gerne möchte. Wenn sie alle die Möglichkeit dazu hätten, gäbe es jährlich 21 Millionen ungewollte Geburten und 24 Millionen Abtreibungen weniger. Zudem würden 70.000 Mütter und 500.000 Neugeborene weniger sterben (siehe Abb. 5, S. 54).

Wunsch nach mehr als zwei Kindern

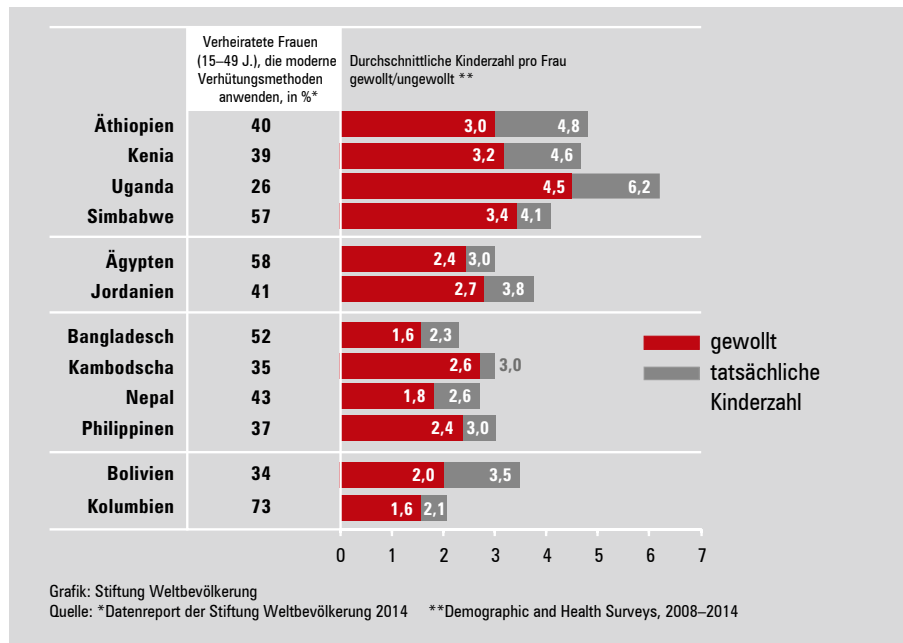
In Entwicklungsländern wünschen sich Menschen oft deshalb mehr als zwei Kinder, weil es keine ausreichenden Alterssicherungssysteme in ihren Ländern gibt. Daher sind Menschen im Alter auf ihre Kinder angewiesen. Viele Kinder

sterben aber immer noch bald nach der Geburt, so dass Eltern mehrere Kinder bekommen, in der Hoffnung, dass wenigstens ein Teil überlebt. Die gewünschte Kinderzahl lässt sich durch Maßnahmen zur Senkung der Kinder- und Säuglingssterblichkeit sowie durch bessere Bildung und Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen beeinflussen. Auch Familienplanungsprogramme, die über die gesundheitlichen und sozioökonomischen Vorteile kleinerer Familien informieren, wirken sich auf die Einstellung von Eltern aus.

Herausforderungen für arme Länder

Die Bevölkerung wächst besonders in den ärmsten Ländern der Welt. Nach Angaben der Vereinten Nationen bekommen Frauen in den 48 am wenigsten entwickelten Ländern durchschnittlich

Abbildung 5: Verhütung und Kinderzahlen in Entwicklungsländern



mehr als vier Kinder. Bis zum Jahr 2050 wird sich die Bevölkerung in diesen 48 Ländern von heute rund 954 Millionen Menschen auf voraussichtlich 1,9 Milliarden verdoppeln. Die Versorgung der Menschen, zum Beispiel mit natürlichen Ressourcen sowie mit Bildungs und Gesundheitsangeboten, wird erschwert.

Beispiel Landknappheit

Für die Lebensmittelproduktion ist die Verfügbarkeit von fruchtbarem Boden von zentraler Bedeutung. Während die Weltbevölkerung jährlich um etwa 83 Millionen Menschen zunimmt, ist ein Ausbau der landwirtschaftlichen Nutzflächen in den meisten Teilen der Welt nicht mehr möglich. Daher schrumpft das fruchtbare Ackerland pro Kopf der Weltbevölkerung. 1960 betrug es noch 0,44 Hektar. Im Jahr 2050 werden nach Schätzungen

der FAO (Food and Agriculture Organisation of the United Nations) voraussichtlich nur noch 0,15 Hektar fruchtbarer Boden pro Person verfügbar sein.

Die Landknappheit trägt dazu bei, dass nicht genug Nahrungsmittel für die wachsende Bevölkerung in den Entwicklungsländern produziert werden. Besonders betroffen ist Afrika südlich der Sahara. Dort leidet heute etwa jeder Vierte an Unterernährung.

Bildungs- und Gesundheitsmaßnahmen SENKEN die Fertilitätsrate.

Beispiel Wasserknappheit

Wasserknappheit ist eines der größten globalen Probleme unserer Zeit. Ungefähr zwei Milliarden Menschen leben

schon heute in Regionen mit Wasserknappheit oder -mangel. Der Anstieg der Weltbevölkerung von derzeit 7,3 Milliarden auf voraussichtlich 9,7 Milliarden Menschen im Jahr 2050 führt laut einem Bericht der Vereinten Nationen dazu, dass der weltweite Bedarf an Wasser um rund 55 % ansteigen wird.

In erster Linie wird das Wasser für die Nahrungsmittelproduktion benötigt. Mit der Bevölkerung wächst zugleich der Bedarf an landwirtschaftlichen Produkten. Schon heute entfallen 70 % des globalen Wasserverbrauchs auf die Landwirtschaft. In Zukunft könnte dieser Anteil deutlich steigen. Dabei werden in vielen Ländern die Wasservorräte bereits voll ausgeschöpft. In zahlreichen Entwicklungsländern haben internationale Investoren große landwirtschaftliche Nutzflächen aufgekauft und benötigen zur Bewässerung viel kostbares Wasser. So wird der Druck auf die wertvolle Ressource noch erhöht.

Die zunehmende Wasserknappheit erhöht die Gefahr von Ernährungskrisen. Insbesondere in Afrika tragen periodisch auftretende bzw. anhaltende Trockenheit und der Rückgang der Grundwasserreserven schon heute zu immer wiederkehrenden Hungersnöten bei. Fachleute gehen davon aus, dass die Verfügbarkeit von Wasser zukünftig zu einem Hauptthema der internationalen Sicherheit wird.

Wirtschaftliche Entwicklung durch Familienplanung

Freiwillige Familienplanung könnte die Entwicklungschancen armer Länder deutlich verbessern. Wenn Frauen den Abstand zwischen den Geburten kontrollieren können, können sie besser am Erwerbsleben teilnehmen und ihr Haushaltseinkommen steigern. Das hat sich

zum Beispiel im sogenannten Matlab-Programm in Bangladesch gezeigt. In dem Programm, das die Regierung in den späten 1970er-Jahren initiiert hatte, besuchten Gesundheitsmitarbeiter die Dörfer im Distrikt Matlab, boten verheirateten Frauen eine Auswahl von Verhütungsmitteln an und informierten sie über die korrekte Anwendung. Im Verlauf von zwei Jahrzehnten ging die Fertilität zwischen zehn und 15 % zurück, und die Einkommen der Frauen stiegen um ein Drittel. Auch die Überlebensra-

Wasser und Nahrungsmittel werden zunehmend KNAPPER.

ten der Kinder, die Schulbesuchsquoten und die Gesundheit von Müttern verbesserten sich. Das durchschnittliche Haushaltsvermögen in den Dörfern, die an dem Programm teilgenommen hatten, lag rund 25 % über dem in vergleichbaren Dörfern, die nicht teilgenommen hatten.

Freiwillige Familienplanung trägt nicht nur dazu bei, die wirtschaftliche Situation Einzelner zu verbessern, auch die Entwicklungschancen armer Länder insgesamt verbessern sich. Allerdings lässt sich nicht eindeutig feststellen, was zuerst kommt: der Rückgang der Geburtenraten oder die wirtschaftliche Entwicklung. Vielmehr greifen beide Entwicklungen ineinander. Der Zusammenhang zwischen demographischer und wirtschaftlicher Entwicklung wurde etwa in der Studie

„Afrikas demografische Herausforderung“ aus dem Jahr 2011 erforscht. Das Ergebnis war, dass keines der 103 untersuchten Entwicklungsländer sich ohne einen gleichzeitigen Rückgang der Geburtenraten sozioökonomisch entwickelt hat.

Familienplanung darf jedoch nicht als ein Mittel gesehen werden, um Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung zu nehmen. Diese Sichtweise stand noch im Mittelpunkt der ersten beiden UN-Bevölkerungskonferenzen von Bukarest (1974) und Mexiko-Stadt (1984). Die Weltbevölkerungskonferenz von Kairo 1994 markierte einen umfassenden Paradigmenwechsel und setzte auf einen neuen Ansatz, der auf den Menschenrechten basiert. 179 Länder kamen überein, dass die Stärkung von Frauen und ihrer Rechte sowie der Zugang zu Bildung und Gesundheit einschließlich sexueller und reproduktiver Gesundheit sowohl für die Verbesserung des individuellen Fortschritts als auch für die Entwicklung eines Landes entscheidend sind.

In Familienplanung investieren

Bei der Weltbevölkerungskonferenz von Kairo im Jahr 1994 wurde ein Aktionsprogramm beschlossen, demzufolge internationale Geber ein Drittel der Kosten für sexuelle und reproduktive Gesundheit einschließlich Familienplanung in den Entwicklungsländern übernehmen sollten. Die restlichen zwei Drittel sollten von den Empfängerländern selbst aufgebracht werden. Entwicklungs- wie Geberländer haben diese Vorgaben nicht erfüllt. Um allen Frauen, die verhüten möchten, die Möglichkeit dazu zu geben, wären 9,4 Milliarden US-Dollar jährlich erforderlich, vor allem für Verhütungsmittel, Personal und Gesundheitssysteme. Derzeit

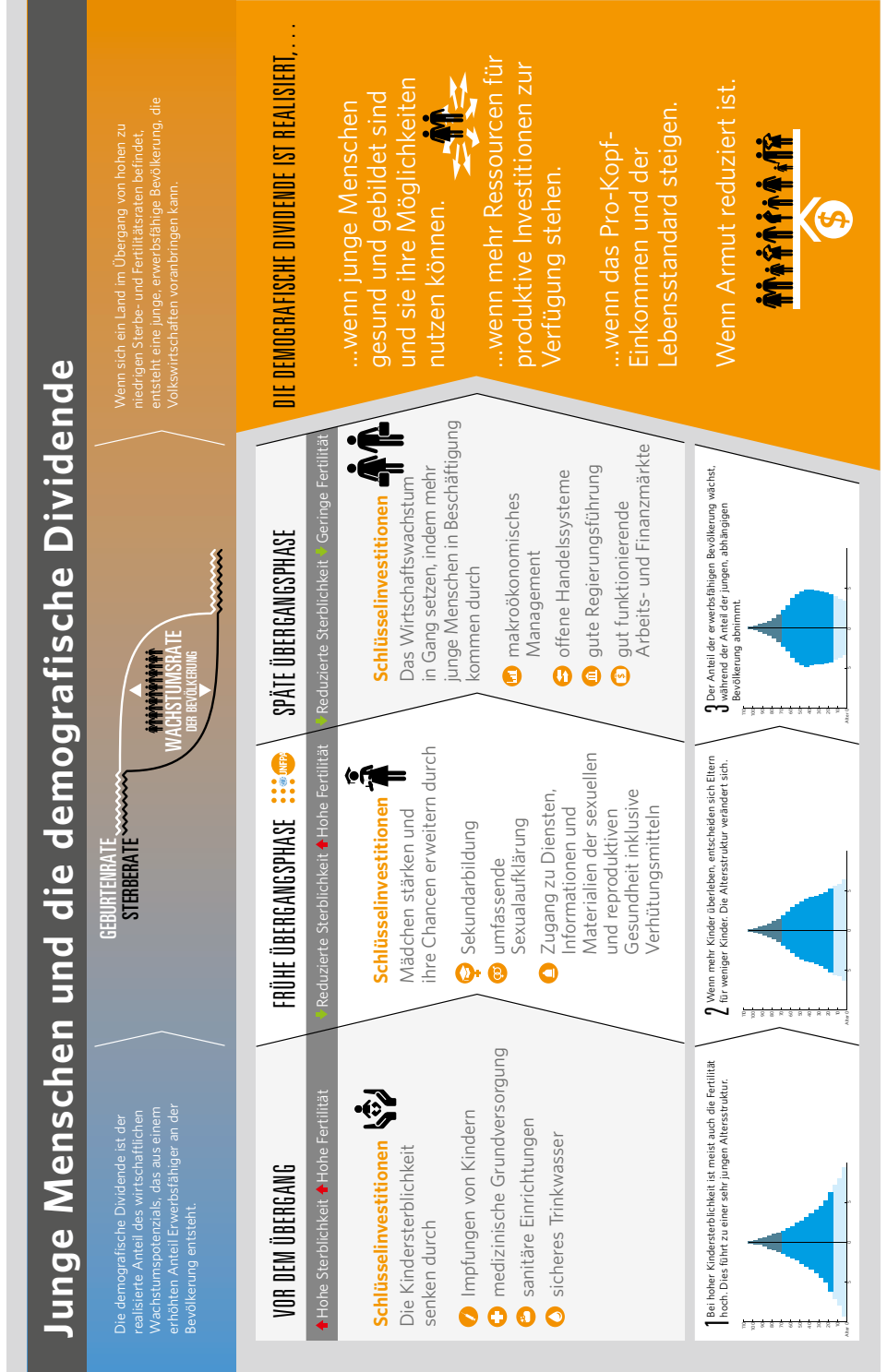
FAMILIENPLANUNG ermöglicht individuelle und staatliche Entwicklung.

wird noch nicht einmal die Hälfte investiert. Doch diese Investitionen zahlen sich aus, nicht nur menschlich, sondern auch rein finanziell. Wenn in moderne Verhütung investiert würde, könnten ungewollte Schwangerschaften und unsichere Abtreibungen vermieden werden. So ließen sich weltweit schätzungsweise 5,7 Milliarden US-Dollar an Ausgaben für Mütter und Neugeborene einsparen.

Junge Bevölkerung – Potenzial für Entwicklung

Der hohe Anteil an Jugendlichen vor allem in Afrika südlich der Sahara birgt für die Länder eine Chance für wirtschaftliche Entwicklung und damit für einen Rückgang der Armut. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die Sterbe- und die Geburtenraten sinken. Wenn dies gelingt, würden die heutigen Jugendlichen dann, wenn sie im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) sind, gegenüber Kindern und älteren Menschen die Bevölkerungsmehrheit bilden. Von dieser Entwicklung können Nationen profitieren, wenn sie diesen „demographischen Bonus“ nutzen. Dazu müssen sie der wachsenden Zahl an Erwerbsfähigen eine Möglichkeit bieten, eine menschenwürdige Arbeit im formalen Sektor zu finden. Dann könnte der demographische Bonus in einen volkswirtschaftlichen Gewinn verwandelt werden – in eine „demographische Divi-

Abbildung 6



Quelle: Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen 2014

dende“. Der volkswirtschaftliche Gewinn ließe sich wiederum in die Gesundheitsversorgung und in bessere Bildungschancen für Kinder und Jugendliche investieren, so dass eine Aufwärtsspirale entsteht. Dass dies funktionieren kann, hat die Entwicklung der asiatischen Tigerstaaten gezeigt.

Hohe Geburtenraten erschweren jedoch die Entwicklung. Da es vor allem in Afrika südlich der Sahara viele Millionen ungewollter Schwangerschaften gibt, die gerade bei Mädchen und jüngeren Frauen erhebliche Gesundheitsrisiken bergen, verbessern Investitionen in Sexualaufklärung und die freiwillige Familienplanung nicht nur ihre individuelle Lage, sondern ermöglichen auch die wirtschaftliche Entwicklung ganzer Länder.

Bildung, Arbeit, Gesundheit und Familienplanung sind **SCHLÜSSELFAKTOREN**.

Der demographische Bonus und die demographische Dividende entstehen nicht automatisch. Regierungen müssen mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft eine Reihe von Maßnahmen ergreifen, um den Effekt zu erreichen. Investitionen sind vor allem in drei Bereichen nötig:

- Gesundheit, Sexualaufklärung und freiwillige Familienplanung,
- Bildung und
- Beschäftigung.

Gesundheit ist ein Menschenrecht und elementare Voraussetzung für Entwicklung. Da Mädchen und junge Frauen oft einen schlechteren Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen haben, muss ihre Versorgung besonders gefördert werden. Sie können sich dann zum Beispiel besser vor einer HIV-Infektion schützen, sich bei Schwangerschaft me-

Die Stiftung Weltbevölkerung arbeitet mit dem **YOUTH-TO-YOUTH-Konzept**.

dizinisch betreuen lassen und ein gesünderes Leben führen. Der Zugang zu freiwilliger Familienplanung ermöglicht es Mädchen und Frauen, ungewollte Schwangerschaften zu vermeiden und frei darüber zu entscheiden, ob, wann und wie viele Kinder sie bekommen möchten. Damit verbessert sich zum Beispiel auch ihre Chance, die Schule abzuschließen.

Auswirkungen auf die Entwicklungschancen junger Menschen hat auch der Zugang zu Bildung. Noch immer schließen in Afrika südlich der Sahara mehr als 70 % der Kinder nicht die Grundschule ab. Neben dem Zugang zum Grundschulunterricht muss Kindern und Jugendlichen ein kontinuierlicher Schulbesuch und eine Sekundarbildung ermöglicht werden. Die Bildungsinfrastruktur muss ausgebaut werden, damit das universelle Recht auf Bildung umgesetzt werden kann.

Investitionen im Bildungsbereich sind daher genauso wichtig wie solche im Bereich Beschäftigung. Die Erwerbsfähigen brauchen Arbeitsplätze im formalen Sektor und menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Die Regierungen müssen dafür die Rahmenbedingungen

schaffen. Die entstehenden Arbeitsplätze müssen die Produktivität des Landes erhöhen, damit eine demographische Dividende eintreten kann.

Das Engagement der Stiftung Weltbevölkerung

Die Stiftung Weltbevölkerung engagiert sich seit mehr als 20 Jahren mit Aufklärungs- und Familienplanungsprojekten in Ostafrika. In rund 400 Jugendclubs in Äthiopien, Kenia, Tansania und Uganda informieren von uns ausgebildete junge Menschen ihre Altersgenossen, wie sie sich vor ungewollten Schwangerschaften und einer Ansteckung mit HIV schützen können.

Die Erfahrung zeigt, dass Aufklärung besonders erfolgreich ist, wenn junge Menschen gleichzeitig neue Perspektiven auf ein besseres, wirtschaftlich unabhängiges Leben erhalten. Daher verbinden wir unsere Aufklärungsarbeit mit Aus- und Weiterbildungsangeboten. Und wir beziehen Eltern, Lehrer, Gemeindemitglieder sowie lokale und religiöse Meinungsführer mit ein. Damit sich die Situation Jugendlicher langfristig verbessert, setzt sich die Stiftung Weltbevölkerung zudem dafür ein, dass politische Entscheidungsträger in Deutschland, auf EU-Ebene und in den Ländern des Südens der Familienplanung und dem Gesundheitsbereich mehr Gewicht beimessen und dafür mehr finanzielle Mittel bereitstellen.

Unabhängige Gutachter loben den Projektansatz unserer Jugendaufklärung als ganzheitlich, innovativ und gewinnbringend. Sie bestätigen, dass Youth-to-Youth die Lebensperspektiven von Jugendlichen erheblich verbessert. ///



/// RENATE BÄHR

ist Geschäftsführerin der Stiftung Weltbevölkerung, Hannover.

Literatur

- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung:** Datenreport 2015. Soziale und demografische Daten weltweit, Hannover 2015, http://www.weltbevölkerung.de/uploads/tx_aedswpublication/Datenreport_2015_Stiftung_Weltbevölkerung.pdf
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung:** Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte, Hannover 2014, http://www.weltbevölkerung.de/uploads/tx_aedswpublication/SRGR_Factsheet.pdf
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (Hrsg.):** UNFPA-Weltbevölkerungsbericht. Das Recht auf Entscheidung: Familienplanung, Menschenrechte und Entwicklung. Kurzfassung, Hannover 2012.
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (Hrsg.):** UNFPA-Weltbevölkerungsbericht. 1,8 Milliarden Menschen. Potenzial für die Gestaltung der Zukunft. Kurzfassung, Hannover 2014, http://www.weltbevölkerung.de/uploads/tx_aedswpublication/Weltbevölkerungsbericht_2014.pdf
- Food and Agriculture Organization of the United Nations,** www.fao.org
- Gutmacher Institute:** Adding It Up: The Costs and Benefits of Investing in Sexual and Reproductive Health, New York 2014, <https://www.gutmacher.org/pubs/AddingItUp2014.pdf>
- Measure DHS:** Demographic and Health Surveys, www.measuredhs.com
- Sippel, Lilli / Kiziak, Tanja / Klingholz, Reiner:** Afrikas demografische Herausforderung. Wie eine junge Bevölkerung Entwicklung ermöglichen kann. Berlin 2012, www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Afrika/Afrika_demografische_Herausforderung.pdf
- UNESCO:** The United Nations World Water Development Report 2015, Paris 2015, <http://unesdoc.unesco.org/images/0023/002318/231823E.pdf>
- Vereinte Nationen:** World Population Prospects, The 2015 Revision, esa.un.org/unpd/wpp/index.htm
- World Health Organization,** www.who.int

/// Ein wichtiger Faktor nachhaltiger Entwicklung

BEVÖLKERUNGSDYNAMIK

THOMAS SILBERHORN /// Die Bevölkerungsdynamik ist entscheidend für eine nachhaltige Entwicklung. Zentrale Faktoren sind beispielsweise die Mütter- und Kindersterblichkeit, eine selbstbestimmte Familienplanung sowie Bildungs- und Berufschancen junger Menschen, insbesondere von Frauen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) berät seine Partnerländer schon seit langem dabei, wie die Bevölkerungsdynamik in die eigene Entwicklungsplanung einbezogen werden kann. Auch in der neuen Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, die im September 2015 von der Weltgemeinschaft in New York verabschiedet wurde, spielt das Thema eine wichtige Rolle.

Bevölkerungsdynamik und Entwicklung: Die Fakten

Die Weltbevölkerung wächst jedes Jahr etwa um 80 Mio. Menschen, also fast um die Einwohnerzahl Deutschlands. Aktuell leben rund 7,3 Mrd. Menschen auf der Erde. Davon sind 42 % jünger als 25 Jahre. Bis zum Jahr 2050 wird die Weltbevölkerung voraussichtlich auf fast 10 Milliarden Menschen ansteigen. Das bedeutet auch, dass die Erde fast ein Drittel mehr Menschen ernähren muss

Ein Drittel mehr Menschen muss **KÜNFTIG** ernährt werden.

als gegenwärtig. Und bereits heute schätzen die Vereinten Nationen, dass 750 Mio. Menschen an Hunger leiden. Mehr als doppelt so viele sind unter- bzw. fehlernährt.

Dabei wird der Druck auf die städtischen Gebiete zunehmen. Schon heute lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten. Bis Mitte des Jahrhunderts wird dieser Anteil voraussichtlich auf zwei Drittel anwachsen. Auch die absolute Zahl der Migranten nimmt zu. Aktuell leben mehr als 250 Mio. Menschen in einem anderen Land als ihrem Geburtsland. Darunter sind rund 60 Millionen Flüchtlinge, Asylsuchende und Binnenvertriebene – so viele wie nie zuvor.

Für viele Eltern in unseren Partnerländern bedeuten Kinder Absicherung im Alter, da die sozialen Sicherungssysteme oft nicht ausreichen. Gesellschaft-

ten mit einem hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen müssen jedoch viel mehr in Bildungs- und Gesundheitssysteme investieren, um den jungen Menschen Zukunftsperspektiven zu bieten und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sie später selbst zur Entwicklung ihres Landes beitragen können. Auf der Suche nach Qualifizierungsmöglichkeiten und guten Arbeitsplätzen wandern viele junge Menschen in die Städte ab. Dadurch geraten die ohnehin schon stark bevölkerten urbanen Räume weiter unter Druck. Wenn die Versorgung der Bevölkerung nicht mehr sichergestellt werden kann, wächst auch das gesellschaftliche Konfliktpotenzial.

Es geht also um mehr als bloße Geburten- und Sterbezahlen. Es geht darum, gesellschaftliche Gleichgewichte zu schaffen. Ziel muss es sein, dass die

Menschen mehr in Gesundheit, Bildung und Beschäftigung, also in Zukunftschancen für jedes Kind, investieren können. Davon profitieren alle Generationen (siehe Abb. S. 62).

Was macht das BMZ?

In der Entwicklungszusammenarbeit setzen wir vor allem auf die medizinische Versorgung von Müttern und Kindern, selbstbestimmte Familienplanung sowie Bildung, Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten.

Mütter- und Kindersterblichkeit senken

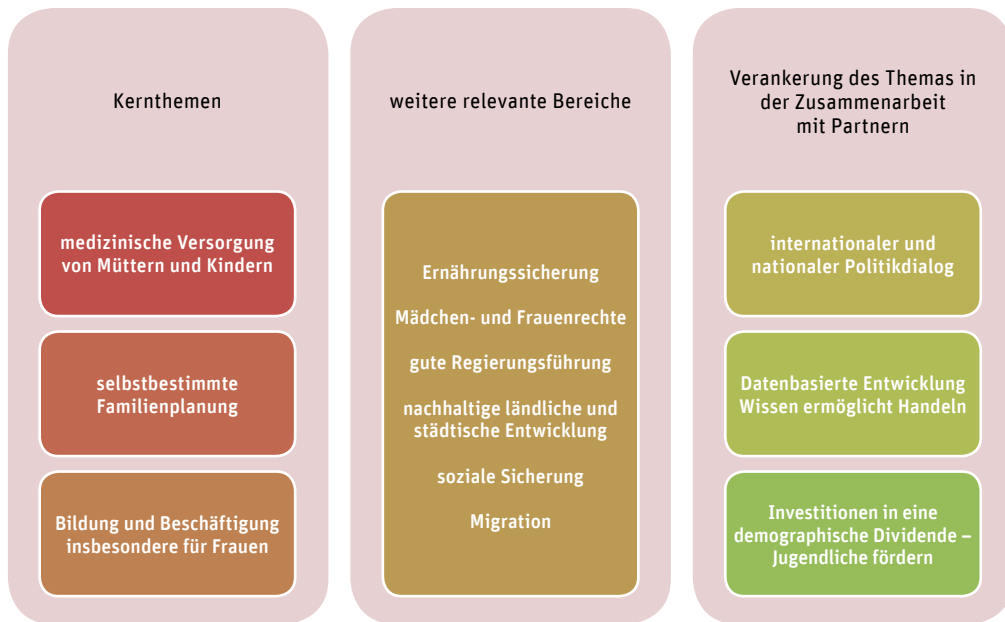
So trägt eine gute Gesundheitsversorgung von Müttern und Kindern dazu bei, die Sterblichkeit zu senken. Es hat sich gezeigt, dass Eltern weniger Nachwuchs bekommen, wenn die Überle-

Die Weltbevölkerung wächst rasant an und es wird immer schwieriger, alle zu ernähren.



Quelle: phokrates/forolia.com

Bevölkerungsdynamik als Thema der deutschen Entwicklungszusammenarbeit



Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

benschancen ihrer Kinder steigen. Kleinere Familien bedeuten im Umkehrschluss, dass Eltern für jedes ihrer Kinder mehr in Gesundheit, Bildung und soziale Absicherung investieren können. Mit den Millenniumsentwicklungszielen der Vereinten Nationen sollte die Müttersterblichkeit bis 2015 um drei Viertel gesenkt werden, die Kindersterblichkeit um zwei Drittel. Erreicht wurde bislang ein Rückgang um 45 % bzw. 50 %. Das ist angesichts der Ausgangslage ein großer Fortschritt, gleichzeitig aber auch die Aufforderung, in unseren Anstrengungen nicht nachzulassen. Nach wie vor sterben jährlich etwa 6,3 Mio. Kinder vor ihrem 5. Lebensjahr – meist an vermeidbaren Ursachen.

Im Januar 2015 war Deutschland Gastgeber der zweiten Geberkonferenz

zur Finanzierung der globalen Impf Allianz GAVI in Berlin. Hier steigerten wir unseren Beitrag auf jährlich 600 Mio. Euro bis zum Jahr 2020. Insgesamt wurden auf der Konferenz über 7,5 Mrd. Dollar zugesagt. Diese ermöglichen die Impfung von 300 Mio. Kindern in den nächsten fünf Jahren.

Eine gute Gesundheitsversorgung und Bildung **SENKEN** die Geburtenrate.

Selbstbestimmte Familienplanung

Noch immer haben weltweit rund 225 Mio. Frauen und Mädchen, die Familienplanung betreiben möchten, keinen Zugang zu Verhütungsmitteln. Viel zu viele Mädchen werden nach wie vor zu

früh – oftmals noch vor ihrem 15. Lebensjahr – verheiratet und bereits als Teenager zu Müttern. Gerade erst haben wir unsere Initiative zu selbstbestimmter Familienplanung und Müttergesundheit bis zum Jahr 2019 verlängert. Damit wollen wir das Wissen über und die Akzeptanz von modernen Familienplanungsmethoden steigern, den Zugang zu modernen Familienplanungsmethoden und -dienstleistungen verbessern und die Zahl der medizinisch professionell begleiteten Geburten erhöhen.

Im Mittelpunkt steht dabei immer die Beachtung der Menschenrechte, vor allem des Rechts auf Selbstbestimmung. Das heißt, dass Mädchen und Frauen selbst entscheiden können, wann, mit wem und wie viele Kinder sie haben möchten. Ein Beispiel: In Pakistan fördern wir ein Programm zur reproduktiven Gesundheit. Dort werden u. a. private Gesundheitseinrichtungen in ländlichen Gebieten aufgebaut und Geburtshilfe-Sets sowie Nahrungsergänzungsmittel und Verhütungsmittel angeschafft. 8.000 „Basiskliniken“ wurden bereits gefördert, 450 sollen noch hinzukommen.

Bildung und Beschäftigung fördern

Bildung, insbesondere für Mädchen und Frauen, trägt ebenfalls dazu bei, die Kinder- und Müttersterblichkeit zu senken. Junge Frauen, die länger in die Schule gehen, werden seltener schon als Teenager schwanger. Wenn sie später Mütter werden, können sie besser für die Gesundheit und Ernährung ihrer Kinder sorgen. Ob Menschen ihre Zukunftschancen nutzen können, hängt zudem stark davon ab, ob es genügend Arbeitsmöglichkeiten gibt. Dazu müssen zum einen Arbeitsplätze geschaffen und zum anderen in eine hochwertige und für den Arbeitsmarkt relevante

Ausbildung investiert werden. Außerdem gilt es, den Übergang von der Schule in den Arbeitsmarkt zu verbessern. Das BMZ fördert die Beschäftigung von jungen Menschen in mehr als 50 Projekten weltweit. Auch haben die G7-Staaten beim diesjährigen Gipfel im bayerischen Elmau auf Initiative Deutschlands konkrete Maßnahmen zur wirtschaftlichen Stärkung von Frauen beschlossen.

Eine gesicherte **ALTERSVERSORGUNG trägt zum Geburtenrückgang bei.**

Weitere Initiativen

Auch in anderen Bereichen tragen wir dazu bei, Bevölkerungsdynamik positiv zu gestalten. So beispielsweise mit der vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Müller ins Leben gerufenen Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“, die sich u. a. an Schwangere und Kleinkinder richtet. Denn nur wer in den ersten 1.000 Tagen – und dazu zählt bereits die Schwangerschaft – gesund ernährt ist, kann das eigene Potenzial in der Zukunft voll entfalten.

Auch Alterssicherung ist ein Thema, bei dem Deutschland viel Erfahrung mitbringt. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit berät Partnerländer darin, wie sie Systeme zum Schutz vor Altersarmut aufbauen können. Das BMZ fördert zudem Programme zur Absicherung im Krankheitsfall. In Indien unterstützen wir beispielsweise die Arbeits- und Finanzministerien bei der

Einführung einer Krankenversicherung für arme Menschen und informell Beschäftigte. Mittlerweile sind bereits 120 Mio. Menschen versichert.

Zusammenarbeit mit Partnern

Das BMZ veranstaltet seit 2002 gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor den internationalen Dialog zu Bevölkerung und nachhaltiger Entwicklung. Dort werden Themen der Bevölkerungsdynamik von Experten aus Partnerländern, Entwicklungsorganisationen, der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor beleuchtet. Der diesjährige Internationale Dialog trägt den Titel „Health, Gender, Rights: Moving beyond 2015“. In der Zusammenarbeit mit seinen Partnern bearbeitet das BMZ vorrangig die folgenden drei Handlungsfelder:

Bevölkerungsdynamik im internationalen und nationalen Politikdialog verankern

Deutschland setzt sich innerhalb zahlreicher EU- und UN-Prozesse gemeinsam mit gleichgesinnten Staaten für die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die Aufklärung junger Menschen ein. Außerdem ist Deutschland mit knapp 25 Millionen USD (2014) einer der größten Geber des UN-Bevölkerungsfonds UNFPA. Damit unterstützen wir die wichtige normative Arbeit der UN in diesem Bereich und können bevölkerungspolitische Maßnahmen auch unter schwierigsten Rahmenbedingungen vor Ort fördern.

Datenbasierte Entwicklung – Wissen ermöglicht Handeln

Demographische Daten bieten unseren Partnerländern die Basis für weitsichtiges politisches Handeln. Auch werden

Fortschritt und Erfolg der neuen nachhaltigen Entwicklungsziele zu einem großen Teil mit Bevölkerungsdaten gemessen werden. In vielen Partnerländern, besonders in Sub-Sahara Afrika, können staatliche Statistiksysteme diese Daten, Analysen und Projektionen noch

Das BMZ hilft beim demographischen Übergang seiner Partnerländer.

nicht gemäß internationaler Standards zur Verfügung stellen. Das BMZ setzt sich deshalb für die verbesserte Erhebung und Nutzung von demographischen Daten ein. In Myanmar haben wir daher den ersten Zensus seit 30 Jahren unterstützt.

Die „demographische Dividende“ – Jugendliche gezielt fördern

Die demographische Zusammensetzung der Bevölkerung bietet enorme Chancen für die wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Entwicklung eines Landes. In der Phase des demographischen Übergangs, also sinkender Sterberaten bei gleichzeitig anhaltend hohem Bevölkerungswachstum, ist der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-65 Jahre) besonders hoch. Um diese Phase des demographischen Übergangs für die Entwicklung eines Landes nutzen zu können, kommt es vor allem darauf an, dass die wachsende Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter produktive Beschäftigung findet. Dabei unterstützt das BMZ seine Partnerländer zum Beispiel durch eine Verbesserung des Zugangs zu Gesundheitsdienstleistungen und Bildung oder die Förderung produktiver Beschäftigung für junge Menschen.

Ausblick

Im September 2015 hat die Weltgemeinschaft in New York die neue Agenda für nachhaltige Entwicklung offiziell verabschiedet. Die Bundesregierung hat sich erfolgreich für die Formulierung ehrgeiziger Ziele eingesetzt. Ökologische, soziale und ökonomische Nachhaltigkeit werden zu weltweit gültigen Zielen. Anders als bei den Millenniumsentwicklungszielen, die vor allem die soziale Dimension von Entwicklung in den Vordergrund stellten, richtet sich die neue Agenda an alle Staaten – Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer. Bevölkerungsentwicklung, Gesundheit, Selbstbestimmungsrechte und soziale Sicherung sind in dieser Agenda wichtige Themen. Damit erkennt die Weltgemeinschaft an, wie stark Entwicklung und Nachhaltigkeit von der Dynamik unserer Weltbevölkerung abhängen.

In der **GESTALTUNG** der Bevölkerungsdynamik liegen Chancen.

Mehr als ein bedrohliches Ungleichgewicht ist Bevölkerungsdynamik also ein verbindendes Element zwischen Regionen und Ländern mit unterschiedlichen demographischen Entwicklungen. Sie hält Chancen für junge und alte Menschen bereit: für Mädchen und Frauen, die ihre eigenen Entscheidungen treffen und umsetzen wollen; für Familien, die im Zusammenspiel der Generationen eine soziale Absicherung erarbeiten wollen; für staatliche Planer

und Entscheidungsträger, die mit Bedacht der demographischen Situation zukunftsfähige Strategien für ihren Arbeitsmarkt, die Gesundheit und Bildung ihrer Bevölkerung aufbauen wollen – und damit für die globale Entwicklung. Um diese Ziele messen zu können, brauchen unsere Partnerländer bessere Datensysteme, besonders zur Registrierung von Geburten und Sterbefällen. Wir freuen uns über jeden neuen Erdenbürger. Vor allem aber wollen wir, dass alle Menschen ein Leben in Würde führen können. Auch die Generationen, die nach uns kommen. Die Gestaltung der Bevölkerungsdynamik wird eine entscheidende Rolle dabei spielen. ///



Foto: Peter Weigelt

/// THOMAS SILBERHORN, MdB
ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Berlin.

/// Ist das ein Abgesang auf eine Weltmacht?

AMERIKANISCHE AUSSENPOLITIK UNTER OBAMA

CHARLES WESTON /// Vor dem Hintergrund der zeitgleich ablaufenden Prozesse der Machtverschiebung und Machtstreuung in den internationalen Beziehungen gerät einer der Hauptakteure in den Fokus. Ist Amerika weltpolitisch auf dem Rückzug oder geht es eher um die Erneuerung der internationalen Führungsrolle unter veränderten Rahmenbedingungen? Dieser Frage geht der Autor in seinem Beitrag zur außen- und sicherheitspolitischen Bilanz Präsident Barack Obamas nach.

Fragt man nach den Rahmenbedingungen für die strategische Ausrichtung amerikanischer Außenpolitik, rücken zwei zeitgleiche Strukturveränderungen in den Fokus, die die internationale Ordnung bestimmen: erstens Machtverschiebungen zwischen Staaten und Regionen (von West nach Ost und Süd) aufgrund unterschiedlicher wirtschaftlicher Wachstumsraten und verfügbarer Machtressourcen und zweitens die mit dem Zerfall staatlicher Ordnungsstrukturen sowie mit der weltweiten Digitalisierung zusammenhängende Streuung von Macht. Diese sogenannte Machtdiffusion zeigt die wachsende Zahl von Akteuren aller Kategorien, z. B. regionale Organisationen, transnationale Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen, zivilgesellschaftliche Vereinigungen, aber auch soziale Netzwerke, Online- und Enthüllungsplattformen oder grenzüberschreitende Terrornetzwerke.¹

Machtverschiebungen und Machtdiffusion beeinträchtigen die Fähigkeit der Akteure, mit den zeitgleichen Trends der Globalisierung und Fragmentierung, also einer Welt wechselseitiger Verflechtungen und Verwundbarkeiten vor dem Hintergrund des Zerfalls staatlicher Ordnungsstrukturen, umzugehen

Machtverschiebungen und Machtdiffusion VERÄNDERN die amerikanische Außenpolitik.

und diese zu steuern. Ob es um transnationale Bedrohungen wie z. B. von Finanz- und Staatsschuldenkrisen ausgelöste Erschütterungen der Weltwirtschaft, Flüchtlingsströme als Folge von organisierter Gewalt und Armut in scheiternden oder gescheiterten Staaten, die Weiterverbreitung von Massenver-



Realpolitik in der Außenpolitik: Das Nuklearabkommen mit dem Iran im Juli 2015 – von der Bevölkerung enthusiastisch gefeiert.

nehmungswaffen, terroristische Netzwerke, Cyber-Kriminalität, die Erderwärmung, Bevölkerungswachstum oder Pandemien geht, stets ist entschlossene politische Führung gefordert, nach Möglichkeit legitimiert von einer handlungswilligen Koalition von Staaten, regionalen und internationalen Organisationen.

Ist Amerika im Rückzugsmodus?

Obama hat seit Beginn seiner Präsidentschaft im Januar 2009 die Erneuerung des internationalen Führungsanspruchs zur Chefsache gemacht. Bekräftigt hat er ihn u. a. in einer programmatischen Rede an der Militärakademie von West Point am 28. Mai 2014 mit folgender Aussage: „Die Vereinigten Staaten müssen auf der Weltbühne eine Führungs-

rolle wahrnehmen. Wenn wir es nicht tun, wird es kein anderer machen.“ Einschränkung fügte er mit Blick auf den Einsatz militärischer Machtmittel hinzu: „Nur weil wir einen Hammer besitzen, heißt das nicht, dass jedes Problem wie ein Nagel zu handhaben ist.“²

Amerika ist unter Obama nicht im Rückzugsmodus. Kritiker, die dies behaupten, verwechseln Internationalismus mit Interventionismus. Der Präsident liegt mit seiner realpolitisch geprägten, werteorientierten Außenpolitik durchaus im Mainstream seiner republikanischen und demokratischen Vorgänger.

Für ein aktives weltpolitisches Auftreten Amerikas, das sich auf ein weltweites Netz von Bündnissen und Partnern abstützen kann, sprechen u. a.

folgende Initiativen: die Erneuerung der NATO-Bündnisverpflichtung sowie die Aufstockung einer rotierenden US-Truppenpräsenz in Mittel- und Osteuropa, die Verstärkung der Präsenz im asiatisch-pazifischen Raum verbunden mit der Ausweitung der Kooperationsbeziehungen zu Indien und dem Bemühen um einen friedlichen Modus Vivendi

OBAMAS Bilanz ist nicht so schlecht, wie es scheint.

di mit China, aber auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Kuba, eine Neuausrichtung der Afrikastrategie mit starken geopolitischen und wirtschaftlichen Akzenten und nicht zuletzt die zielgerichtete Fortführung der Gespräche über eine Transpazifische und Transatlantische Handelspartnerschaft.

Misst man Obamas Außen- und Sicherheitspolitik an den von ihm selbst und in der Öffentlichkeit geschürten überzogenen Erwartungen, fällt das Urteil eindeutig aus. Der „Commander in Chief“ habe die globale Führungsposition Amerikas mit seiner entschlossenschwachen, wankelmütigen Außenpolitik ausgehöhlt, ja dauerhaft geschädigt – so der Konsens der Kritiker.³ Zieht man allerdings realistische Beurteilungsmaßstäbe heran, z. B. Vergleiche zwischen der politisch-wirtschaftlichen Lage der Nation zum Amtsantritt und der heutigen Situation, hellt sich die Bilanz auf.

Eher düster präsentierte sich die Lage der Nation beim Amtsantritt Obamas: eine globale, von US-Hedgfonds ausgelöste Finanzkrise, rapide steigende Haushaltsdefizite, ein explodierender nationaler Schuldenstand, zwei kostenträchtige, unpopuläre Kriege in Afghanistan und Irak sowie die sich abzeichnende parteipolitische Blockade („Gridlock“) einer stets Nein sagenden Opposition. Es waren kompromisslose Volksvertreter der Republikanischen Partei im Senat und im Repräsentantenhaus, die die Zahlungsunfähigkeit ihres Landes riskierten, um ein Scheitern des Präsidenten zu beschleunigen. Zu fragen bleibt allerdings, warum es Obama versäumt hat, mit frühzeitiger Einbindung und Konsultation gemäßigter Repräsentanten der Republikaner, also mit mehr Überparteilichkeit, das Verhältnis zum Kongress zu entspannen und damit die Chancen für eigene Gesetzesvorhaben zu erhöhen.

Idealismus begegnet Realität

Zu Beginn seiner Amtszeit verkündete Obama eine umfassende, multilateral angelegte außenpolitische Agenda. Er wollte das Ansehen der USA im Ausland verbessern, die internationale Führungsposition erneuern, langwierige Kriege in Afghanistan und Irak beenden, das Verhältnis zu Russland auch mit Blick auf das langfristige Ziel einer nuklearfreien Welt auf eine neue Grundlage stellen („Reset“), einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten erzielen sowie China und Indien für langfristige Zusammenarbeit in regionalen und globalen Fragen gewinnen. Die feste Absicht, diese ehrgeizigen Zielsetzungen innerhalb einer Amtszeit zu verwirklichen, wich jedoch bald einer von Ernüchterung geprägten Politik, die sich den Rea-

litäten einer „Welt aus den Fugen“ zu stellen hatte. Der idealistische Architekt einer besseren Weltordnung verwandelte sich in einen pragmatischen Sachwalter, der Beziehungen reparieren und Krisen bewältigen musste, statt Neues zu erschaffen.⁴

Die Hinwendung zu einem verantwortungsethisch bestimmten Pragmatismus deutete sich in der Rede Obamas anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises im Dezember 2009 in Oslo an. Wörtlich betonte er: „Böses existiert in der Welt [...] Verhandlungen können Al Kaida nicht davon überzeugen, die Waffen niederzulegen. Der Einsatz von Gewalt kann manchmal notwendig sein – er ist eine Anerkennung historischer Tatsachen, Ausdruck der Unvollkommenheit des Menschen sowie der Grenzen der Vernunft. [...] Wo der Einsatz von Gewalt erforderlich ist, haben wir ein moralisches und strategisches Interesse, uns an bestimmte Verhaltensregeln zu binden.“⁵

„Pragmatischer Internationalismus“ als strategische Handlungsmaxime

Folgt die Außenpolitik Obamas einer strategischen Grundorientierung? Der amerikanische Politikwissenschaftler G. John Ikenberry spricht von „pragmatischem Internationalismus“⁶. Dieser bezeichnet einen realpolitisch bestimmten Denk- und Handlungsansatz, der

auf große strategische Entwürfe zugunsten eines kostenbewussten Mittelaussetzes zur Erreichung begrenzter politischer Ziele verzichtet. Eine klare Absage erteilt diese pragmatische Grundausrichtung allen Vorstellungen eines selektiven Engagements oder strategischen Rückzugs, die sich unter den Kernbegriffen „retrenchment“ oder „off-shore balancing“ zusammenfassen lassen. Mit seinem realpolitischen Pragmatismus steht Obama in der Tradition Franklin D. Roosevelts, John F. Kennedys, Ronald Reagans und George H. Walker Bushs.

Amerika – so die Grundprämisse – müsse bei Wahrung seiner wirtschaftlichen Leistungskraft und Fähigkeit zur militärischen Machtprojektion sowie mit Blick auf die Stärkung der sich fortentwickelnden internationalen Ordnung in einer Welt kooperierender und rivalisierender Akteure seine Interessen an Stabilität und friedlichem Wandel verteidigen. Angesichts herrschender Unübersichtlichkeit auf der Weltbühne bedarf es neuer Formen der Sicherheitszusammenarbeit. Beispielhaft dafür ist der Washingtoner Nuclear Security Summit mit 47 Staaten im Jahr 2010, der Maßnahmen zur wirksamen Überwachung und Sicherung nuklearer Einrichtungen vereinbarte.

Das G-20-Format, aber auch die G-7, betrachten die Vereinigten Staaten als geeignetes Legitimationsinstrument, um die eigene Führungsrolle mit Rückendeckung einer breiten Staatenkoalition zu sichern. Mit Blick auf die amerikanische Zurückhaltung während des NATO-Einsatzes gegen das libysche Gaddafi-Regime im Frühjahr 2011 wurde die Formel des „Leading from behind“ geprägt. Eher trifft der handlungsleitende Grundsatz zu, Amerika

Obamas Idealismus scheiterte an der REALITÄT.

werde führen, wenn es von Bündnis- und Kooperationspartnern politische und militärische Unterstützung erhalte – ein Prinzip, das Obama in seiner Rede vor der UN-Generalversammlung im September 2013 hervorhob.⁷

Die Glaubwürdigkeit einer von gleichgesinnten Akteuren befürworteten amerikanischen Führungsrolle hängt von der Bereitstellung ordnungspolitischer Leistungen ab. Dazu zählen öffentliche Güter wie z. B. Sicherheit, Frieden und Stabilität, aber ebenso offene See- und Handelswege, stabile Finanz- und Währungsstrukturen sowie eine intakte Umwelt.

Außen-, sicherheits- und handelspolitische Interessenschwerpunkte

Bei der Schwerpunktverlagerung („Rebalancing“) nach Asien, die Obama in einer Rede vor dem australischen Parlament in Canberra im November 2011 verkündete, handelt es sich um eine geopolitisch inspirierte außenpolitische Richtungsentscheidung, in deren Fokus China steht. Amerika setzt in seiner Politik gegenüber dem „Reich der Mitte“ auf politische Einbindung und Eingrenzung militärischer Fähigkeiten.⁸ Daraus leiten sich zwei Zielsetzungen ab: erstens die USA als Gestaltungsmacht in einem politisch instabilen Erdteil sowie in der weltweit dynamischsten Wirtschaftsregion zu verankern und zweitens der Ausfüllung eines regionalen Machtvakuum in Ost- und Südostasien durch ein zunehmend selbstbewusst auftretendes China vorzubeugen. Das „Rebalancing“ weist dementsprechend eine politische, militärische und wirtschaftliche Komponente auf.

Diplomatische Erfolge hat Amerika im politisch-militärischen Bereich vor-

Seine AUSSENPOLITIK prägt nun ein realpolitischer Pragmatismus.

zuweisen. Dazu gehören die Stärkung der Bündnisbeziehungen mit Japan, Südkorea, Australien und den Philippinen, die Normalisierung der Beziehungen zu Myanmar, die Aufwertung des Verhältnisses zu Vietnam, der Ausbau der strategischen Partnerschaft mit Indien, aber auch die Teilnahme am jährlichen East Asia Summit sowie am Gipfeltreffen der Vereinigung Südostasiatischer Staaten (ASEAN).

Die Vereinigten Staaten werden von diesen Ländern als Gegengewicht wahrgenommen, das einer dominanten Position Chinas im asiatisch-pazifischen Raum entgegenzuwirken vermag. Um eine Rückversicherungsfunktion aufrechterhalten und den Status quo wahren zu können, müssen die USA vor Ort über eine Streitkräftepräsenz sowie über Zugänge zu Häfen und Luftwaffenbasen ihre Fähigkeit zur militärischen Machtprojektion entfalten können.⁹ Zugleich liegt es im amerikanischen Interesse, den Dialog mit China über Energie- und Umweltfragen sowie über Themen der Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen (Iran, Nordkorea) zu intensivieren und Beijing die Rolle eines verantwortungsbewussten Teilhabers („Stakeholder“) bei der Weiterentwicklung der internationalen Ordnung schmackhaft zu machen.

Der Politikwissenschaftler Hanns W. Maull spricht gar von einer neuen bipolaren Ordnung, deren Herzstück die

Achse der Kooperation und des Wettbewerbs zwischen den USA und China bildet. Die amerikanisch-chinesische Bipolarität sei für die entstehende internationale Ordnung aus zwei Gründen wichtig: Zum einen verleihe das Gewicht den beiden Playern in den internationalen Beziehungen so etwas wie ein Vetorecht in fast allen Fragen globaler Bedeutung, zum anderen gebe es keinen Akteur, der einen maßgeblichen Einfluss auf die beiden Staaten ausüben könne.¹⁰

Die wirtschaftliche Komponente des „Rebalancing“ bildet das angestrebte Abkommen über eine Transpazifische Partnerschaft (TPP) mit elf Nationen im asiatisch-pazifischen Raum. Aus US-Sicht geht es um die Sicherung vorhandener und die Schaffung neuer einheimischer Arbeitsplätze, die Abschaffung nicht-tarifärer Handelshemmnisse, Verbraucherschutz, den Verzicht auf die Diskriminierung von Handelspartnern und Investoren sowie um die Öffnung lukrativer Märkte. Die Kernfrage aber lautet: Wer setzt für die Weltwirtschaft und den Welthandel von morgen verbindliche internationale Regeln und Standards? Auf der Agenda von TPP stehen darüber hinaus Arbeits- und Sozialstandards, Umweltauflagen sowie die Förderung klein- und mittelständischer Betriebe.

Kosten- und Lastenteilung im europäisch-amerikanischen Verhältnis

Dem atlantischen Gegenstück von TPP, der angepeilten Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), liegen vergleichbare politische und wirtschaftliche Zielsetzungen zugrunde. Einmal etabliert, wäre TTIP weltweit der mit Abstand größte Club des freien Handels. Die Partnerschaft

würde ein Territorium umfassen, auf dem heute fast 40 % der globalen Wertschöpfung erzeugt werden und das mehr als die Hälfte des Welthandels abdeckt. TTIP und TPP könnten zu einer Blaupause für Regeln und Standards bei technischen Produkthanforderungen werden, die sich in den kommenden Jahrzehnten durchsetzen. Absehbar ist, dass einige schnell wachsende Player wie China und Indien ihre Interessen als mächtige Akteure im Welthandel durchzusetzen bestrebt sind. Das heißt, Länder mit dirigistischen, staatskapitalistischen Strukturen und schwach ausgeprägter liberaler Tradition werden die Welthandelsordnung beeinflussen.¹¹ Amerika und Europa sind als Trendsetter gefordert. Wenn sie im Welthandel nicht die Regeln und Standards setzen, werden andere diese Aufgabe übernehmen.

Amerika nimmt seit 2011 eine Schwerpunktverlagerung nach ASIEN vor.

Politikgestaltung im multilateralen Handlungsrahmen eröffnet Amerika die Chance internationaler Kosten- und Lastenteilung. Angesichts des Zwangs zur Haushaltskonsolidierung zeichnet sich die Politik Obamas durch Zurückhaltung beim Streitkräfteeinsatz und eine Bevorzugung des „leichten Fußabdrucks“ aus. Dazu zählt auch das Ziel, gemeinsam mit den europäischen Verbündeten Sicherheitskräfte in Partnerländern auszubilden und auszurüsten, um die Notwendigkeit direkter Militärinterventionen auf ein Mindestmaß zu reduzieren.¹²

Die Verringerung des US-Streitkräfteumfangs geht einher mit einer planmäßigen Rüstungsmodernisierung.

Im Mittelpunkt stehen dabei Entwicklung und Beschaffung möglichst präziser, weitreichender und autonomer Waffensysteme wie z. B. bewaffneter, unbemannter Flugsysteme. Die stärkere Betonung technologischer Modernisierungsprogramme könnte insofern zu weiteren Belastungen in den transatlantischen Beziehungen führen, als bestehende Ausrüstungs- und Fähigkeitslücken noch vergrößert würden.¹³ Kostensparende Synergieeffekte ließen sich mit einer engeren sicherheits- und rüstungspolitischen Zusammenarbeit zwischen EU und NATO erzielen. Ebenso wichtig sind substanzielle Beiträge der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU zur Stabilisierung der Nachbarregionen Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten.

Die USA fordern MEHR internationale Kosten- und Lastenteilung.

Der politische Druck der USA auf die europäischen Bündnispartner, mit Blick auf Kosten- und Lastenteilung sowie auf die unverzichtbare Sicherung der Interoperabilität, in die Modernisierung ihrer Streitkräfte zu investieren, wird nicht nachlassen. Eine NATO mit 28 Mitgliedstaaten, von denen der größte Akteur auf Dauer nahezu 70 % der Finanzbeiträge beisteuert, verliert ihre Legitimationsbasis und Handlungsfähigkeit. Die Wiederkehr der Geopolitik im Frühjahr 2014 mit der russischen Annexion der Krim sowie mit der anhaltenden militärischen Destabilisierung der Ostukraine veranlasste die USA, ihre Streitkräfteplanung mit Blick auf Europa zu überdenken. So wurde vorerst der längerfristige Trend gestoppt, den Um-

fang der dauerhaft in Europa stationierten Truppen weiter abzusenken. Seit April 2014 hat Amerika die Zahl der zeitweise durch Rotation auf dem europäischen Kontinent befindlichen Truppen angehoben. Die Zunahme bi- und multilateraler NATO-Militärübungen auf dem Territorium der neuen Allianzpartner bildet ein entscheidendes Element der Rückversicherung.¹⁴

Koalitionsbildung bei der Terrorbekämpfung und der Wiener Nuklear-Deal

Angesichts der Gebietsgewinne des Islamischen Staats in Syrien und Irak ab Mitte 2014 gelang es Obama, eine Koalition aus 59 Staaten zu schmieden, mit dem Ziel, den IS-Kalifatstaat mit politisch-militärischen Mitteln zurückzudrängen. In diesem Zusammenhang entsandte der US-Präsident 3.000 Soldaten in den Irak, um dessen Streitkräfte im Krieg gegen den IS zu beraten und auszubilden. Ebenso setzen die Vereinigten Staaten nach Ende des NATO-Einsatzes ihr militärisches Engagement mit mehr als 10.000 Soldaten in Afghanistan fort. Dabei geht es darum, die Sicherheitskräfte im Kampf gegen Aufständische auszubilden und selbst in den Anti-Terrorkampf einzugreifen.

Ein Musterbeispiel geduldiger, sanktionsbewehrter, multilateraler Diplomatie liefert der Nuklear-Vertrag, den Amerika gemeinsam mit seinen Partnern Deutschland, England und Frankreich sowie mit Unterstützung Russlands und Chinas im Juli 2015 in Wien mit dem Iran abgeschlossen hat. Die Vereinbarung beruht nicht auf Vertrauen, sondern auf einem strikten Überwachungs- und Verifikations-Regelwerk. Das Wiener Abkommen versperrt dem Iran in den nächsten 15 Jahren den Weg zu Nuklearwaffen.

Der Iran muss zwei Drittel seiner Zentrifugen abbauen und seinen Besitzstand an waffenfähigem Uran um 98 % abschmelzen. Teheran hat mehr Zugeständnisse machen müssen, als die Kritiker im Kongress sich vorstellen konnten. Darüber hinaus schreibt das Abkommen Sicherungen fest, gemäß denen erst vertragskonformes Verhalten die nächste Konzession auslöst.¹⁵ Auf positive Resonanz stößt das Abkommen mit Teheran bei einem Großteil amerikanischer Nuklearexperten. Bei der Diskussion um das Für und Wider des Vertrags stellt sich die Frage, wie sich das iranische Nuklearprogramm ohne nachprüfbareren Vertrag weiterentwickeln würde.

Der Nukleardeal eignet sich keineswegs als Modell für eine politische Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens. Dem stehen das regionale Vormachtstreben des Iran sowie die Unterstützung gewalttätiger islamistischer Gruppierungen ebenso entgegen wie der sunnitische Dschihadismus, der traditionelle Staatsgrenzen auflöst. Neben der sich abzeichnenden engeren Zusammenarbeit Saudi-Arabiens mit sunnitischen Nachbarstaaten als Reaktion auf den Nuklearvertrag ist Washington bestrebt, seine Politik der Rückversicherung und Kooperation mit den arabischen Staaten im Hinblick auf den iranischen Macht- und Einflussgewinn in der Region fortzuführen.

Verlässlichkeit, Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit sind drei wesentliche Komponenten einer schlüssigen, erfolgversprechenden Außenpolitik. Erschwert wird das amerikanische Interesse an der Wiederherstellung des Vertrauensverhältnisses zu den arabischen Verbündeten, aber auch zu Israel, mit der Weigerung Obamas, den Chemie-waffeneinsatz des syrischen Diktators Assad gegen die eigene Bevölkerung im August 2013 mit gezielten Militärschlägen gegen das Regime zu beantworten. Der US-Präsident hatte zuvor den Einsatz chemischer Waffen durch Syrien als rote Linie bezeichnet, deren Überschreiten zwangsläufig militärische Konsequenzen auslösen werde.

Ausblick

Obama hat keine strategische Abkehr vom weltpolitischen Engagement Amerikas eingeleitet. Im Gegenteil – er hat die Kooperationsnetzwerke mit anderen Weltregionen (Europa und Asien) ausgedehnt, sich allerdings erfolglos für eine dauerhafte Nahost-Friedensregelung eingesetzt, den „African Growth and Opportunity Act“, einen Vertrag über die Förderung von Handel und Investitionen mit und in Sub-Sahara-Staaten, verlängert, die Beziehungen zu Kuba nach 50-jähriger Eiszeit normalisiert und schließlich – im Schulter-schluss mit Deutschland, England und Frankreich sowie im Zusammenwirken mit Russland und China – einen Vertrag über die Begrenzung und Kontrolle des iranischen Nuklearprogramms erzielt. Gerade die Kritiker, die Obamas Bekenntnis zu einer kraftvollen weltpolitischen Führungsrolle Amerikas in Frage stellen, schrecken vor dem Abschluss bindender internationaler Abmachungen zurück.

**Amerika setzt zunehmend auf
KOALITIONSBILDUNG.**

Ist so etwas wie eine Obama-Doktrin zu erkennen? Sucht man nach einem gemeinsamen Nenner für die Politikwende gegenüber Myanmar, Kuba und Iran, taucht der handlungsleitende Grundsatz „Engagement“ in Verbindung mit strategischen Notwendigkeiten auf, zu denen u.a. militärische Schlagkraft, entschlossene Diplomatie einschließlich partnerschaftlicher Kooperation und Entwicklungszusammenarbeit gehören. Diese Form weltpolitischen Engagements dient nach Auffassung Obamas eher amerikanischen Interessen als eine Politik der Sanktionen und Isolierung. Angesichts einer starken Machtposition benötigte Amerika das nötige Selbstvertrauen, um kalkulierbare Risiken zugunsten neuer Chancen und Möglichkeiten einzugehen. Als Beispiel für diese strategische Vorgehensweise dient der Nuklearvertrag mit dem Iran, der dem Land eine nukleare Infrastruktur zugesteht, ihm aber zugleich den Zugang zu Nuklearwaffen auf überschaubare Zeit versagt.¹⁶

Zum Fundament einer langfristig angelegten nationalen Sicherheitsstrategie zählen darüber hinaus innenpolitische Bestimmungsfaktoren wie eine leistungsfähige, innovationsfreudige Wirtschaft, eine offene Gesellschaft sowie politische Mandatsträger, die nicht ausschließlich blockieren, sondern überparteiliche Koalitionen zugunsten

gemeinsamer Problemlösungen zu schmieden vermögen. Der Energieboom in Verbindung mit einer weitsichtigen Politik zur Eindämmung des Klimawandels, eine umfassende Einwanderungsreform, aber auch die Modernisierung der Infrastruktur sowie eine langfristig stabile Finanzierungsgrundlage für die Sozialversicherungssysteme bilden weitere Bausteine nationaler Sicherheit.

INNENPOLITISCHE Faktoren bestimmen die nationale Sicherheitsstrategie mit.

Welche weltpolitische Rolle wollen die Vereinigten Staaten wahrnehmen? Ian Bremmer, Gründer und Leiter des New Yorker Forschungs- und Beratungsunternehmens Euroasia Group, skizziert mit Blick auf den nächsten „Commander in Chief“ drei strategische Optionen:¹⁷

- Ein „Independent America“ würde die imperiale Überdehnung des Landes beenden, auf seine Unabhängigkeit setzen und sich von der Verantwortung für die Lösung der Probleme anderer Staaten lossagen. Stattdessen sollte dieses Amerika Führungsaufgaben aufgrund einer beispielgebenden Vorbildrolle wahrnehmen – zum Teil durch Investitionen in bisher nicht genutzte wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Ressourcen.
- Ein „Moneyball America“ erkennt an, dass die Vereinigten Staaten nicht jede internationale Herausforderung bewältigen können. Aufgrund nüchterner Einschätzung amerikanischer Stärken und Einschränkungen gelte es, über die Vorstellung eines wertebasierten Exzeptionalismus hinauszublicken und

US-Interessen nur dort zu verteidigen, wo sie unmittelbar bedroht werden.

- Ein „Indispensable America“ vertritt die Auffassung, nur Amerika vermöge die Werte zu verteidigen, auf denen globale Stabilität beruhe. In der interdependenten, verflochtenen Welt von heute würde eine Binnenorientierung Sicherheit und Wohlstand des Landes untergraben. Eine Welt, in der man Menschen grundlegende Freiheiten vorenthalte – von China über Russland bis zum Mittleren Osten und darüber hinaus – könne nicht dauerhaft stabil sein.

In idealtypischer Form wird es keines dieser Amerikas geben. Viel wahrscheinlicher ist, dass sich der nächste Präsident oder die nächste Präsidentin für einen Mix aller drei strategischen Optionen entscheidet, zumal die Auswahl nur einer Grundorientierung den Handlungs- und Entscheidungsspielraum des „Commander in Chief“ unnötig einschränken würde. Schließlich bedürfen US-Präsidenten für die Gestaltung ihrer Außenpolitik eines breiten öffentlichen Rückhalts und können sich als verlässlicher Akteur auf der internationalen Bühne nicht über Bündnisverpflichtungen und geltende Verträge hinwegsetzen. ///



/// DR. CHARLES WESTON

ist stv. Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Diehl Defence Holding GmbH, Überlingen.

Anmerkungen

- ¹ Nye Jr. Joseph S.: Is the American Century Over?, Cambridge, UK, 2015, S. 94; Maull, Hanns W.: USA – China – EU: Chancen für ein strategisches Dreieck?, in: Länderbericht China, hrsg. von Doris Fischer und Christoph Müller-Hofstede, Bonn 2014, S. 842.
- ² Remarks by President Obama at the Military Academy West Point Commencement Ceremony, 2014/05/28/, S. 5, www.whitehouse.gov
- ³ Dazu stellvertretend Cohen, Eliot A.: Reluctant to Make the Case for American Strength. Dissecting Obama's Foreign Policy: America Self-Contained, in: The American Interest, Mai / Juni 2014, S. 10 f.
- ⁴ Indyk, Martin S. / Lieberthal, Kenneth G. / O'Hanlon, Michael E.: Bending History. Barack Obama's Foreign Policy, Washington, D.C. 2012, S. 26; Paul, Michael: Die amerikanische Schwerpunktverlagerung nach Asien. Die militärische Dimension, SWP-Studie, Berlin 2015, S. 9.
- ⁵ Remarks by President Obama at the Acceptance of the Nobel Peace Prize in Oslo, 2009/12/10/, S. 4 f., www.whitehouse.gov
- ⁶ Ikenberry, G. John: A Course of Pragmatic Internationalism. Dissecting Obama's Foreign Policy: America Self-Contained, in: The American Interest, Mai / Juni 2014, S. 12 ff.
- ⁷ Remarks by President Obama in Address to the United Nations General Assembly, 2013/09/24/, S. 12, www.whitehouse.gov
- ⁸ Paul: Die amerikanische Schwerpunktverlagerung nach Asien, S.6.
- ⁹ Bierling, Stephan: Die USA: der müde Hegemon, in: Informationen zur politischen Bildung 2/2015, S. 36.
- ¹⁰ Maull, Hanns W.: Neue Bipolarität, in: IPG-Journal, Juni 2015, S. 2.
- ¹¹ Paqué, Karl-Heinz: Ein offener Club als Vorbild, in: Süddeutsche Zeitung, 17.4.2015, S. 2; Bader, Jeffrey A. / Dollar, David: Why the TPP is the linchpin of the Asia rebalance, Brookings, 28.7.2015, S. 1 ff.
- ¹² Oberhaus, Marco: Die Verteidigungspolitik der USA. Grundlegende Trends und ihre Auswirkungen auf das transatlantische Verhältnis, Berlin 2015, S.5.
- ¹³ Ebd., S. 6.
- ¹⁴ Ebd., S. 28 f.
- ¹⁵ Joffe, Josef: Das Bombengeschäft: Der Atomvertrag – ein guter Anfang, in: Die Zeit, 16.7.2015, S.10; The best chance to rein in Iran, in: International New York Times, 16.7.2015, S.8.
- ¹⁶ Friedman, Thomas L.: Iran and the Obama Doctrine, in: New York Times, 4.4.2015.

Die Obama-Doktrin sieht ein verstärktes **WELTPOLITISCHES** Engagement vor.

/// Eine Partei ohne Seismograph und Kompass

DIE SPD ZWEI JAHRE VOR DER BUNDESTAGSWAHL

HARALD BERGSDORF /// Trotz ihrer starken Stellung in den Ländern befindet sich die SPD auf Bundesebene in einer schwierigen Lage. Unter anderem mangelt es ihr an Gespür für die Sorgen der einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen und an kampagnefähigem Personal. Nur mit der Linken könnte sie das Kanzleramt erobern. Eine solche Perspektive könnte SPD-Wähler aus der politischen Mitte verschrecken.

Partei: SPD zwischen Erfolgen und Niederlagen

Momentan bietet die SPD ein ambivalentes Bild: Einerseits feiert sie fast serienmäßige Erfolge. So agiert sie zwei Jahre vor der nächsten Bundestagswahl in 14 Landesregierungen (außer Hessen und Bayern). In neun Ländern stellt sie mittlerweile den Regierungschef. In den einwohnerstärksten Städten amtieren inzwischen ausschließlich Oberbürger-

Die Sozialdemokraten **SCHWANKEN** derzeit zwischen Erfolg und Niederlagen.

meister aus der SPD – durch die jüngste CDU-Schlappe in Dresden avancierte Wuppertal zur einwohnerstärksten Stadt Deutschlands mit einem christdemokratischen Oberbürgermeister.

Andererseits gelangte sie bei den jüngsten Landtagswahlen etwa in Sachsen oder Thüringen nur auf dem

3. Platz ins Ziel – eine Demütigung für eine Volkspartei. In ihren Hochburgen Hamburg und Bremen verlor sie als Regierungspartei zuletzt massiv an Stimmen. In zwei Bundesländern dient sie derzeit sogar unter einem Ministerpräsidenten der Grünen (Baden-Württemberg) bzw. der Linken (Thüringen). Auf Bundesebene verharnt sie seit der Bundestagswahl 2013 stabil bei 25 % und ist von ihrer rot-grünen Wunschkoalition demoskopisch weit entfernt. Das zeigen alle aktuellen Umfragen aller relevanten Institute. Wie in Zement gegossen, verharren die Sozialdemokraten bei einer Zustimmung von einem Viertel der Wähler. Daher fragte Torsten Albig (SPD), Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, ob es sinnvoll sei, bei der kommenden Bundestagswahl überhaupt einen SPD-Kanzlerkandidaten aufzustellen. Damit erntete er viel Kritik aus der SPD und lenkt ab von grundsätzlichen Problemen der SPD.



Der nächste Kanzler? Sigmar Gabriel, seit 2009 Parteivorsitzender der SPD, im Deutschen Bundestag

Ihre Distanz zu den Sorgen und Nöten von Normalbürgern gehört zu den Hauptgründen, warum die SPD zunehmend ihren Status als Volkspartei verliert. Gerade in den sozialen Souterrains der Gesellschaft findet die SPD immer weniger statt, insbesondere seit Lafontaines Rückzug. Das wütende Prekariat entfernt sich verstärkt von der Partei. So errang die Linke bei der Bundestagswahl 2013 fast genauso viel Zustimmung bei Arbeitslosen wie die SPD, die insgesamt freilich fast dreimal so viele Stimmen einfuhr wie die Partei Gregor Gysis (25,7 % gegenüber 8,6 %).¹ Bei Hauptschülern (46 % zu 30 %) und Absolventen einer mittleren Reife (43 % zu 25 %) landeten CDU / CSU weit vor der SPD.² Seit der Schröder-Zeit schrumpft in Umfragen zugleich ihre Wirtschaftskompetenz, die für eine Volkspartei ebenso mitentscheidend für Wahlerfolge ist wie eine realistische Kanzlerperspektive. Bei der Bundestags-

wahl 2013 deklassierten CDU / CSU die SPD gerade auch in der wahrgenommenen Wirtschaftskompetenz (47 % zu 17 %). Ebenfalls hielten wesentlich mehr Bürger die Unionsparteien (40 %) als die SPD (22 %) für kompetent, ein günstiges Beschäftigungsklima zu schaffen.³

Die Probleme der SPD häufen sich – höher als bei anderen Parteien. Seit 1998 hat die SPD auf Bundesebene 10 Millionen ihrer zuvor 20 Millionen Wähler verloren. In den letzten 25 Jahren hat sie fast die Hälfte ihrer Mitglieder eingebüßt. Inzwischen sucht sie Landratskandidaten per Zeitungsannonce. Mit Gabriel amtiert derzeit bereits der neunte SPD-Chef seit 1990. Zunehmend mutiert die SPD zu einer introvertierten Gruppierung und selbstreferenziellen Vereinigung. Das zeigt ihre sinkende Präsenz und Aktivität im vorpolitischen Raum, zum Beispiel in Feuerwehren und Sportvereinen. Mehr als andere Parteien leidet sie unter

schrumpfenden Milieus, die auch in schwierigen Zeiten Loyalität sichern. Viele SPD-Anhänger können kaum noch erkennen und erklären, wofür ihre Partei steht. Immer mehr entwickelt sich die SPD zu einer Partei ohne Seismograph und Kompass in bewegten Zeiten. Das erkennt die große Mehrzahl der Wähler, die pragmatische Prinzipientreue ebenso bevorzugt wie Beweglichkeit statt Beliebigkeit und Flexibilität statt Rechthaberei nach veränderten Bedingungen.

Eine starke Parteiführung, die den Laden zusammenhalten würde, fehlt, im krassen Kontrast zur kurzen „Ära“ Schröder und Lafontaine, die ihre Partei ab 1997 disziplinierten und auf Regierungskurs trimmten. Heute ist sie hingegen tief gespalten und damit oft politisch kaum sprechfähig – graue Konformität und Dissonanzen statt Einheit in Vielfalt. Wie zerrissen, zersplittert und zerfasert die SPD ist, zeigt allein die aktuelle Debatte über die Vorratsdatenspeicherung. Die Abstimmung darüber im Juni 2015 gewann Parteichef Gabriel nur knapp. Seit langer Zeit bekämpfen die SPD-Flügel einander eher, statt sich programmatisch konstruktiv zu ergänzen, wie es sich für eine Volkspartei gehört. Damit ist die SPD weit entfernt von Standfestigkeit nach innerparteilich mühsam errungenen Kompromissen, ebenso von Aufbruch, Dynamik und Tatkraft. Nur selten gelingt es ihr, die politische Agenda zu bestimmen. Von politischer Deutungshoheit und Meinungsführung hat sie sich weitgehend verabschiedet. Vielfach unterschätzt oder ignoriert sie wichtige Probleme.

Politik / Programmatik: Unterschätzte oder ignorierte Probleme

Das gilt erstens für das Topthema Ausländerintegration. Immerhin 53 % der Befragten erklären laut Untersuchungen

Die SPD VERLIERT an Einfluss und Schlagkraft.

des Instituts für Demoskopie Allensbach, sie hätten sich in letzter Zeit öfters über die Zuwanderung nach Deutschland unterhalten.⁴ Damit liegt dieses Thema zumindest in der ersten Jahreshälfte 2015 noch vor der Lage in Griechenland (47 %) und dem Ukraine Konflikt (37 %).⁵ Daher warnt Renate Köcher: „Die Eindämmung des Flüchtlingsstromes ist das Thema, das uns in den nächsten [...] Jahren am meisten beschäftigen wird.“⁶

Tatsächlich steigt die Zahl der Asylbewerber derzeit massiv – auf voraussichtlich mindestens 800.000 Ende 2015. Das bereitet vielen Menschen in Deutschland erhebliche Sorgen. So sagen 65 %, sie fürchteten, „dass Europa den Flüchtlingsströmen nicht mehr gewachsen ist, wenn es so weitergeht.“⁷ Bei aller Willkommenskultur in Worten und Werken, die in den letzten Jahren gestiegen ist: Lediglich 21 % der Befragten befürworten laut Allensbach Vorschläge, mehr Asylbewerber in Deutschland aufzunehmen.⁸ Dass Deutschland unterschiedslos alle Flüchtlinge in Europa aufnehmen und ihnen ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht gewähren sollte, meinen gar nur 8 % der Befragten.⁹

Seit langer Zeit sind Integrationsprobleme in (langjährig) SPD-regierten Bundesländern oft besonders ausgeprägt, etwa hohe Arbeitslosigkeit von Migranten. Derzeit verweigert die SPD die Aufnahme weiterer Länder in die Liste der sicheren Herkunftsstaaten, aus

denen ein Großteil der Asylbewerber kommt, obwohl es in ihrer Heimat keine staatliche Verfolgung gibt (Albanien, Kosovo und Montenegro). Dadurch wird es schwieriger, Asylverfahren von Bewerbern aus Albanien, dem Kosovo und Montenegro – bei minimalen Anerkennungsquoten – zu beschleunigen, Kosten für die Versorgung von Asylbewerbern zu senken, Schwierigkeiten bei der Unterbringung zu bekämpfen und Kommunen zu entlasten, die inzwischen verstärkt Asylbewerber etwa in Turnhallen unterbringen müssen.

Bislang unterstützen SPD-regierte Länder wie NRW ihre Kommunen in geringerem Maße als andere Länder finanziell bei der Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Um das Asylrecht für wirklich Verfolgte zu sichern, gilt es daher, insbesondere Asylmissbrauch stärker zu bekämpfen. Aufgrund der Kriege und Krisen in vielen Teilen der Welt, etwa in Syrien, wird der Migrationsdruck auf Deutschland vorerst vermutlich hoch bleiben. Die Zahl der Abschiebungen ist in vielen SPD-regierten Ländern jedoch besonders gering. Das unterhöhlt das Asylrecht für wirklich Verfolgte.

Weil aber der Anteil schlecht integrierter Migranten unter Intensivtätern und Langzeitarbeitslosen hoch ist, muss eine freiheitliche Gesellschaft grundsätzlich über Notwendigkeit und Begrenzung von Zuwanderung, über Weltoffenheit und Aufnahmekapazitäten, über Willkommenskultur und Parallelgesellschaften, über Erfolge und Scheitern oder gar Verweigerung von Integration differenziert diskutieren, ohne jemals irgendeinen Generalverdacht damit zum Ausdruck bringen. Es geht darum, reale Probleme zu lösen oder lindern. Das fordern gerade auch geringer

Verdienende und integrierte Migranten. Deren Sorgen und Interessen gerade auch in der Zuwanderungspolitik zu berücksichtigen, gehört zu den Kernaufgaben der Volksparteien. Es geht darum, die Integration von Migranten sowohl zu fördern als auch zu fordern. Integration ist keine Einbahn-, sondern eine Zweibahnstraße. Sie ist sowohl ein Bring- als auch eine Holschuld.

Die große Mehrheit der friedlichen und fleißigen Migranten verdient Unterstützung, die kleine Minderheit der Kriminellen, Extremisten und Integrationsverweigerer verdient ebenso Gegenwehr wie schlecht integrierte Deutsche in und im Umfeld von NPD und dergl. Von massiven Integrationsproblemen profitiert in Deutschlands wichtigstem Nachbarland Frankreich zunehmend der „Front National“ (FN) unter Marine Le Pen, der immer mehr zur stärksten Ar-

Die SPD-regierten Länder betreiben eine PRO-ASYL Politik.

beiterpartei mutiert. Bereits 2002 über rundete der damalige FN-Chef, Jean-Marie Le Pen, bei der damaligen Präsidentschaftswahl im 1. Wahlgang den Kandidaten der Sozialisten, Lionel Jospin, der daher ausschied. Auch andere rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien punkten gerade auch bei den unteren Segmenten der Gesellschaft.

Zweitens bleibt der Kampf gegen Einbrüche, Diebstahl, Raub oder gar rohe Gewalt wichtig. Hohe Kriminalität ist vielenorts ein subjektives, aber auch ein objektives Problem. Im Kontrast dazu ist der viel diskutierte Terrorismus von Normalbürgern weit entfernt. Deshalb ist es bedeutsam, Bürger wirksam

vor Verbrechen zu schützen. Das gehört zu den Hauptaufgaben von freiheitlicher Politik. Hier gilt es, haushaltspolitische Prioritäten zu setzen. Denn vor allem im schwachen Staat erklingen Rufe nach einem „starken Mann“. Sicherheit ist eine Voraussetzung für Freiheit und kein grundsätzlicher Gegensatz zu ihr. Gerade Schwache wie Kinder, Frauen und Ältere leiden, wenn der Staat im Kampf gegen Kriminelle Schwäche zeigt. Die Geringverdiener sind besonders betroffen. Denn während der Konzernchef abends nach dem Theater mit dem Taxi nach Hause fahren kann, muss die Krankenschwester nach der Spätschicht den öffentlichen Nahverkehr nutzen oder zu Fuß bzw. mit dem Fahrrad unsichere Orte bzw. „Angsträume“ überwinden.

Gegen das Recht des Stärkeren gilt es deshalb, die Stärke des Rechts durchzusetzen. Doch verzeichnen (langjährig) SPD-regierte Länder in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) höhere Fallzahlen und niedrigere Aufklärungsquoten.¹⁰ Seit längerer Zeit hält auch die Mehrheit der Wähler die SPD in Fragen der öffentlichen Sicherheit für wenig kompetent. Zum Beispiel nannten bei der sächsischen Landtagswahl 2014 nur 10 % der Wähler die SPD kompetent, Kriminalität erfolgreich zu bekämpfen (CDU: 33 %; Die Linke: 5 %).¹¹ Derzeit streitet die SPD über die Vorratsdatenspeicherung, die dazu beitragen könnte, schwere Straftaten wie Anschläge aufzuklären und damit neue Verbrechen zu verhindern. Im Unterschied zu vielen SPD-Funktionären fürchtet sich die Mehrzahl der Wahlberechtigten mehr vor Terror und Gewalt als vor einem angeblichen Überwachungsstaat.

Drittens: Unsozial sind auch jüngste Forderungen aus der SPD nach höheren

Schulden. Denn von höheren Schulden profitieren vor allem Banken und Reiche, bei denen sich der Staat Geld leiht. Je höher die Schulden, desto weniger Geld bleibt, um Bedürftige zu unterstützen und in Bildung zu investieren. Dennoch überweist zum Beispiel NRW pro Jahr fast vier Milliarden für den Schuldendienst an Banken. Wie viele Laptops für bedürftige Schüler und Stipendien für begabte Arbeiterkinder ließen sich damit finanzieren? Seit geraumer Zeit verzeichnen (langjährig) SPD-regierte Länder eine besonders hohe Pro-Kopf-Verschuldung und verschlechtern damit das Investitions- und Beschäftigungsklima zulasten gerade schwacher Einkommensgruppen.

Weitere Themen, mit denen die Partei Gabriels die Lebensweise von Millionen von Normalbürgern gering schätzt und grob missachtet, sind die Kritik an der Mütterrente und am Ehegattensplitting („Hausfrauenehe“). Von beitragsfreien Kitajahren profitieren Schlechtverdiener nicht, weil sie üblicherweise ohnehin freigestellt sind, Spitzenverdiener dagegen schon, obwohl sie es nicht brauchen. Kaum interessiert viele Geringverdiener auch das weit abgehobene SPD-Projekt einer Frauenquote in Aufsichtsräten. Von der Rente mit 63 profitieren hingegen überwiegend Männer mit langen Beitragszeiten.

Die „Ehe für alle“ tangiert und bewegt die Mehrheit der (SPD-)Wähler

Bei vielen Themen sind **SOZIAL- UND REALITÄTSFERNE** Ansätze zu erkennen.

ebenfalls nur wenig. In der Prioritäten-skala der meisten Wahlberechtigten rangiert sie ganz unten. So nennen lediglich 17 % der Befragten die Zulassung der gleichgeschlechtlichen Ehe ein besonders wichtiges Thema. Es rangiert damit an letzter Stelle, noch hinter komplexen und abstrakten Themen wie dem demographischen Wandel, aber auch dem geplanten Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten, das offenbar eher SPD-Funktionäre interessiert als Normalbürger.¹² Das zumindest ambivalente Instrument der Mitpreisbremse eignet sich wiederum, Privatinvestitionen in den Wohnungsbau zu bremsen, damit Wohnraum zu verknappen und Mieten wieder zu erhöhen. Von Realitätsferne zeugt schließlich die desolote Bildungspolitik von (langjährig) SPD-regierten Ländern („PISA“), obwohl gerade Bildung sozialen Aufstieg fördert.

Personal: Gabriel wird Kanzlerkandidatur übernehmen müssen

Doch die SPD vernachlässigt und ignoriert nicht nur wichtige Themen. Für einen Wahlerfolg auf Bundesebene mangelt es ihr auch an kampagnefähigem Personal. Nicht in Sicht scheint derzeit ein Vollblutpolitiker und Wahlkämpfer vom Format eines Gerhard Schröder, der sich einst kongenial mit Lafontaine ergänzte. Frank-Walter Steinmeier eringt in Umfragen zwar immer wieder herausragende Kompetenz- und Sympathiewerte, doch wie Peer Steinbrück hat er als Spitzenkandidat noch nie eine Wahl gewonnen und auch schon einmal gegen Angela Merkel verloren. Ein neuer Anlauf Steinmeiers als Kanzlerkandidat scheint daher nahezu ausgeschlossen.

Hannelore Kraft hat sich mit ihrer „Nie, nie Kanzlerkandidatin“-Äußerung vorerst selbst aus dem Rennen genom-

men, obwohl wahrscheinlich nur eine starke Frau Angela Merkel schlagen kann. Andrea Nahles wiederum ist momentan noch zu jung, um zu kandidieren. Aus Sicht der Bevölkerung und selbst aus der Perspektive vieler SPD-Genossen mangelt es ihr bislang massiv

Die SPD hat derzeit **KEIN** kanzlertaugliches Personal.

an der erforderlichen Kompetenz für das Amt des Bundeskanzlers. Das muss aber nicht so bleiben. Derzeit führt sie in der Bundesregierung das Ressort mit dem eindeutig höchsten Etat und sammelt Regierungserfahrung. Seit 2013 bemüht sie sich, durch seriöse Sacharbeit und kommunikative Disziplin ihr Image zu verbessern. Innerparteilich ist sie – seit Juso-Zeiten – ohnehin besser vernetzt als kaum ein anderes SPD-Mitglied. Auch das bedeutet eine wichtige Grundlage für eine etwaige Kanzlerkandidatur. Schon heute beweist sie als Bundesarbeitsministerin immer wieder ihre besondere Durchsetzungsfähigkeit. Ein Scheitern der SPD-Kanzlerkandidatur 2017 würde den Kanzlerambitionen von Nahles 2021 eher nutzen als schaden.

Wie verzweifelt die SPD derzeit ist, unterstreichen innerparteiliche Debatten über eine Kanzlerkandidatur von Martin Schulz, den Präsidenten des Europa-Parlamentes. Zwar gehört Schulz wie etwa Franz Müntefering oder Wolfgang Bosbach zu den wenigen Politikern in Deutschland mit einer klaren Sprache, doch ist er in Deutschland zu unbekannt und in der Wahrnehmung der Mehrheit auch zu sehr mit dem Thema „Europa“ verbunden, um erfolgreich für das Amt des Kanzlers zu kandidieren.

ROT-ROT-GRÜN auf Bundesebene ist mittlerweile eine mögliche Konstellation.

Letztlich wird der Instinktpolitiker Gabriel 2017 wohl antreten müssen. Das vor allem, um sein Amt als SPD-Chef zu behalten.

Daher arbeitet er in seinem Ministeramt daran, seine Wirtschaftskompetenz und die seiner Partei zu stärken. Deshalb kämpft er u. a. für das Freihandelsabkommen mit den USA, ebenfalls gegen heftige Widerstände in seiner Partei. Um Parteichef zu bleiben, wird er das SPD-Wahlergebnis von 2013 deutlich steigern müssen. Bislang hat auch Gabriel als Spitzenkandidat noch nie eine Wahl gewonnen. Gerade wegen der schwierigen Ausgangslage der SPD dürfte Gabriel innerparteilich bei seiner Kandidatur immerhin auf keine Mitbewerber stoßen. Insofern wird er, wie es derzeit aussieht, nicht antreten dürfen, sondern müssen.

Partner: Ohne Linke keine realistische Kanzler-Perspektive für die SPD

Weiterhin gelten die Grünen als der bevorzugte Koalitionspartner der SPD, die mit der Ökopartei, aber auch der Linken sowohl kooperiert als auch konkurriert. Alle drei fischen teilweise im selben Teich. Weil es für Rot-Grün auf Bundesebene seit langer Zeit aber keine Mehrheiten gibt und weil die SPD ihrem Wählerpotenzial, anders als 2013, auch eine realistische Koalitionsperspektive anbieten muss, hat sie sich bereits Ende 2013 per Parteitagsbeschluss für die rot-rot-grüne Option geöffnet. Sie will vermeiden, vor der nächsten Bundestagswahl wieder nur einen Vize-Kanzlerkandidaten aufstellen zu können. Ohne die Linke wird die SPD, wie es heute aussieht, keinen Kanzler stellen können.

Als Modell auch für den Bund könnte die rot-rot-grüne Regierung in Thüringen fungieren. Um Rot-Rot-Grün auf Bundesebene forciert vorzubereiten, wird Ministerpräsident Bodo Ramelow als Regierungschef möglichst wenig Angriffsfläche bieten. Traditionell kann gerade die ostdeutsche Linke sehr diszipliniert sein, wenn es um höhere Ziele geht. Ramelow, der bundesweit erste Regierungschef der Linken, wird als erfahrener Politprofi den Ministerpräsidentenbonus vermutlich bestmöglich ausschöpfen. Gerade dann, wenn Rot-Rot-Grün in Thüringen skandalfrei funktionieren sollte, wächst die Wahrscheinlichkeit einer solchen Konstellation auch im Bund – so zumindest das bundespolitische Kalkül und die offenkundige Absprache von Gabriel, Gysi & Co. Das markierte einen Wendepunkt für die bundesdeutsche Parteienlandschaft.

Mit ihrer rot-rot-grünen Option dürfte die SPD freilich einen erheblichen Teil ihrer „Mitte-Wähler“ verschrecken. Die Öffnung für Rot-Rot-Grün ähnelt daher strategisch einem Sprung ins Dunkle. Den wagt die SPD aber gerade auch deshalb, weil sie keine dritte Große Koalition als Juniorpartner unter CDU / CSU-Führung in kurzer Zeit (seit 2005) will und weil sie fürchtet, die schwarz-grüne Koalition in Hessen könnte zum Modell auch für den Bund mutieren. Während CDU / CSU auf die schwarz-grüne Option setzen, weil Politik kein Wunschkonzert ist, weil viele Grüne die Kirche mittlerweile im Dorf lassen und weil die Unionsparteien in einer kleinen Koalition üblicherweise programmatisch und personell mehr durchsetzen können als in einer Großen Koalition, wollen die Grünen vermeiden, auf Bundesebene zur Nichtregierungsorganisation zu mutieren, wenn die SPD wieder abschmieren sollte.

Daher halten auch sie sich die schwarz-grüne Option offen. Sollte es CDU und der Ökopartei tatsächlich gelingen, auch auf Bundesebene eine schwarz-grüne Koalition zu bilden und darin wirtschaftliche, soziale und ökologische Sensibilität zu verbinden, könnten sie die SPD damit strategisch an die Wand und längerfristig in die Opposition drücken. Das ist der Alptraum der SPD. Strategisch kennzeichnet derzeit jedenfalls eine ausgeprägte Flexibilität die Grünen, den SPD-Wunschpartner. So koalitiert die Partei der wohlstuierten Postmaterialisten aktuell sowohl mit den Sozialdemokraten (sieben Bundesländer), der CDU (Hessen) als auch der Linken (Thüringen).

In einer 4-Parteienlandschaft ohne FDP und rechtspopulistische Parteien könnten CDU / CSU sogar eine eigene Mehrheit erreichen. Das insbesondere dann, wenn „bürgerliche“ SPD-Wähler wegen der rot-rot-grünen Option Gabriels verstärkt zu den Unionsparteien wechseln sollten. Bereits bei der jüngsten Bundestagswahl gelangten CDU / CSU in die Nähe einer eigenen Mehrheit. Wenn das 2017 (oder früher) gelänge, trübe das die SPD mitten ins Mark. Dann könnte die SPD, insbesondere unter den Bedingungen einer Vier-Parteienlandschaft, ihr Hauptziel verfehlen: Mit Grünen und Linken die Unionsparteien im Bund zu überholen, eine Anti-CDU / CSU-Koalition zu bilden und die Christdemokraten / Christsozialen längerfris-

tig in die Opposition zu drücken. Wenn es so weiter geht, könnte die SPD bundesweit noch tiefer rutschen. Für sie ist noch Luft nach oben, aber auch nach unten. Wie die SPD bei den kommenden Wahlen, etwa in Baden-Württemberg, abschneiden wird, wird gerade auch von ihrer Asylpolitik abhängen.

Letztlich bleibt die weitere Entwicklung der Sozialdemokraten freilich trotz aller Plausibilitäten ungewiss. Bereits Otto von Bismarck warnte: „Das lernt man in der Politik, dass man klug sein kann wie die Klugen dieser Welt und dennoch in die nächste Minute geht wie ein Kind ins Dunkle.“ ///



/// DR. HARALD BERGSDORF
ist Politikwissenschaftler und Parteiforscher, Bonn.

Anmerkungen

¹ Vgl. http://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/NewsL_BTW_2013.pdf, Stand: 22.7.2015.

² Ebd.

³ Vgl. http://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/NewsL_Brem_2015_0518.pdf, Stand: 22.7.2015.

⁴ Vgl. Petersen, Thomas: Zaghafte Schritte auf dem Weg zur „Willkommenskultur“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.5.2015, S. 10.

⁵ Ebd.

⁶ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.7.2015, S. 17.

⁷ Vgl. Petersen: Willkommenskultur, S. 10.

⁸ Ebd.

⁹ Ebd.

¹⁰ Vgl. <http://www.bka.de/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/2014>, Stand: 22.7.2015.

¹¹ Vgl. http://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/NewsL_Sach_2014.pdf, Stand: 22.7.2015.

¹² Vgl. Petersen, Thomas: Schneller akzeptiert als gedacht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.7.2015, S. 10.

Dagegen steht die Option einer SCHWARZ-GRÜNEN Koalition.

/// Plastik statt Cash?

DISKUSSION UM DAS BARGELD

PETER WITTERAUF /// In jüngster Zeit wird, insbesondere auch von Wissenschaftlern, verstärkt die Abschaffung des Bargelds gefordert. Banknoten und Münzen sollen verboten werden. Die damit verbundene Debatte, die schon länger in anderen Ländern geführt wird, hat inzwischen auch Deutschland erreicht. In den deutschen Medien wurde in den letzten Monaten ausgiebig über die Zukunft des Bargelds diskutiert. „Ist Bares noch Wahres?“, „Wie lange dauert es noch, bis das Bargeld verboten wird?“, „Nur-Nicht-Bares ist wirklich Wahres“ – so lauteten die Überschriften einiger Artikel in überregionalen Zeitungen.¹

Eine neue Debatte um das Bargeld

Es wäre voreilig und verharmlosend, diese Debatte als realitätsfremd abzutun. Zum einen ist das „elektronische Geld“ bzw. „Plastikgeld“ weltweit auf dem Vormarsch: Kredit- und EC-Karten, das Online-Bezahlsystem PayPal oder die Digitalwährung Bitcoin finden immer mehr Anhänger. Und zum anderen gehen immer mehr Länder dazu über, die Bargeldzahlungsgrenze zu senken. Gleichzeitig laufen Kampagnen gegen die Verwendung von Bargeld.

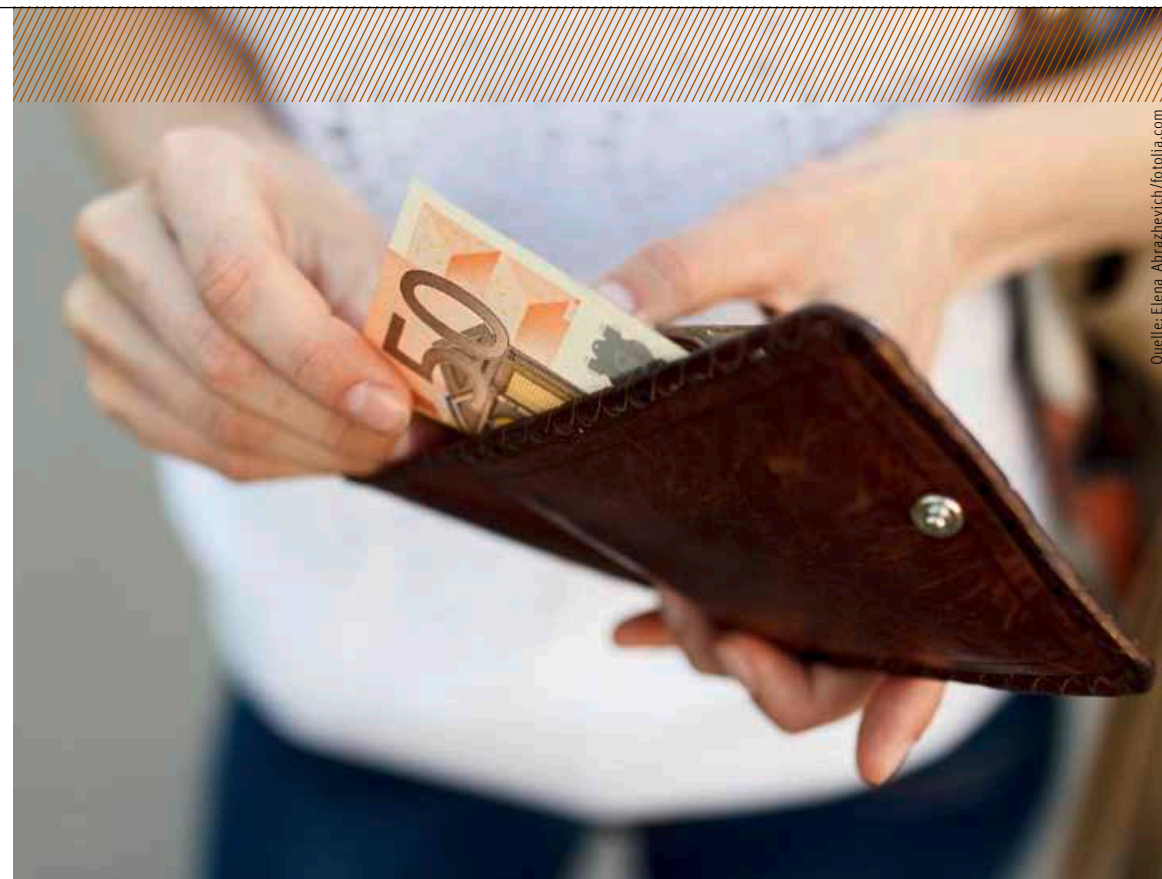
Ein **BARGELDVERBOT** verändert die Währungssysteme.

Von zentraler Bedeutung ist, dass die Debatte eine neue Dimension erhalten hat: Ein Bargeldverbot soll die Wirk-

samkeit der Notenbankpolitik erhöhen. In letzter Konsequenz geht es um eine Veränderung der Währungssysteme. Was steckt hinter dieser Debatte, was sind die Argumente für eine Abschaffung des Bargelds, wie stichhaltig sind sie, welche Entwicklungen sind zu erwarten? Diese Themenfelder sollen nachfolgend beleuchtet werden.

Argumente für ein Bargeldverbot

Als „praktisches“ Argument gegen die Verwendung von Bargeld wird genannt, dass es den Zahlungsverkehr erschwere. Es sei „verlorene Zeit“, wenn Leute an der Ladenkasse nach Kleingeld suchen und das Kassenspersonal nach Wechselgeld. Der Ökonom Peter Bofinger, Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (einer der fünf „Wirtschaftsweisen“), formulierte deshalb:



Quelle: Elena_Abramchewich/fotolia.com

Wie lange wird es noch möglich sein, mit Bargeld zu bezahlen?

„Bei den heutigen technischen Möglichkeiten sind Münzen und Geldscheine tatsächlich ein Anachronismus.“² Eng damit zusammenhängend wird argumentiert, durch Bargeld würden Bakterien übertragen.³ Und schließlich wird angeführt, dass die Abschaffung von Bargeld die Bekämpfung von Kriminalität erheblich erleichtern würde. Dies gelte für die Drogenkriminalität ebenso wie für die Steuerflucht und die Schwarzarbeit. So hat z. B. in Schweden eine Kampagne mit der Kernaussage „Bargeld ist das Blut in den Adern der Kriminalität“ stattgefunden.⁴

Diese drei Argumente für die Bargeldabschaffung, also die Praktikabilität, die Gesundheitsproblematik und

die Kriminalitätsbekämpfung, werden bereits seit längerem diskutiert. Eine neue Dimension hat die Forderung nach einem Bargeldverbot durch die geld- und finanzpolitische Entwicklung der letzten Jahre erhalten. Als Reaktion auf die weltweite Finanzkrise und die Krise des Euro haben die großen Zentralbanken der Welt die Leitzinsen praktisch auf Null gesenkt („Null-Zins-Politik“ bzw. „Politik des billigen Geldes“). Dies bedeutet faktisch die Untergrenze. Zinsen unter 0 % können Banken oder Geldanleger ausweichen, indem sie statt Guthaben zu halten ihr Geld abheben und z. B. zu Hause aufbewahren. Dies ist den Befürwortern einer Politik des billigen Geldes ein Dorn im Auge. Sie

wollen durch ein Bargeldverbot verhindern, dass Sparer ihr Geld abheben können. Negativzinsen sollen dann Druck ausüben, damit Geld nicht gespart, sondern ausgegeben wird.

Bargeld BEHINDERT weitere Zins-senkung und den Konsum.

Ein Wegbereiter dieser Denkrichtung ist der US-Wissenschaftler Kenneth Rogoff von der Harvard University, ein früherer Chefökonom des Internationalen Währungsfonds. Bei einer Gastvorlesung in München im November 2014 sprach er sich vehement für die Abschaffung von Bargeld aus. Er führte dabei aus: „Papiergeld ist das entscheidende Hindernis, die Zentralbankzinsen weiter zu senken. Seine Beseitigung wäre eine sehr einfache und elegante Lösung für dieses Problem. [...] Die Zentralbanken können auf diese Weise leichter Negativzinsen durchsetzen, um so die Wirtschaft anzukurbeln.“⁵ Auch der frühere US-Finanzminister Larry Summers hatte erklärt, der Staat könne das Bargeld ganz abschaffen. Denn wie sonst sollten die Staaten reagieren, wenn die Zinsen negativ werden und die Leute lieber Geld horten, als es zur Bank zu bringen.⁶

Die Negativzinsen sollen also eine Art Strafsteuer für diejenigen sein, die sich weigern, ihr Geld für Investitionen oder Konsum auszugeben, seien es Unternehmen oder private Haushalte. Das Sparen würde bestraft. Unter den heuti-

gen Bedingungen – mit Bargeld – funktioniert dieses Vorhaben nicht. Die Leute würden ihr Geld lieber abheben und zu Hause aufbewahren anstatt Negativzinsen („Strafsteuern“) zu zahlen.

Auch die Banken sollen unter Druck gesetzt werden. Erheben die Zentralbanken negative Zinsen, dann kostet es für die Geschäftsbanken bzw. Kreditinstitute Geld, ihre Ersparnisse bei den Zentralbanken zu parken. Im Idealfall verleihen die Banken ihr Geld dann lieber an Unternehmen und Privatleute in Form von Krediten. Mit diesen Krediten sollen zusätzliche Ausgaben finanziert werden. Dies soll die wirtschaftliche Entwicklung positiv beeinflussen.

Bereits heute werden die Einlagen der Geschäftsbanken bei den Zentralbanken des Eurosystems negativ verzinst. Dies hat bisher aber nicht dazu geführt, dass zusätzliche Bargeldbestände aufgebaut wurden. Die Negativzinsen sind nämlich bisher zu gering (zuletzt bei – 0,2 %), um zu größeren Anpassungsreaktionen zu führen. Zum einen haben die Geschäftsbanken, von Ausnahmefällen abgesehen, die negativen Zinsen noch nicht an die privaten Haushalte weitergegeben, zum anderen übersteigen die Kosten für die Versicherung, Lagerung und den Transport von Bargeld noch nicht die zu leistenden Zinszahlungen.⁷ Bei noch stärkeren Negativzinsen würden sich zweifellos entsprechende Ausweichreaktionen zeigen. Dies wollen die Befürworter eines Bargeldverbots verhindern.

Argumente gegen ein Bargeldverbot

Die Forderung nach einem Bargeldverbot hat zu breiter Kritik geführt. So wird insbesondere das Argument, mit der Abschaffung des Bargeldes würde die Wirksamkeit einer „Politik des billigen

Geldes“ erhöht, massiv bezweifelt. Bundesbankpräsident Jens Weidmann führte aus, dass die Diskussion um Minuszinsen und die Existenzberechtigung des Bargelds am eigentlichen Problem vorbeigehe. Notwendig seien Struktur-reformen, um für Wirtschaftswachstum zu sorgen. „Wenn also die Wachstumsschwäche den Kern des Problems darstellt, dann gilt es, diese Schwäche zu überwinden, anstatt kühne Akrobatik in der Form zu betreiben, das Bargeld abschaffen zu wollen, damit die Geldpolitik noch expansiver wirken und langfristige Strukturprobleme kurzfristig mit billigem Geld überdecken kann“, erklärte Weidmann.⁸

Kritiker bezweifeln die WIRKSAMKEIT der „Politik des billigen Geldes“ und des Bargeldverbotes.

Gerade an dieser Thematik wird deutlich, dass es letztlich um eine wirtschaftspolitische Richtungsentscheidung geht. Soll die „Politik des billigen Geldes“, wie sie in den letzten Jahren immer weiter vorangetrieben wurde, fortgesetzt und sogar noch verstärkt werden? Sind die damit verbundenen Fehlentwicklungen, z. B. die Entwertung der privaten Altersvorsorge, noch länger tolerierbar? Wäre es nicht dringender erforderlich, die weltweit viel zu hohe Staatsverschuldung entschiedener zu bekämpfen?

Auch das Argument, mit der Abschaffung des Bargeldes würde die Kriminalität zurückgehen, wird bestritten. Kreditkartenbetrug ersetze heute Bargelddiebstahl. Das „Abfischen“ von Daten sei extrem leicht. Taschendiebstähle und Banküberfälle würden dann virtu-

ell stattfinden. Straftaten wie Steuerhinterziehung, Korruption, Geldwäsche oder Schwarzarbeit seien möglicherweise schwieriger zu begehen, Kriminelle seien aber überaus erfindungsreich.⁹ Zu bedenken ist auch, dass Personen, die kriminell handeln, auf Substitute ausweichen können. So könnte beispielsweise auf Bargeld in anderen Währungen oder auf alternative Tauschmittel zurückgegriffen werden. Dies bedeutet, dass Bargeld nicht nur in Deutschland, sondern weltweit abgeschafft werden müsste, was unrealistisch ist.

In diesem Zusammenhang stellt sich vor allem die Frage: Wie weit darf (und soll) der Staat bei der Überwachung seiner Bürger gehen? Ein zentrales Argument gegen die Abschaffung des Bargelds lautet: Die Freiheit der Bürger würde massiv beeinträchtigt. Der Journalist Roland Tichy, Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung, brachte es wie folgt auf den Punkt: „Alle, die bevormunden, überwachen und kontrollieren und steuern wollen, sind Feinde des Bargelds, denn damit entziehen sich Bürger dem Überwachungsstaat.“¹⁰ Der frühere Chefökonom der Deutschen Bundesbank sowie der Europäischen Zentralbank, Otmar Issing, zitierte bei einem Symposium den russischen Schriftsteller Fjodor Dostojewski: „Geld ist geprägte Freiheit.“ „Der Klarheit wegen müsste man“, so Issing, „heute betonen: Bargeld ist geprägte Freiheit.“¹¹ Mit ähnlichen Worten äußerte sich auch der Ökonom Lars Feld, wie Peter Bofinger Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.¹² Der Chefökonom der Großbank UBS, Andreas Höfert, formulierte: „Ein vollelektronisches Geldsystem – völlig transparent, ohne jeglichen Schutz der Privatsphäre bei

Transaktionen und mit dem ständigen Risiko einer Enteignung durch den Staat – bedeutet, dass Geld kein privates Eigentum mehr sein wird.“¹³

Bargeld hat spezifische Eigenschaften, die von den Nutzern in hohem Maß geschätzt werden. Es ist anonym nutzbar, es kann ohne jede Beteiligung von Dienstleistern verwendet werden, Zahlender und Zahlungsempfänger müssen nicht in irgendeiner Form „online“ sein, es kann für kleine und große Beträge genutzt werden, die Zahlung ist einfach, bequem und schnell, sie ist endgültig, denn sie kann nicht rückgängig gemacht werden, und Bargeld ist relativ fälschungssicher.¹⁴ Ein elektronisches Zahlungsmittel, das diese Eigenschaften besitzt, erscheint schwer vorstellbar.

Bargeld entzieht sich der staatlichen KONTROLLE.

Es ist deshalb zu befürchten, dass ein Bargeldverbot zu einer neuen Art von Tauschwirtschaft führen würde. Eine bestimmte Ware würde dann nicht mehr mit Geld bezahlt, sondern mit einer anderen Ware („Tauschbörse“). Dies wäre ein wirtschaftlicher Rückschritt und das Gegenteil einer modernen Geldordnung.

Welche Entwicklungen sind zu erwarten?

Die Deutsche Bundesbank hat in einer aktuellen Studie¹⁵ das Zahlungsverhalten der Deutschen untersucht. Es stellt sich, gemessen an den getätigten Umsätzen, wie folgt dar: 53,2 % der Umsätze für Waren und Dienstleistungen – ohne wiederkehrende Zahlungen wie beispielsweise Miete – werden durch Bar-

Die DEUTSCHEN bevorzugen Barzahlung.

geld beglichen. 29,4 % der Umsätze werden durch Girocard (früher EC-Karte) bezahlt, 5,3 % durch Überweisung und 3,9 % durch die Kreditkarte. Es folgen die Lastschrift mit 3,0 %, die Internet-Bezahlverfahren mit 2,8 % und die sonstigen Möglichkeiten mit 2,4 %. Die Barzahlung dominiert also nach wie vor sehr deutlich.

Die Barzahlung dominiert noch deutlicher bei der Anzahl der getätigten Transaktionen. Hier hat sie einen Anteil von 79,1 % und die Girocard einen Anteil von 15,3 %. Alle anderen Möglichkeiten bewegen sich im Ein-Prozent-Bereich oder darunter. Seit 2008 ist damit der Anteil der Bargeldzahlungen nur leicht gesunken: Bei den Umsätzen von 57,9 % auf 53,2 %, bei den getätigten Transaktionen von 82,5 % auf 79,1 %.

Deutschland hat mit rund 79 % bei der Bargeldquote auch im internationalen Vergleich eine besondere Position. Ähnliche Umfragen in anderen Ländern zeigen deutlich geringere Quoten. In Frankreich betrug der Bargeldanteil 2011 56 %, in den Niederlanden 52 %, in Kanada 2009 53 % und in den USA 2012 nur 46 %.¹⁶

Interessant sind in diesem Zusammenhang auch die Gründe für die hohe Wertschätzung des Bargeldes bei der deutschen Bevölkerung. 33 % der von der Deutschen Bundesbank Befragten haben angegeben, grundsätzlich nur bar zu bezahlen. Als mit Abstand wichtigs-

ten Grund gaben sie das Gefühl besserer Ausgabenkontrolle an. Bargeld ist somit für viele Bürger ein wirksames Instrument der Haushaltsplanung. An zweiter Stelle werden die Einfachheit, Sicherheit und Schnelligkeit des Zahlens mit Bargeld herausgestellt.

Mit Blick auf die künftige Entwicklung ist wohl zu erwarten, dass die bargeldlosen Zahlungen, ähnlich wie in vielen anderen Ländern, auch in Deutschland weiter zunehmen werden. Dies sollte aber auf freiwilliger Basis erfolgen und nicht durch staatlichen Zwang. „Eine Verdrängung des Bargeldes ist aus meiner Sicht auf absehbare Zeit kein realistisches Szenario, unter anderem deshalb nicht, weil sich das Bargeld als Zahlungsmittel bei uns weiterhin großer Beliebtheit erfreut“, erklärte Bundesbankpräsident Jens Weidmann. Jeder solle so bezahlen können, wie er wolle, also bar oder unbar.¹⁷ Die Zeitverluste an der Ladenkasse oder auch mögliche Infektionsrisiken, wie sie von den Befürwortern eines Bargeldverbots genannt werden, erscheinen als nicht sehr überzeugend. An vielen Ladenkassen ist zu beobachten, dass die bargeldlose Zahlung keinen Zeitgewinn gegenüber der Bargeldzahlung bedeutet. Es ist auch keine Untersuchung bekannt, die besondere Infektionsrisiken durch den Bargeldgebrauch belegt.

Im Übrigen rechnet auch die Deutsche Bundesbank damit, dass die Zahlungsgewohnheiten sich mittel- und längerfristig ändern werden. Von den an Internet und Smartphone gewöhnten Generationen könnte ein Wandel im Zahlungsverhalten ausgehen. Gerade die Befragten zwischen 18 und 24 Jahren zeigten sich in der erwähnten Bundesbankstudie sehr offen für innovative Bezahlverfahren.

Es wird von den Entscheidungen des Handels abhängen, welche bargeldlosen Zahlungsinstrumente künftig stärker genutzt werden. Die Kosten, die Einfachheit der Nutzung und die Verbreitung werden die Auswahlkriterien sein.

Zu erwarten ist auch, dass der internationale Druck, den Bargeldgebrauch zu erschweren, weiter zunehmen wird. Schon seit einigen Jahren sind entsprechende Entwicklungen zu verzeichnen. So sind seit Anfang 2012 in Italien Barzahlungen von mehr als 1.000 Euro verboten. In Spanien sind nach einem Gesetz vom Oktober 2012 Barzahlungen von über 2.500 Euro verboten, wenn einer der Partner professionell oder gewerblich tätig ist. In Belgien hat sich seit Januar 2014 die zulässige Bargeldsumme für Waren und Dienstleistungen von 5.000 auf 3.000 Euro verringert. Ab September 2015 wird für Bürger, die in Frankreich leben, die Bargeldzahlungsgrenze von 3.000 Euro auf 1.000 Euro begrenzt.¹⁸ Die Notenbank Dänemarks hat angekündigt, ab 2017 keine neuen Banknoten mehr zu drucken – die Nachfrage sei zu gering.¹⁹

Die DIGITALEN Zahlungsgewohnheiten werden zukünftig zunehmen.

In diesem Zusammenhang fällt auf, dass die Befürworter eines Bargeldverbots den Bargeldbesitz sehr gezielt mit Kriminalität in Verbindung bringen. So zeigte Kenneth Rogoff bei seinem Vortrag in München ein Bild mit Waffen auf einer Unmenge von Papiergeldbündeln. Dieses abschreckende Foto wirkte suggestiv und wohl für viele einleuchtend.²⁰

Für die Befürworter eines Bargeldverbots spielt auch die Sorge von Regie-

rungen (und Finanzinstituten) vor einem Ansturm auf die Banken (Bank Run) eine wichtige Rolle. Panikerzeugende Menschenschlangen vor Banken wie zuletzt in Griechenland oder 2007 bei der britischen Bank Northern Rock haben gezeigt, wie gefährlich diese Extremsituationen sind. „Die globale Finanz- und (Staats-)schuldenkrise oder besser Geldsystemkrise macht die Bargeldabschaffung für Banken und Politiker attraktiv. Ein Bank Run in der bisherigen Form ist für die Kunden bei einer Bargeldabschaffung nicht mehr möglich.“²¹

Ausblick

Die Debatte über ein Bargeldverbot bzw. über weitere Einschränkungen des Bargeldverkehrs wird in den kommenden Jahren schärfer werden. Dabei geht es vor allem um die Entscheidung über die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Zukunft. Die Alternativen lauten: weiterhin Freiheit und Eigenverantwortung für die einzelnen Bürger oder

Ein Bargeldverbot befördert den **STAATSDIRIGISMUS.**

immer mehr Staatsdirigismus. Eine Währungsordnung ohne Bargeld würde die Möglichkeit schaffen, das Ausgabeverhalten der Bevölkerung detailliert zu steuern. Der staatlichen Überwachung würden sich in letzter Konsequenz neue und weitgehende Möglichkeiten eröffnen.

Zu bedenken ist auch, dass eine Währungsordnung auf Vertrauen beruht. Ist das Vertrauen erst einmal zerstört – und ein Bargeldverbot würde dazu beitragen –, wäre ein zentrales Fundament einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zerstört.

Eine Diskussion, die sich auf die Problematik von Negativzinsen und Kriminalitätsbekämpfung beschränkt, greift deshalb zu kurz. Die Diskussion muss umfassender sein und auch den ordnungspolitischen Rahmen mit einbeziehen. ///



/// DR. PETER WITTERAUF
ist Hauptgeschäftsführer der Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München.

Anmerkungen

- ¹ Winter, Heike / Wörlen, Heike: Nachfrage nach Zahlungsinstrumenten, in: Wirtschaftsdienst Nr. 8/2015, S. 522.
- ² Bofinger, Peter: Bargeld ist ein Anachronismus, in: Der Spiegel 21/2015.
- ³ Horstmann, Ulrich / Mann, Gerald: Bargeldverbot, München 2015, S. 12.
- ⁴ Ebd., S. 27.
- ⁵ Pressemitteilung der CESifo-Gruppe München vom 19. November 2014: US-Ökonom Kenneth Rogoff für die Abschaffung von Papiergeld, cesifo-group.de; die Vorlesung, die Kenneth Rogoff unter dem Titel „Rethinking Paper Currency“ am 18. November 2014 in München gehalten hat (Munich Lectures in Economics), ist unter cesifo-group.de abrufbar.
- ⁶ Oswald, Andreas: US-Ökonom Larry Summers will Bargeld abschaffen, damit Staat und Banken besseren Zugriff haben, spiegel.de, 13.1.2014.
- ⁷ Thiele, Carl-Ludwig: Diskussion um Bargeld: Hätte eine Abschaffung von Banknoten und Münzen wirklich Vorteile?, in: ifo Schnelldienst, 16.7.2015.
- ⁸ dpa-Meldung, 15.6.2015.
- ⁹ Interview des Bayerischen Rundfunks mit Gerald Mann, br.de, 15.6.2015.
- ¹⁰ Tichy, Roland: Neun Fakten, die Sie zur Bargeldabschaffung wissen müssen, rolandtichy.de, 24.5.2015.
- ¹¹ Schmitz, Stefan: Eine Ode an das Bargeld, stern.de, 5.10.2014.
- ¹² FAZ-Interview mit Lars Feld, in: FAZ, 18.5.2015.
- ¹³ Höfert, Andreas: Die Hölle ist bargeldlos, in: Die Weltwoche 27/2014, weltwoche.ch
- ¹⁴ Rösl, Gerhard / Seitz, Franz: Warum Bargeld nicht abgeschafft werden sollte – Effizienz-, Praktikabilitäts- und Implementierungsaspekte, in: Wirtschaftsdienst 8/2015, S. 527.
- ¹⁵ Deutsche Bundesbank: Zahlungsverhalten in Deutschland 2014: Dritte Studie über die Verwendung von Bargeld und unbaren Zahlungsinstrumenten, Frankfurt a. M. 2015.
- ¹⁶ Winter / Wörlen: Nachfrage nach Zahlungsinstrumenten, S. 523.
- ¹⁷ dpa-Meldung, 15.6.2015.
- ¹⁸ Diese Angaben sind entnommen aus Horstmann / Mann: Bargeldverbot, S. 27.
- ¹⁹ Braumberger, Gerald: Ein Schlag gegen das Bargeld, in: FAZ, 9.5.2015.
- ²⁰ Ebd., S. 17.
- ²¹ Ebd., S. 32 f.

„Dankbar rückwärts, mutig vorwärts,
gläubig aufwärts“

100. Geburtstag von Franz Josef Strauß

Vor 100 Jahren wurde Franz Josef Strauß geboren. Er hat in zahlreichen Ämtern und Funktionen die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und Bayerns nachhaltig geprägt. Noch drei Jahrzehnte nach seinem Tod ist er im öffentlichen Bewusstsein außerordentlich präsent und lebendig. In einem festlichen Gedenkakt in der Allerheiligen-Hofkirche der Münchner Residenz würdigte die Hanns-Seidel-Stiftung am 4. September 2015 diesen charismatischen Ausnahmepolitiker.



Quelle: privat

URSULA MÄNNLE /// Stünde Franz Josef Strauß hier, um sie zu begrüßen, hätte er vielleicht die Anrede gewählt: „Mulieres doctissimae et viri praeclari“. Mir steht diese kurze Form nicht an. [Begrüßung]

Prominente Personen werden oft um ein Autogramm gebeten. Das gilt auch für Franz Josef Strauß, der in seiner vierzigjährigen politischen Laufbahn abertausende von Autogrammwünschen erfüllte, direkt im persönlichen Kontakt oder brieflich mit Autogrammkarten. Gelegentlich tauchen solche Autogrammkarten in Versteigerungen auf, wie die hier abgedruckte, die vor vier Jahren von einem Münchner Auktionshaus angeboten wurde.

Wir sehen ein Standardfoto des Bundesministers Strauß, das von der Bundesbildstelle stammt. Es ist am linken Rand

schräg unterschrieben mit „Franz Josef Strauß“ und darunter datiert auf „Mai 1962“. Eine typische Autogrammkarte also. Aber oben rechts steht noch etwas, in zwei Zeilen, allerdings nicht in lateinischen Buchstaben, sondern in griechischen: „Ὁ μὴ δαρεῖς ἄνθρωπος οὐ παιδεύεται“. Es handelt sich um ein Zitat des altgriechischen Komödiendichters Menander, das jeder Schüler eines altsprachlichen Gymnasiums damals kannte und das Goethe seiner Autobiographie „Dichtung und Wahrheit“ als Motto vorangestellt hat: „Wer nicht geschunden wird, wird nicht erzogen“. Als bildungspolitisches Programm kann der Satz heute nicht mehr dienen, besonders nicht im wörtlichen Sinn. Das Verb „schinden“ bedeutet im Deutschen (und auch im Alt-

griechischen) ursprünglich „die Haut abziehen“. Übrigens haben schon früher die Gymnasiasten den Vers nicht widerspruchslos hingenommen, sondern uminterpretiert, indem sie ein Wörtchen austauschten und zitierten: „Wer nicht geschunden wird, wird auch erzogen“. Diesen Erziehungsgrundsatz könnte die moderne Pädagogik unterschreiben. Aber es gibt einen öffentlichen Bereich, in dem die alte Fassung „Wer nicht geschunden wird, wird nicht erzogen“ noch uneingeschränkt gilt: Beim Umgang der Medien mit Politikern. Hier herrscht weithin reinste Prügelpädagogik, und Franz Josef Strauß hat dies ausgiebig erfahren. Besonders im Jahre 1962, nicht nur bei der vielgenannten Spiegel-Affäre, die erst im Oktober begann, sondern



Quelle: Hanns-Seidel-Stiftung / Plettenberg

Die Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, Ursula Männle, begrüßt die Gäste der Gedenkfeier in der Allerheiligen-Hofkirche.

auch schon in den Vormonaten. Noch 27 Jahre nach seinem Tod arbeiten sich Journalisten an der Person Strauß gnadenlos ab. Wir erleben dies dieser Tage. Ich würde manchem empfehlen, zuerst einmal die hervorragende Strauß-Biographie von Horst Möller zu lesen, um sich danach erst ein Urteil zu bilden.

Warum schrieb Strauß damals den griechischen Vers auf die Autogrammkarte? Wir wissen es nicht, und auch der Empfänger der Karte ist nicht bekannt. Die Erfahrung, dass einem – bildlich gesprochen – die Haut abgezogen wird, macht nicht nur der Politiker, sondern auch der sprichwörtliche „kleine Mann“. Für das Unrecht an diesen Leuten, für ihre Schicksale, hatte der Politiker Strauß stets ein offenes Ohr, und er half, wo er konnte. Tausende von Deutschen aus der DDR verdanken ihm, dass sie in den 1980er-Jahren in die Bundesrepublik ausreisen konnten. „Ich habe mich“, schreibt er in seinen Erinnerungen, „um jeden einzelnen Fall, der an mich herangetragen wurde, bemüht, meistens mit Erfolg“. Als bayerischer Ministerpräsident hat Strauß stets darauf geachtet, dass die Bürger in den Mühlen der Bürokratie nicht zermahlen werden. „Eingaben“ waren für ihn Chefsache, und er wollte sie am liebsten alle selbst sehen und beantworten. Viele Beamte stöhnten damals – und stöhnen noch heute – unter der sprichwörtlichen „grünen Tinte“ auf den Aktenvermerken, unter den Aufforderungen, endlich was zu tun, und nicht immer nur zu sagen, was nicht geht, sondern was geht. Diese Nähe zum Bürger zeigte er auch als Abgeordneter des Wahlkreises Weilheim, den er 1949 bis 1978 im Bundestag vertrat. In dieser Zeit erreichten Strauß aus seinem Wahlkreis fünfzig- bis sechzigtausend Petitionen – so die vorsichtige Schätzung von Karl Rösch, der in seiner Dissertation

die Wahlkreisarbeit des Bundestagsabgeordneten Strauß untersuchte.

Ein Volksvertreter wie Strauß musste auch Interesse an der politischen Bildungsarbeit haben, konkret an der Hanns-Seidel-Stiftung. Er wusste: Demokratie braucht Demokraten! Bald nach seinem Amtsantritt als Parteivorsitzender setzte er eine Kommission zur Vorbereitung einer Politischen Stiftung ein. Das Ergebnis war die Gründung der Hanns-Seidel-Stiftung. Im Jahre 1967 war sie abgeschlossen. Die Stiftung verdankt Strauß nicht nur ihre Entstehung. Ich beschränke mich auf zwei weitergehende Verdienste: Für die Auslandsarbeit war der Weltpolitiker Franz Josef Strauß ein Türöffner – vor allem in China, in afrikanischen Staaten, in Israel. Shimon Peres sagte einmal: „He helped us when we needed help“. Diese Wertschätzung nutzte natürlich der Stiftungsarbeit. Nach innen geht die heutige Eigenständigkeit der Stiftung auf ihn zurück, genauer auf den berühmten Beschluss von Kreuth 1976. In den Verhandlungen danach war es ihm gelungen, die bisherige Finanzierungspraxis für die Politischen Stiftungen zu verändern. Das Ergebnis war die Unabhängigkeit der Hanns-Seidel-Stiftung in finanzieller Hinsicht. Apropos Kreuth: Dem Vorstand der Stiftung ist die Entscheidung, Wildbad Kreuth als Bildungsstätte nach 40-jähriger erfolgreicher Tätigkeit aufzugeben, sehr schwer gefallen. Aber auch Strauß hätte sagen müssen: „rebus sic stantibus“.

Noch einmal: Die Stiftung verdankt Franz Josef Strauß sehr viel. Auch deshalb hat die Hanns-Seidel-Stiftung ihn in zahlreichen Veranstaltungen in diesem Jahr aus unterschiedlichen Perspektiven gewürdigt. Den Höhepunkt stellt zwei Tage vor seinem 100. Geburtstag diese Gedenkfeier dar. ///



Edmund Stoiber, langjähriger Weggefährte, würdigte in seiner Rede die Person und das Wirken von Franz Josef Strauß.

EDMUND STOIBER /// Wir denken heute an Franz Josef Strauß.

Wir denken in dieser Stunde auch besonders an Markus Sackmann und seine Familie. An einen großartigen Menschen und Kollegen. Und an einen so engagierten Repräsentanten unserer Partei. Vor allem aber denken wir an den leidenschaftlichen Familienvater und an den herzenguten Freund. Unsere Gedanken sind bei ihm, bei seiner Frau und seinen beiden Kindern. Markus, wir trauern um Dich.

Lebensnah, visionär, abwägend, leidenschaftlich, einfühlsam, zupackend, konservativ und an der Spitze des Fortschritts: Das war Franz Josef Strauß, der größte politische Sohn Bayerns im 20. Jahrhundert. Das unterstreicht, hundert

Jahre nach seiner Geburt, die Liebe seiner Anhänger, Verehrer und Freunde. Das unterstreicht, vielleicht sogar noch mehr, der beispiellose, ungebrochene Fanatismus seiner Gegner 27 Jahre nach seinem Tod.

Für mich ist Franz Josef Strauß mein großer politischer Lehrmeister und mein väterlicher Freund. In den letzten 10 Jahren seines Lebens waren wir so gut wie jeden Tag zusammen, zumindest irgendwie in Kontakt. Das ist bekannt. Aber: Er hat mich auch danach nie verlassen. Seit seinem Tod bis zum heutigen Tag teilt seine Büste mit mir das Büro, als Innenminister, als Ministerpräsident und auch jetzt als Ehrenvorsitzender unserer CSU. Zeitweise war er sogar in zweifacher Ausfertigung

bei mir, bis ihn Horst Seehofer in die Staatskanzlei zurückholte. Und natürlich, wenn man buchstäblich so viel zusammensitzt, dann bespricht man auch das Eine oder Andere.

Als in den letzten beiden Wochen, mit Blick auf diesen Geburtstag, die üblen Nachreden immer abenteuerlicher und die Bemerkungen immer niveauloser wurden, sagte ich empört zu ihm: „Franz Josef, bei meiner Geburtstagsrede am 4. September gibt es die notwendige deutliche Erwiderung.“ Doch Franz Josef unterbrach mich sofort und sagte: „Edmund, grab nicht das blonde Fallbeil aus. Nicht in der Rede zum Geburtstag. Tu ihnen nicht den Gefallen.“

Und: Er hat ja Recht. Offenbar fürchten sogar die schmaler gewordenen Nachfahren seiner politischen Konkurrenten noch immer seine politische Potenz. Offenbar gibt es bei seinen Nicht-Freunden eine riesige Angst davor, dass anlässlich des 100. Geburtstages von Franz Josef Strauß seine politischen Leistungen eingehend gewürdigt werden könnten. Seine Leistungen als Begründer der erfolgreichsten Volkspartei Europas. Seine Leistungen als Vater des modernen Bayerns. Seine Leistungen als einer der großen Gestalter Nachkriegsdeutschlands – bis hin zur Wiedervereinigung.

Weil man aber an diesen Leistungen kaum rütteln kann, rüttelt man an der Person. Weil der Inhalt zu stark ist, greift man den Menschen an. „De mortuis nil nisi bene – über die Toten rede nur gut.“ Dafür fehlt manchen in der Politik heute leider das Niveau. Dabei werden Fakten durch Unterstellungen ersetzt, der falsche Verdacht tritt an die Stelle des Beweises. Das war das Muster zu Lebzeiten und das ist das Muster heute.

Ich bin sehr froh, lieber Herr Professor Möller, dass es neben den vielen polemisch-politischen Betrachtungen zu Franz Josef Strauß jetzt auch eine historisch-wissenschaftliche Biographie gibt. Sie hat auch kritische Passagen, aber sie ist nicht voreingenommen. Wer nur seine alten Vorurteile bestätigt sehen will, mag sie übergehen. Aber sie wird sich durchsetzen, weil sie auf Fakten und historischen Quellen beruht. Die Wahrheit bahnt sich ihren Weg.

Franz Josef hat mir bei dem genannten Gespräch übrigens noch etwas verraten. Er sagte zu mir: „Edmund, ich bin ja hier im Paradies, oberste Stufe. Dort sehe ich hin und wieder – eher von weitem – den Rudolf Augstein und den Willy Brandt. Stell Dir vor: Die haben sich bei mir entschuldigt. Sie schämen sich dafür, auf welchem Niveau sich ihre Nachfolger zu meinem 100. Geburtstag äußern. Edmund, ich sagte zu den beiden: ‚Ist schon in Ordnung. Ihr habt ein wesentlich größeres Kreuz mit Euren Nachfolgern, als ich.‘“

Ich spreche heute jedenfalls über das überragende politische Erbe von Franz Josef Strauß. Über den Helmut Schmidt – „Über die Toten rede nur gut“ – heute sagt: „Er hatte das Zeug zum Kanzler.“ Mit niemandem sonst hat sich Franz Josef Strauß so sehr auseinandergesetzt wie mit Helmut Schmidt. Respekt vor dieser menschlichen Größe des Altbundeskanzlers. Helmut Schmidt hat mit einem gesundheitlichen Rückschlag zu kämpfen. Wir wünschen ihm von dieser Stelle aus gute Besserung.

Franz Josef Strauß ist der Vater der Volkspartei CSU. Und er gehört zu den Vätern des erfolgreichen Prinzips Volkspartei im Nachkriegsdeutschland. Die Zersplitterung der Parteienlandschaft in der jungen Weimarer Republik, die Un-

fähigkeit der damaligen Parteien zum Kompromiss und das Überrollen dieser Klientelparteien durch den verbrecherischen Nationalsozialismus haben in Franz Josef Strauß die Überzeugung geprägt: Wir brauchen Parteien, die die Interessen des gesamten Volkes vertreten wollen, die konfessionelle Grenzen überwinden, die unterschiedliche Bevölkerungsschichten miteinander verbinden, die den Ausgleich suchen.

Das Überwinden konfessioneller Grenzen – heute kann man sich diese Herausforderung kaum mehr vorstellen. Deshalb ist das auch ein gutes Beispiel: Man kann damals und heute nicht ohne weiteres vergleichen. Franz Josef Strauß war ein Kind seiner Zeit – was sonst? Natürlich muss man seine Politik immer aus seiner Zeit heraus beurteilen. Wer hätte das Prinzip Volkspartei besser verkörpern können als Strauß selbst? Metzgerssohn und bester Abiturient Bayerns, Landrat und Atomminister, oft Leberkäs und manchmal auch Champagner, geschätzter Gesprächspartner von Haushälterin Käthe, von Kardinal und Professor Joseph Ratzinger und von Golo Mann, Wanderer und Flugzeugpilot, geschichtsbewusster Innovator, ausgleichend und durchsetzungsstark, Bayern im Herzen, Deutschland und Europa im Blick. In Franz Josef Strauß wurde die moderne Volkspartei lebendig.

Doch Vorsicht: Volkspartei à la Strauß – das ist kein konturenloser Mischmasch für alle. Das heißt nicht, einfach möglichst viele Facetten durch Einebnung miteinander zu verbinden. Sondern das heißt, die gesamte Bandbreite der Politik mit klaren Positionen aktiv zu gestalten. Auf die asymmetrische Demobilisierung – das Konzept, mehr Anhänger der politischen Konkurrenten einzuschläfern als eigene – wäre

Franz Josef Strauß sicherlich nicht gekommen. Er war kein wandelnder Kompromiss. Ganz im Gegenteil, er sprach die unterschiedlichen Gruppen der Bevölkerung unmittelbar und deutlich an. Die Bauern wussten genauso wie die Professoren: Er versteht uns, unsere ganz speziellen Bedürfnisse. Und dann, wenn es darauf ankommt, ist er für uns da.

Volkspartei à la Strauß muss nicht nur gute Sachargumente haben. Sie muss auch emotionale Heimat bieten. Parlamentarische Demokratie lebt auch vom leidenschaftlichen Meinungsstreit. Franz Josef Strauß war kein Politikautomat. Seine Leidenschaft war legendär, sie war ansteckend und übertrug sich auf seine Anhänger. Ja, er hatte erbitterte Gegner. Aber viel mehr hatte er begeisterte Unterstützer. Emotionen schaffen eine stärkere Bindung, als der reine Pragmatismus es vermag. Sie tun unserer Demokratie gut, denn nicht alle können oder wollen sich intensiv inhaltlich mit Politik beschäftigen. Auch diese Mitbürger müssen politisch und demokratisch erreicht werden. Es hat schon Gründe, dass Wahlbeteiligungen früherer Zeiten von an die 90 % bereits seit Jahren nicht mehr möglich sind. Der Name Strauß steht für Politik mit Verstand – und mit Herz.

Wahlbeteiligungen von 50 % und das Verlieren bestimmter Schichten bringen Politik in Gefahr, eine Angelegenheit von Eliten zu werden. Aber Demokratie ist kein Eliteprojekt. Sie verlangt die Einbindung des ganzen Volkes.

Dem Volk auf's Maul schauen, aber ihm nicht nach dem Munde reden – wie viel zitiert ist diese politische Handlungsanweisung von Franz Josef Strauß. Aber wie so oft im Leben: Sie ist leichter

gesagt, als getan. Im Grunde bringt Strauß hier unnachahmlich das Spannungsfeld, das permanente Dilemma der Politik auf den Punkt: Einführung der Bundeswehr als Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der NATO, Klage gegen den Grundlagenvertrag mit der DDR, Bau des heute nach ihm benannten neuen Münchner Flughafens – es gibt politische Leitentscheidungen, bei denen ein gewählter Volksvertreter mutig vorangehen muss, die er vor dem Volk vertreten und verantworten muss, zur Not gegen den politischen Mainstream. Die dann zu seiner Bilanz gehören und über die beim nächsten Urnengang abgestimmt wird. Das ist die repräsentative Demokratie, so wie Franz Josef Strauß sie verstand. Seither ist diese Herausforderung für Politiker bei bedeutenden Grundsatzentscheidungen noch größer geworden, angesichts permanenter Meinungsumfragen und Online-Votings. Aber sie bleibt.

Doch richtig ist natürlich auch: Das allein ist kein Regierungsprinzip, das kann man nicht immer so machen. Volkspartei à la Strauß heißt genauso, sich permanent zu prüfen: Drückt die Politik die Befindlichkeiten der großen Mehrheit der Bevölkerung eigentlich noch aus? Oder umgibt sie sich mit der Tabuzone einer Political Correctness, die sie von der Lebenswirklichkeit der Bürger trennt?

Oft und gerade in diesem Jahr des 100. Geburtstags werde ich gefragt: Wäre ein Franz Josef Strauß heute so überhaupt noch denkbar? Meine Antwort ist: Ja. Natürlich wäre er intelligent genug, sich auf unsere Zeit einzustellen. Aber auch heute würde er politische Tabuzonen nicht einfach so akzeptieren.

Das Grundrecht auf Asyl und die Genfer Flüchtlingskonvention waren für

die Generation, die die Verbrechen der Nationalsozialisten hautnah erlebt und erlitten hat, eine große, eine überragende Errungenschaft. Franz Josef Strauß wäre stolz darauf, mit welchem Engagement Flüchtlinge in Deutschland und ganz besonders in Bayern empfangen werden. Aber mit Sicherheit würde Franz Josef Strauß auch heute die Frage stellen: Wie viele Menschen aus anderen Sprach- und Kulturkreisen, die nicht politisch verfolgt sind, kann unser Land aufnehmen und integrieren? Was können wir leisten, was wollen wir leisten und was müssen wir tun, um auch in Zukunft ein starkes und zugleich humanes Land zu bleiben? Lasst uns endlich auch darüber reden.

Viele Länder in Europa, von Großbritannien bis Polen, von Dänemark bis Lettland, von Italien bis zur Slowakei, stellen heute die Frage: Wie viel Fremdheit verträgt ein Land? Die Antworten sind sehr unterschiedlich, zum Teil sehr harsch in unseren Augen, zum Teil auch nicht akzeptabel. Noch gibt es dazu keine europäische Gipfeldiskussion, geschweige denn eine Antwort. Das ist die große Herausforderung für die Wertegemeinschaft Europa in der Zukunft. Wir brauchen ein gemeinsam akzeptiertes und wirksames europäisches Asylrecht, wir brauchen gemeinsame europäische Standards.

Volkspartei à la Strauß heißt, diese Diskussionen zu führen und auch über den Tellerrand zu blicken: Was sind zum Beispiel die Fluchtursachen für Millionen junge Afrikaner, aus welchen Ländern kommen sie? Suchen wir, suchen die Europäer die Auseinandersetzung mit afrikanischen Potentaten und Gewaltherrschern, die ihre Länder ausbeuten und ausbluten? Tut die zivilisierte Welt genug, um der bar-



Bis auf den letzten Platz war die Allerheiligen-Hofkirche in München gefüllt, wo anlässlich seines 100. Geburtstages dem großen Staatsmann und Politiker Franz Josef Strauß gedacht wurde.

barischen Welt entgegenzutreten? Diese Debatte brauchen wir in der Europäischen Union.

Franz Josef Strauß würde diese Diskussionen nicht auf die – beeindruckende – Willkommenskultur reduzieren, sondern auch die Fluchtursachen offensiv ansprechen. Afrika, Naher Osten, westlicher Balkan, Ukraine, und, und, und. Wir stehen vor einem Zeitalter der Völkerwanderung und Europa ist das große Ziel. Eine Volkspartei muss diese Themen aufgreifen. Horst Seehofer, die CSU tun das – nicht nur für Bayern, auch für Deutschland. Denn das Erbe von Franz Josef Strauß ist es, als regio-

nal begrenzte Partei mit bundesweitem und europäischem Anspruch Politik über Bayern hinaus zu gestalten. Als die Regierungspartei des stärksten deutschen Landes bestimmten Werten in unserer Bundesrepublik eine deutlich vernehmbare Stimme zu geben: Leistung und Anstrengung, Solidarität für die Schwachen durch Fordern und Fördern, Innovation und Fortschritt, Familie und Kinder, innere und äußere Sicherheit, Wachstum und solide Finanzen. Und zu diesem Erbe gehört es, als kleinere, aber erfolgreiche und homogene Schwester der stabile Pfeiler der Unionsparteien zu sein.

Franz Josef Strauß war ein politisches Vollblut. Er hat nicht nur parteipolitisch, sondern vor allem auch staatspolitisch gedacht. Deshalb ist auch nicht in erster Linie das Parteiwohl, sondern das Staatswohl der Hintergrund seines großen Satzes, gesprochen nach der Landtagswahl 1986 und 3 % für die Republikaner: „Rechts von der CSU darf es keine demokratisch legitimierte politische Kraft in Deutschland geben“.

Ich habe es beim Politischen Aschermittwoch gesagt und ich wiederhole es sehr bewusst heute in der Allerheiligenhofkirche: Es ist eine Riesenleistung von Franz Josef Strauß und der CSU, dass sich bis zum heutigen Tag keine Rechtspartei dauerhaft in der Bundesrepublik Deutschland etablieren konnte. Auch und gerade das gehört zu den Aufgaben einer Volkspartei. Es zählt für mich zu den Absurditäten des Politikbetriebs, dass die CSU dafür immer wieder kritisiert wird, zum Teil sogar aus unserer Schwesterpartei. Diesen Kritikern in anderen Parteien oder unter den großen Leitartiklern kann ich nur zurufen: Wollt Ihr Verhältnisse wie mit Front National in Frankreich oder UKIP in Großbritannien. Wollt Ihr eine Madame le Pen in Deutschland?

Es gibt Menschen, die auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und Positionen haben, die in unserer Gesellschaft heute schon als rechts gelten. Für die die Nation eine emotionale Bedeutung hat, die auf einen starken Rechtsstaat setzen, die die traditionelle Familie hochhalten. Sollen diese Menschen nicht mehr aus dem demokratischen Spektrum heraus angesprochen werden? Ist es besser, sie gehen nicht mehr zur Wahl oder sie wenden sich einer Rechtspartei zu?

Wer hat die Republikaner aufs Korn genommen und zu einer Episode ge-

macht? Das war das Verdienst der CSU. Das Erbe von Franz Josef Strauß ist auch diese Integrationsaufgabe Mitte-Rechts im demokratischen Spektrum. Dieser Auftrag, diese Verpflichtung – sie bleibt.

Bayern ist meine Heimat. Franz Josef Strauß ist der Vater des modernen Bayern. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, wird das gerne relativiert, nach dem Motto: Das stimmt schon irgendwie, aber Bayern hatte natürlich nach dem Zweiten Weltkrieg ganz hervorragende Startbedingungen. Es ist schon etwas abenteuerlich, dass ausgerechnet der Tabellenletzte – das war Bayern nämlich damals in Deutschland – die besten Startbedingungen gehabt haben soll. Es bleibt dabei: Franz Josef Strauß hat den Weg des Tabellenletzten Bayern an die Spitze eingeleitet und geprägt. Er hat die Chancen Bayerns erkannt und ergriffen, als sie nicht so offensichtlich waren, wie sie heute im Rückblick dargestellt werden.

Das beginnt sehr früh mit dem Eintreten für die Soziale Marktwirtschaft im Frankfurter Wirtschaftsrat an der Seite Ludwig Erhards. Heute erscheint das als völlig klar. Damals, in den Zeiten einer Mangel- und Nachkriegswirtschaft, war das überhaupt nicht klar. Diese Haltung erforderte wirtschaftlichen Sachverstand, Weitsicht und Mut. Felix Bavaria, dass Franz Josef Strauß davon im Übermaß besaß.

Bayern hat sich vom Armenhaus der Republik zu einem ganz besonders attraktiven und erfolgreichen Teil Deutschlands entwickelt. Die Ära Franz Josef Strauß – 27 Jahre Vorsitzender der regierenden Partei, 12 Jahre Bundesminister, 10 Jahre Ministerpräsident – war dafür entscheidend und wirkt bis heute nach. Er hat uns eingehämmert, dass der Rohstoff Geist, dass Bildung, Wis-

senschaft, Forschung und Technik entscheidend für die Stellung eines Landes im heraufziehenden internationalen Wettbewerb sind. Er hat die Globalisierung vorausgedacht und das Agrarland Bayern frühzeitig zu einem modernen Industrieland geformt. Die Luft- und Raumfahrtindustrie bildete für ihn einen Schlüssel, deshalb förderte er sie besonders stark. Airbus gäbe es ohne Franz Josef Strauß nicht – ein politisch initiiertes europäisches Gegengewicht zum amerikanischen Monopolisten Boeing, in einer absoluten Zukunftsindustrie. Wie hätte Strauß heute auf die US-Internetgiganten reagiert?

Einen modernen internationalen Flughafen in Bayern gäbe es ohne Franz Josef Strauß nicht. Das war auch damals nicht leicht. Wahlkampf in Freising, Strauß spricht vor zehntausend Leuten: Erste Halbzeit Weltpolitik: Beifall und Jubel. Zweite Halbzeit Notwendigkeit eines neuen Flughafens: Pfiffe und Buh-Rufe. Strauß hat sich der Diskussion gestellt. Ohne dieses Drehkreuz des modernen Luftverkehrs wäre Bayern nicht die erfolgreichste Region Europas. Ich wiederhole mich an dieser Stelle gerne. Selten war ein Name so gut gewählt wie der des Flughafens München II: Franz Josef Strauß. Welche Ignoranz und politische Einfältigkeit, dies in Frage zu stellen.

Der Aufstieg Bayerns war kein Selbstläufer. Ja: Preiswerte Energie spielte dabei eine große Rolle. Auch das erkannte Franz Josef Strauß früher als andere. Wobei es schon interessant ist, dass der Atomminister Strauß den SPD-Vorsitzenden Ollenhauer in seiner Euphorie für die friedliche Nutzung der Kernenergie gar nicht erreichen konnte.

Man kann den Aufstieg Bayerns nicht von der friedlichen Nutzung der

Kernenergie trennen, die in den ersten Jahrzehnten von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen war. Spätestens mit Fukushima haben sich die Kenntnisse und die gesellschaftliche Realität verändert. Das ändert aber überhaupt nichts daran, dass unter den damaligen Gegebenheiten die Entscheidungen richtig waren. Die Verpflichtung heute ist es, unter den jetzigen Bedingungen die Weichen für Bayern wiederum auf Erfolg zu stellen. Und mit Weichen kennst Du Dich als Eisenbahnliebhaber ja bestens aus, lieber Horst.

Deutschland ist mein Vaterland. Franz Josef Strauß war ein deutscher Politiker. Niemals war er ein Separatist. Die Welt war für ihn in Bayern nicht zu Ende. Bayern hatte er im Herzen, aber Deutschland stets im Blick. So war er an allen großen Leitentscheidungen der Bundesrepublik Deutschland beteiligt. Er hat als Bundesverteidigungsminister die Bundeswehr erfolgreich aufgebaut und die Integration Deutschlands in der NATO ebenso wie das Verhältnis zu Israel ganz wesentlich geprägt und mitgestaltet. Er hat die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Vorläuferin der heutigen EU, politisch unterstützt. Als Bundesfinanzminister hat er 1969 einen Bundeshaushalt ohne neue Schulden vorgelegt, den letzten seiner Art für sage und schreibe 45 Jahre.

Historisch sind die Leistungen von Franz Josef Strauß für die Wiedervereinigung. Zur Not müssen die Bayern die letzten Preußen sein. Nach dieser Maxime hat er gehandelt. Der Gang vor das Bundesverfassungsgericht 1972 gegen den sogenannten Grundlagenvertrag erfolgte gegen alle führenden Politiker in Deutschland und gegen die gesamte internationale öffentliche Meinung. Das waren wohl seine einsamsten politischen

Stunden. Aber das Urteil, das Franz Josef Strauß erkämpfte, wies die Zweistaatentheorie zurück und machte deutlich: Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit. Das war die Grundlage dafür, dass Ungarn 1989 den deutschen Landsleuten in der DDR den Weg in die Freiheit legal ermöglichen konnte.

Geradezu grotesk und politisch unterbelichtet sind manche Äußerungen zum sogenannten Milliardenkredit. Die DDR war pleite. Aber die Sowjetunion war längst nicht so weit, sie aus dem Ostblock zu entlassen. Strauß strategische Überlegung war, die DDR enger an den Geldkreislauf des Westens zu binden und dafür Stück für Stück größere Freiheiten zu erwirken. Diese Strategie ging auf. Unzählige DDR-Bürger haben es Franz Josef Strauß gedankt. Der Milliardenkredit war – übrigens in Abstimmung mit Helmut Kohl – einer der Sargnägel für die DDR.

Es ist für mich schon ein Wink des Schicksals, dass der Todestag von Franz Josef Strauß, der 3. Oktober, heute der Tag der Deutschen Einheit ist. Für mich ist das ganz besonders auch sein Feiertag.

Europa ist unsere Zukunft. Franz Josef Strauß war weit vor vielen anderen klar: In einer zusammenwachsenden Welt müssen Bayern und Deutschland aktive Teile einer europäischen Gemeinschaft sein, wenn wir unsere Vorstellungen von Frieden, Freiheit, Wohlstand und Menschenrechten in der Welt verteidigen wollen. Strauß war einer der führenden Außenpolitiker der Bundesrepublik Deutschland. Die Türen öffneten sich für ihn auf der ganzen Welt. Nicht wegen protokollarischer Verpflichtungen, sondern weil weltweit Staatsoberhäupter von diesem kraftstrotzenden, hoch intelligenten Politiker fasziniert waren.

Mao Tse Tung will Franz Josef Strauß treffen. Beide tauschen sich über zwei Stunden über die Weltlage aus. Diese Nachricht war 1975 eine Sensation. Sein mehrstündiges Gespräch mit Michail Gorbatschow im Jahr 1987 ist längst legendär. Theo, Gerold, Wilfried, Franz Georg und ich haben oft vom legendären Flug nach Moskau erzählt. Wir haben ihn überlebt [...]

Ich entschuldige mich an dieser Stelle bei allen Kritikern und Strauß-Gegnern: Ich lobe zu viel. Ich kritisiere zu wenig. Aber was soll ich machen? Franz Josef Strauß war 27 Jahre lang Vorsitzender der Partei, die in all diesen Jahren mit überragenden Wahlergebnissen Bayern regiert hat. Er war 10 Jahre Ministerpräsident des Landes, das sich unbestritten einzigartig positiv entwickelt hat. Wie sagt man heute: Die Vorteile überwiegen die Nachteile – und zwar bei weitem.

Natürlich gab es auch Rückschläge, an erster Stelle die sogenannte „Spiegel“-Affäre. Nach Jahrzehnten hat der Historiker Professor Möller jetzt eine akribische Darstellung gegeben, die ich hier nicht wiederholen kann. Es wäre für Franz Josef Strauß sicherlich eine große Genugtuung gewesen, dass der „Spiegel“ selbst unter dem wunderbaren Titel „Die spinnen, die Bayern“ feststellt: Er hat die Ermittlungen wegen Landesverrats nicht in Gang gesetzt. Und er hat das Parlament nicht belogen. Über 50 Jahre lang hat der Spiegel genau diese zwei großen Vorwürfe erhoben: Lüge und Amtsmissbrauch. Nur zu gerne wurden sie abgeschrieben und nacherzählt. Jetzt sind diese Vorwürfe vom Historiker widerlegt und vom Spiegel zurückgenommen. Insofern ist eine Forderung aus der bayerischen Opposition berechtigt: Die CSU-Geschichte muss hier umgeschrieben werden.

Klar bleibt, dass Franz Josef Strauß erleben musste: Man kann in der Politik nicht nur über einen tatsächlichen Fehltritt zu Fall kommen. Man kann auch über Skandalisierungen und über den Umgang mit Vorwürfen stürzen. Aber – das galt jedenfalls für Strauß: Man kann, wenn man stark genug ist, auch wieder aufstehen.

Franz Josef Strauß wird in diesen Tagen gezeichnet und verzeichnet von Leuten, die ihn gar nicht kannten. Ich kannte ihn. Viele von Ihnen hier in der Allerheiligenhofkirche kannten ihn. Viele im Volk kannten ihn. Ja, er konnte scharfzüngig polemisieren und Politik kompromisslos vertreten. Aber vor allem hatte er ein riesiges Herz, vor allem für die sogenannten kleinen Leute. Ja, er verlangte viel von seinen Mitstreitern. Aber vor allem war er ein herzlicher, niemals nachtragender Chef. Ja, er konnte feiern, keine Frage. Aber vor allem konnte er arbeiten.

Ich bin weder Heiliger noch Dämon – das sagte er über sich selbst. Bayern, Deutschland und Europa hat er seinen Stempel aufgedrückt. Seine Politik wirkt weit über seine Zeit hinaus. Nur in Ansätzen ist sie in einer solchen Rede zu würdigen.

Dankbar rückwärts, mutig vorwärts, gläubig aufwärts – Franz Josef, Du bist uns vorausgegangen – von der Vorstufe in Bayern direkt hinein ins Paradies. Wir grüßen aufwärts, wir feiern Dich und verneigen uns vor Dir. ///



Glück, Alois / Frank, Joachim: *Anpacken statt Aussteigen. Der Auftrag der Christen in unserer Welt.* Freiburg u. a.: Verlag Herder 2015, 192 Seiten, € 19,99.

/// Aufbruch als Antwort auf Umbruch

ALS CHRIST DEN WANDEL GESTALTEN

Wenn Alois Glück spricht, hört man zu. Diese Aufmerksamkeit entspringt zum einen dem Umstand, dass da einer etwas zu sagen hat, weil er in einem ernsthaften Leben so vieles durchlebt, durchlitten und vor allem gestaltet hat, dass solche Erfahrung schwergewichtig zählt. Zum anderen aber ist das Gefühl bezeichnend, dass Alois Glück immer ehrlich mit sich selbst umgegangen ist, dass Reden und Handeln nie zweierlei waren.

Das ist auch, sagt Glück in seinem Buch, das wichtigste und schwierigste Element für die Entwicklung als Führungskraft: „der Weg zu sich selbst, die Selbsterkenntnis und die Auseinandersetzung mit der eigenen Wirklichkeit, das Annehmen von Grenzen, der dunklen Seiten und das Entdecken der eigenen Möglichkeiten“.

Und Führungskraft ist Glück eigentlich immer gewesen – im elterlichen

Bauernhof, in der katholischen Jugendarbeit, in seinen vielfältigen politischen Ämtern, als Präsident des Zentralkomitees der Katholiken. Zu keiner Zeit war dabei sein christlicher Glaube abwesend. Er hat ihn nicht nur für sich geliebt, sondern er hat Christsein immer begriffen als Aufforderung, sich in der Gesellschaft zu engagieren und sie so zu gestalten, wie es christlicher Überzeugung entspricht: mit einem zur Freiheit berufenen Menschen, dem seine Würde nie abgesprochen werden darf.

Diese Pflicht des Christen zum Engagement hat dem Buch den Titel gegeben: „Anpacken statt Aussteigen“, und dies auch in einer Zeit, die dem Christentum nicht freundlich gesonnen scheint. Nach innen blutet die katholische Kirche aus, weil sie sich mit Antworten auf die Lebensformen unserer Zeit so schwer tut, weil sie Lebenswirklichkeiten ihrer Gläubigen nicht respektiert und weil sie den Priesterberuf mit Bedingungen versieht, die heute immer weniger akzeptieren wollen.

Weil aber Priester fehlen, werden Gemeinden geschlossen. Das führt zur Verarmung des katholisch-vorpolitischen Raums: Die Kirche hat sich in einen selbstverordneten Rückzug gegeben, in dem nun die Laien retten sollen, was zu retten ist. Die Kritik, die Alois Glück in seinem Buch an diesen Umständen äußert, bleibt verhalten und vornehm, wie es so seine Art ist.

Auch Kirche versteht Alois Glück als einen Raum für Ringen um Wahrheit, in dem sich die kirchliche Lehre den Anforderungen der jeweiligen Zeit stellen muss. Dogmatik hat da wenig Platz, und nicht von ungefähr empfindet Glück das zweite Vatikanum als frische Luft für die Kirche – und den gegenwärtigen Papst als einen lebensna-

hen Mann mit den richtigen Fragen, als einen „Pionier der angstfreien Kommunikation“.

Fundamentalistischer Streit um theologische Positionen – ein beliebter Sport in rebus catholicis – liegt Glück gar nicht. Mit Schrecken hat er – etwa im Streit um die Schwangerschaftskonfliktberatung oder die Präimplantationsdiagnostik – die geringschätzigen Aburteilungen vernommen, die beispielsweise vom damaligen Kölner Kardinal Meisner ausgingen: Wer diese oder jene seiner Positionen nicht teile, könne nicht mehr katholisch sein oder: Der ganzen CDU/CSU solle man das C im Namen entziehen.

Dem lag ein schon damals vergangenes Gesellschaftsbild zugrunde, das milieugebunden war, in dem Kirche, Frauen, Männer feste Rollen einnahmen und die Geistlichkeit sich mit den Mächtigen verbündet hatte. Aber „in dem Maß, wie sich allgemeine Milieubindungen und Orientierungen an Autoritäten auflösten, lösten sich auch das kirchliche Milieu und die Kirchenbindungen auf“. Und es sei „gerade die beschriebene Art der Verkündigung, diese spezifische Art von Glaube und Kirche, eine ganz wesentliche Ursache für die heutige Glaubens- und Kirchenkrise“.

Aber: Ein selbstbewusster Laienkatholizismus und auch die Politik widerstanden, „donum vitae“ gibt es bis heute, auch sonst wurde klar: Die Stellung der Kirche in der pluralen Gesellschaft hat sich geändert. „Viele empfinden den Verlust kirchlichen Einflusses auf die Lebensgestaltung des Einzelnen, auf die Entwicklungen in der Gesellschaft und auf politische Entscheidungen als eine einzigartige dramatische Verlustgeschichte. Das ist nur schwer zu verkraften“, schreibt Glück.

Sich in den Schollwinkel zurückzuziehen – das aber ist die Sache Alois Glücks nicht, und das rät er auch keinem Christen. „Die Tragik des bloßen Erduldens liegt immer darin, dass es die Kräfte schwinden lässt, die notwendig wären, um den Wandel zu gestalten. Das Erleiden ist der Weg der Selbstlähmung und des Selbstmitleids.“

Das Buch ist als Gespräch angelegt, in dem der Publizist Joachim Frank nicht nur kundige und wohl bedachte Fragen stellt, sondern auch Gesprächspartner ist. Es schlägt einen weiten Bogen, und man darf das Werk als eine Zusammenfassung der Lebenserfahrungen Alois Glücks verstehen. Er beschreibt den Weg der Kirche, er fordert die Mitgestaltung der Gesellschaft durch aktive und mutige Christen, er diskutiert das „Aggiornamento“, also den Ort der Kirche in der Welt, er prüft das Maß an christlicher Religion, das eine Gesellschaft braucht, er denkt über die Rolle des Islam nach, er bespricht das Verhältnis von stärker werdenden Laien zum schwächeren Klerus, er benennt den Wandel der Werte und die Unantastbarkeit der Menschenwürde.

Dies ist ein kluges, ein von christlicher Lebenserfahrung gesättigtes Buch. Lesen sollten es vor allem auch junge Menschen, gerade jene, denen ihre Kirche gleichgültig zu werden droht und die glauben, die Gesellschaft gestalte sich schon von selbst. Für sie hält Alois Glück alle Anregungen für ein ernsthaft bedachtes und gelingendes Leben bereit.

MICHAEL RUTZ

**Rösch, Karl: Franz Josef
Strauß – Bundestagsabgeord-
neter im Wahlkreis Weilheim
1949-1978. München:
Herbert Utz Verlag 2014,
614 Seiten, € 49,00.**



Franz Josef Strauß hat wie kaum ein zweiter deutscher Spitzenpolitiker sowohl die Geschichte eines Bundeslandes als auch der Bundesrepublik Deutschland selbst über mehr als vier Jahrzehnte entscheidend geprägt, und zwar als Bundesminister in vier Ressorts, als Ministerpräsident und nicht zuletzt als Parteivorsitzender. Seine politische Kompetenz, Durchschlagskraft sowie seine Bereitschaft, in nahezu allen Bereichen auch an das Limit zu gehen, sind legendär und führten geradezu zwangsläufig dazu, dass er zu den umstrittensten Politikern der deutschen Geschichte zählt. Neben Konrad Adenauer und Helmut Kohl gehört der CSU-Titan zu den für einen wissenschaftlich motivierten Biographen interessantesten, aber zugleich diffizilsten Unionspolitikern. Vielleicht dauerte es deswegen solange, bis die erste, wissenschaftlichen Ansprüchen genügende politische Biographie über den Staatsmann Franz Josef Strauß (Möller, Horst: Franz Josef Strauß. Herrscher und Rebell. München, Berlin, Zürich 2015) erschien. Von wenigen kleinen wissenschaftlichen Beiträgen abgesehen, erschienen bis dato ausschließlich Klischees bedienende, bar jeglicher Archivstudien gezeichnete Lebensbilder bzw. reine Schmähchriften.

Anders als etwa die Adenauer-Biographen Hans-Peter Schwarz und Henning Köhler ist Horst Möller allerdings kein Vertreter der klassischen Politikgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Seine wissenschaftlichen Schwerpunkte lagen bis dato in anderen Epochen. Horst Möller konzentriert sich in seiner großen Strauß-Biographie ganz auf den Bundespolitiker Strauß und lässt auch deswegen noch viele Fragen zum Politiker Franz Josef Strauß offen. Zumindest einige beantwortet die vom Münchner Landeshistoriker Prof. Dr. Ferdinand Kramer betreute Dissertation von Karl Rösch, die Franz Josef Strauß' politisches Leben auf seine Tätigkeit als Wahlkreisabgeordneter fokussiert beschreibt. Diese Funktion übte Strauß immerhin von 1949 bis 1978 mittels Direktmandat aus.

Über sein Wirken für den Weilheimer Bundeswahlkreis findet sich auch in Strauß' posthum 1989 erschienenen, Fragment gebliebenen „Erinnerungen“ nur sehr wenig. Insofern ist Karl Röschs Detailstudie eine absolute Pionierarbeit, die auf einer sehr breiten, nicht einfach zu erschließenden, aber im Ergebnis sehr sorgfältig ausgewerteten Quellenbasis beruht. Überraschende Ergebnisse kann Rösch zwar nicht bieten – Strauß' Singularität wird weder in Frage gestellt noch zusätzlich belegt. Aber doch manches an diesem wirkungsmächtigen Politiker wird ein wenig „normaler“. Wer sich vom „Seminararbeitsstil“ nicht entmutigen lässt, wird mit einigen interessanten neuen Details über den Politiker und Menschen Franz Josef Strauß belohnt.

Zwar fehlen im sehr knapp gehaltenen biographischen Abriss von Strauß' Werdegang vor seinem Einzug in den Bundestag viele, den späteren CSU-

Chef charakterisierende Details wie die seine Persönlichkeit prägende Zeit an der Universität bei Prof. Dr. Walter Otto. Ebenso wenig gelingt es Rösch, die Wechselwirkungen von Wahlkreispolitik und großer Politik aufzuzeigen, weil vieles hier zu vage bleibt oder im Kern nicht erfasst wird, wie die beiläufige Erwähnung des Konflikts mit Karl Theodor zu Gutenberg belegen mag. Im angesprochenen Referat wird es zwar um den künftigen Koalitionskurs der Unionsparteien gegangen sein, hinter dem Konflikt Strauß-Gutenberg in den Jahren 1962/63 verbirgt sich aber etwas ganz anderes, nämlich eine der schärfsten innerparteilichen Auseinandersetzungen innerhalb der CSU. Damit soll es aber mit den wenigen Kritikpunkten gut sein.

Mit Kapitel 8 „Personen im Wahlkreisumfeld“ beginnen die Erträge von Röschs akribischer Forschungsarbeit. Erstmals werden in einer Publikation über den langjährigen CSU-Chef wichtige Personen im Umfeld von Strauß ausführlich gewürdigt, allen voran sein Statthalter im Wahlkreis und persönlicher Freund Alfred Cieslak, dessen Trauzeuge Franz Josef Strauß sicher nicht von ungefähr war. Um seine Bedeutung als Vertrauensperson für Strauß weiß jeder, der einen politischen Nachlass eines Weggeführten des Bundespolitikers Strauß durchgesehen hat. Cieslak pflegte nicht nur sorgfältig das Netzwerk bzw. „Wurzelgeflecht“ (Strauß) an wichtigen Persönlichkeiten im Wahlkreis, das Strauß karteimäßig aufbaute, sondern unterhielt auch weit darüber hinaus wichtige Verbindungen. Chefberater war Cieslak indes nie. Strauß hatte allenfalls Ratgeber, auch viele zweifelhafte, weil Menschenkenntnis offenbar eine der wenigen dauerhaften Schwächen von Strauß war.

Von den politischen Gegnern im Wahlkreis, mit denen Strauß vor allem in der Anfangszeit erbitterte Wahlkämpfe foht, stellt Rösch Max Klotz (Bayernpartei) und Alfons Bayerl (SPD) vor. Dass der SPD-Mann Bayerl im Gegensatz zu Strauß NSDAP-Mitglied war und so der SPD ein ansonsten bewährtes „Spielfeld“ mit dem politischen Gegner in Wahlkampfzeiten „vermint“ war, thematisiert Rösch leider nicht. Der Wert der Arbeit liegt dennoch im soliden Handwerk, das mit einer guten Beschreibung der Quellenlage beginnt. Rösch versäumt nicht auf Probleme und Schwierigkeiten zu verweisen, etwa auf viele Schnittmengen, z. B. mit den Beständen der verschiedenen Ministerien, die Strauß führte.

Erstaunen muss der Befund Röschs, dass Strauß' Aufstieg als Bundespolitiker, etwa seine Ernennung zum Bundesminister für besondere Aufgaben im Jahr 1953, „ohne Widerhall in der Presse seines Wahlkreises“ blieb, ebenso wie wenig Strauß in seinen Ministerämtern für seine Heimat direkt bewirkte. Im Oktober 1955 wurde er dann Atomminister. „Der erste bundesrepublikanische Forschungsreaktor in Garching“ war aber das einzige zählbare Ergebnis für Bayern, welches Rösch Strauß' direktem Zutun zuordnen konnte. Überhaupt überrascht Röschs Fazit diesbezüglich, nämlich dass entgegen vorheriger Zusicherung seitens des Mandatsträgers „es nur wenige lokale Hinweise auf Einflussnahmen zugunsten des Wahlkreises“ gibt.

Trotz seiner wenigen Verweise auf die Wechselwirkung von Wahlkreisabgeordnetem und Bundespolitiker gelingt es Rösch schließlich überzeugend nachzuweisen, wie wichtig Franz Josef Strauß sein Direktmandat auch in Zei-

ten stärkster bundespolitischer Belastung stets war. Daran änderte auch die vergleichsweise geringere Präsenz im Wahlkreis in jenen Jahren nichts. Nie kam Strauß der Gedanke, einem Fritz Erler gleich auf das Direktmandat zu verzichten, um sich ganz der hohen Politik widmen zu können. Schließlich zeigt Rösch an Strauß' Wahlkreisarbeit viele frühe Tugenden auf, die dem „großen“ Strauß später von unermesslichem Nutzen waren, und leistet insgesamt einen wichtigen Beitrag zu einem sachlichen und schärfer kontrastierten Bild des Politikers Franz Josef Strauß.

ULRICH WIRZ

Hanne, Olivier / Flichy de la Neuville, Thomas: *Der Islamische Staat. Anatomie des Neuen Kalifats*. Berlin: Vergangenheitsverlag 2015, 180 Seiten, € 9,90.



Nach seiner blitzartigen Ausbreitung im Nordirak im Sommer 2014 und der Ausrufung eines Islamischen Kalifats ist der selbsternannte Islamische Staat (IS) inzwischen zum Inbegriff des international agierenden militanten Islamismus avanciert. Mit dem hier anzuzeigenden Buch unternehmen die beiden französischen Islamismus-Experten Thomas Flichy de la Neuville von der Eliteuniversität l'Ecole Spéciale Militaire de Saint-Cyr und Olivier Hanne von der Universität d'Aix-Marseille erfolgreich

den Versuch, das komplexe Phänomen IS historisch und geopolitisch einzuordnen und auf dieser Basis eine vorsichtige Prognose zu wagen, wie sich die weitere Entwicklung gestalten könnte.

Dass das grenzüberschreitende Islamische Kalifat „nicht aus dem Nichts entstanden“ (S. 13), sondern das Ergebnis einer ganzen Reihe klar auszumachender Faktoren ist, thematisiert das erste Kapitel. Die Autoren benennen die willkürlichen Grenzziehungen des Sykes-Picot-Abkommens ebenso wie die laizistischen Bestrebungen der Baath-Partei und opportunistisches Stammesdenken, den seit Jahrhunderten schwelenden Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten ebenso wie die Folgen der amerikanisch-britischen Intervention von 2003 und das faktische Scheitern der beiden moribunden Staaten Irak und Syrien. All dies wird als „Nährboden für die Ausbreitung des religiösen Extremismus unter den Sunniten“ (S. 25) klar herausgearbeitet, der nach mehreren Entwicklungsstufen 2013 dann unter der Führung von Abu Bakr al-Baghdadi in der Gruppierung Islamischer Staat im Irak und in Syrien (ISIS, Da'ish) eine starke Konzentration erfuhr. Die anschließenden militärischen Erfolge führten nicht nur zu einem anschwellenden Zustrom jihadistischer Kämpfer, sondern am 29. Juni 2014 zur Ausrufung eines Kalifats sowie zur Umbenennung der Organisation und ihres Territoriums in Islamischer Staat. Mit diesen Schritten ist der IS für die Autoren nicht nur endgültig zu einer „unumgänglichen Tatsache“ geworden, sondern durch die Ausweitung der „Kampfzone auf die westliche Welt“ auch zu einem „globalen Problem“ (S. 46).

Dieses Islamische Kalifat, das die postkolonialen Grenzen gesprengt hat

und heute „die Grundlagen eines Proto-staates mit eigener Verwaltung, eigener Bevölkerung, eigenem Territorium, eigener Ideologie und eigenen repressiven Methoden“ (S. 49) aufweist, nimmt das zweite Kapitel näher in den Blick. Konzise legen die Autoren dar, dass die Wiederbelebung des Kalifentitels keineswegs nur eine historische Reminiszenz, sondern ein „politisches Aktionsprogramm samt religiöser Legitimation“ (S. 53) darstellt. Die historische Tragweite dieses „emotionalen Donnerschlags“ (S. 11), der an den Untergang des Kalifats von Bagdad im Jahr 1258 anknüpft und für einen Teil der arabisch-sunnitischen Welt nun „die Renaissance des absoluten Islam“ (S. 140) verkörpert, sei dem Westen allerdings gänzlich entgangen. Näher beleuchtet werden sodann das Alltagsleben und die Organisationsstruktur im Kalifat, die „Finanzstrategie“ der „reichsten Terrororganisation der Welt“ (S. 96), ihre militärischen Fähigkeiten und ihre theologische Fundierung im „Takfirismus“ (S. 78) des 7. Jahrhunderts. Besonderes Augenmerk erfahren die extreme Brutalität der Dschihadisten, die sich bei ihrem gewalttätigen Handeln explizit auf Koran und Sunna berufen, sowie deren Vermarktung im Zuge einer hochprofessionellen „Medienpolitik“ (S. 74). Diese Ziele zum einen auf die Auslösung kampfkraftzeretzenden Entsetzens unter den militärischen Gegnern, zum anderen auf die weltweite Rekrutierung „potenzieller Kandidaten für den Dschihad“ (S. 76) – beides durchaus erfolgreich.

Ein drittes Kapitel widmet sich den Veränderungen der geopolitischen Lage durch den IS und seine Sympathisanten, deren Gruppierungen sich inzwischen von Libyen, Algerien und Nigeria bis zum indisch-pakistanischen Grenzgebiet und den Philippinen erstrecken. Besonderes

Augenmerk schenken die Autoren dem Zickzackkurs Saudi-Arabiens, dessen Norden ein „potenzielles Eroberungsgebiet“ (S. 111) des IS darstellen dürfte, der zwiespältigen Rolle des finanzstarken internationalen Salafismus-Förderers Katar und dem hochproblematischen türkischen „Eiertanz“ (S. 116) der jahrelangen stillschweigenden Unterstützung von ISIS/IS mit dem Ziel einer „Schwächung der kurdischen Sphäre“ (S. 117). Kritisch kommentiert wird nicht zuletzt aber auch das Fehlen eines überzeugenden politischen Konzepts der westlichen Staaten – allen voran der USA – und ihrer Verbündeten im Nahen Osten.

Abgerundet wird der Band schließlich durch zwei kurze Kapitel. Unter der Leitfrage „Ist der Islamische Staat zu stoppen?“ (S. 139) entwickelt das erste von ihnen drei mittelfristige Zukunftsszenarien: Szenario 1 skizziert die düsteren Folgen eines Sieges des IS und einer dauerhaften Stabilisierung des Kalifats. In Szenario 2 gelingt es zwar, den IS zu zerschlagen, die Lage in der Region bleibt aber instabil. Als erstrebenswert erscheint einzig Szenario 3, die Niederlage des IS und Befriedung der Region. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es für die Autoren entweder der „schiitischen Karte“ (S. 143) – einer Einkreisung des IS durch Syrien unter Assad, Kurdistan, Iran und Südirak mit anschließender Reduzierung der IS-Territorien unter militärischer Mithilfe Russlands. Alternativ müsse die „sunnitische Karte“ (S. 144) gespielt werden – Umstimmung der sunnitischen Stämme im Irak mit Hilfe der Türkei und Saudi-Arabiens durch eine Politik der Großzügigkeit und die Gewähr, den Staat in seinen historischen Grenzen zu erhalten.

Zum Abschluss blicken Olivier Hanne und Thomas Flichy de la Neu-

ville auf die aktuellen Entwicklungen in Europa. Am Beispiel der Pariser Attentate vom 7. Januar 2015 verdeutlichen sie, dass die Berufung auf den IS es auch islamistischen Terroristen hierzulande ermöglicht, ihre Taten zu legitimieren und in einen klar definierten Rahmen einzuordnen. Dass es auch vor diesem Hintergrund und einer rasant steigenden Anzahl radikalierter Rückkehrer in die Heimatländer unumgänglich ist, dem „arabisch-sunnitischen Traum von der Revanche an der Geschichte und der uralten Idee einer Wiederbelebung des islamischen Kalifats“ (S. 148 f.) ein Ende zu bereiten, bildet den alarmierenden Schlussakkord dieses lesenswerten Bandes.

PHILIPP W. HILDMANN

Buchta, Wilfried: **Terror vor Europas Toren. Der Islamische Staat, Iraks Zerfall und Amerikas Ohnmacht.** Frankfurt am Main: Campus Verlag, 395 Seiten, € 22,90.



Momentan scheint die bisherige Ordnung im Nahen Osten kontinuierlich zu zerfallen und der Westen steht dem ratlos gegenüber. Während Staaten wie Libyen oder Syrien zum Opfer des gescheiterten Arabischen Frühlings von 2011 wurden, ist die gegenwärtige Instabilität des Iraks hingegen auf eine verfehlte US-Besatzungspolitik sowie auf das politische Erbe Saddam Husseins und des-

sen Vorgängern zurückzuführen. Dies sind die Kernthesen, die der Islamwissenschaftler Wilfried Buchta in seinem jüngst erschienenen Buch „Terror vor Europas Toren. Der Islamische Staat, Iraks Zerfall und Amerikas Ohnmacht“, erschienen im Campus Verlag, eindringlich untersucht. Der Autor, der zwischen 2005 und 2011 als politischer Analyst für die Vereinten Nationen in Bagdad gearbeitet hat, eröffnet dem Leser in neun Kapiteln auf 395 Seiten eine rundum authentische und umfassende Analyse. Sein Werk zählt zweifelsohne zu den wertvollsten Neuerscheinungen, die der deutsche Büchermarkt zum Thema Nahost derzeit bietet.

Buchta beginnt sein Buch mit dem düstersten Ergebnis der Nahostentwicklung: der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS), welche mit dem Angriff auf Mossul im Sommer 2014 „wie Phönix aus der Asche“ zurückgekehrt ist. Diese sunnitisch-islamistische Terrorgruppe profitierte von konfessionellen Spannungen innerhalb der irakischen Gesellschaft und Politik sowie einer schlecht ausgerüsteten irakischen Armee. Zusätzlich befeuern sich die Bürgerkriege im Irak und in Syrien gegenseitig. Der IS ist derzeit, laut Buchta, die gefährlichste Terrororganisation der Welt und könnte durch eine fortwährende Instabilität der Region weiterhin an Stärke gewinnen.

Der Konfessionskrieg zwischen Sunniten und Schiiten, zwei Glaubensrichtungen, welche die Vorherrschaft im Islam beanspruchen, beschränkt sich jedoch weder auf den Irak noch auf die Gegenwart. Vielmehr entwickelten sich, so zeigt Buchta in seinem zweiten Kapitel, seit der Spaltung im 7. Jahrhundert wesentliche theologische, kulturelle und politische Gegensätze zwischen den Glaubensgemeinschaften. Dieser

innerislamische Konflikt wird derzeit besonders gewaltvoll im Irak ausgetragen, wo auch der „IS“ seine Ursprünge fand.

Doch wie konnte die Staatlichkeit des Iraks derart entgleiten? Der Antwort dieser Kernfrage widmet Buchta fünf Kapitel. Detailreich zeichnet er zunächst die irakische Geschichte seit dem Ende der Osmanen-Herrschaft 1918 nach. Verheerend war besonders die Grenzneuziehung durch die Kolonialmächte, welche keine Rücksicht auf ethnische und kulturelle Kontinuitäten nahm, so Buchta. Nach einer kurzen Phase der Monarchie unter britischem Mandat begann in den 1960er-Jahren die Ära totalitärer Regime, die mit Saddam Hussein ihren Höhepunkt fand.

Die Anschläge von 9/11 veränderten Washingtons Irak-Politik und leiteten 2003 eine US-Invasion ohne UNO-Mandat mit dem Ziel eines „Regime-Change“ ein. Buchta ist überzeugt, dass die darauf folgende Besatzungs- und Wiederaufbaupolitik gescheitert ist. Zum einen gab es personelle und strategische Fehler, aber auch inneramerikanische wie auch innerirakische Ursachen für das Scheitern der Mission. Denn nachdem die US-Offensive militärisch rasch vorstieß, brach die öffentliche Ordnung vollständig zusammen. Realitätsverlust und Rivalität zwischen den Akteuren konnten kein stabiles Fundament schaffen. Buchta nennt drei Hauptfehler der US-Besatzungspolitik: das Verbot der Baath-Partei, welche von der Bevölkerung als „Ent-Sunnifizierung“ wahrgenommen wurde, die Auflösung der irakischen Streitkräfte, was die Lebensgrundlage für hunderttausende Iraker zerstörte, und der gescheiterte Versuch einer Demokratisierung des politischen Systems, das die konfes-

sionell-ethischen Trennlinien verstärkte. Dazu kamen Misserfolge bei Wirtschafts- und Medienreformen und der Verlust der Glaubwürdigkeit durch den Abu-Ghraib-Skandal. Das Ergebnis der US-Zivilverwaltung spiegelte sich in den Wahlen 2005 und dem darauf folgenden Bürgerkrieg zwischen 2006 und 2008 wider. Während die Schiiten und Kurden die Macht im Irak übernahmen, sahen sich die Sunniten Benachteiligung und Ausgrenzung ausgesetzt. Damit war der Staat vollends konfessionell zersplittert und Al-Qaida im Irak, der Vorläufer des IS, hatte leichtes Spiel, unzufriedene Sunniten auf seine Seite zu locken.

Buchta beschreibt, wie die schiitische Regierung ihre Machtbasis kontinuierlich weiter ausbaute. Durch die Parlamentswahlen 2010 ein zweites Mal bestätigt, folgte der schiitische Regierungschef Maliki, so der Autor, „den Fußstapfen Saddam Husseins“.

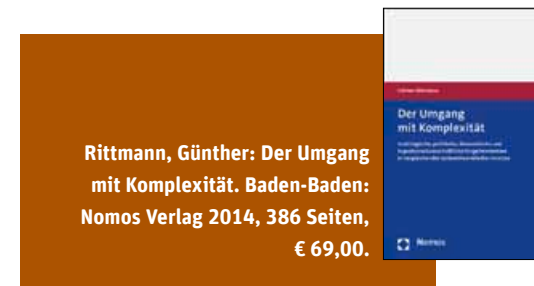
Vor diesem Hintergrund konnte die Terrormiliz IS leicht Einfluss gewinnen. In seinem achten Kapitel korreliert der Autor die Wirkungszusammenhänge der Instabilität des Iraks und des syrischen Bürgerkrieges mit dem Erfolg des IS. Zudem gibt er Auskünfte über dessen Strategie, seine Einnahmequellen und Einblicke in dessen staatsähnliche Strukturen, die er mit einem „professionell geführten, auf modernen Managementmethoden aufgebauten multinationalen Wirtschaftsunternehmen“ vergleicht.

Das Buch endet mit einem Fazit des Autors. Es sei fraglich, ob die drei de facto irakischen Teilstaaten der Sunniten, Schiiten und Kurden zukünftig wieder vereint werden, da er kein Interesse an Frieden unter den Konfliktparteien sieht. Zudem fehle der Anti-Terror-Ko-

alition eine Gesamtstrategie, während weitere Akteure, wie das Assad-Regime in Syrien oder der Iran, ihren Einfluss ausüben und dadurch die Krise weiter verschärfen.

Buchta ist mit seinem Werk ein schwieriges Unterfangen erfolgreich gelungen. Er hat es geschafft, die komplexe Situation des zerfallenen Irak aus innen- und außenpolitischer Perspektive zu entwirren. Für Leser, die sich mit dem Nahen Osten beschäftigen, ist dieses Buch daher sehr empfehlenswert.

DINAH ELISA KHWAIS



Rittmann, Günther: **Der Umgang mit Komplexität. Baden-Baden: Nomos Verlag 2014, 386 Seiten, € 69,00.**

Wenn ein im Ruhestand befindlicher, über 30 Jahre im Bereich der Elektro- und Nachrichtentechnik tätig gewesener Ingenieur noch eine sozialwissenschaftliche Promotion abschließt, dann spricht dies für eine hohe Motivation und ein klares Erkenntnisziel. Dem Autor Günther Rittmann, weiterhin auch als Lehrbeauftragter an der Universität Ulm tätig, gelingt eine spannende komparative Analyse zum Umgang mit Komplexität in vier übergreifenden Disziplinen, in der er seine praktischen Erfahrungen mit profund erworbenen theoretischen Kenntnissen in der Systemtheorie Luhmanns und anderer Vertreter zu synthe-

tisieren versteht. Er stellt die unterschiedlichen Rationalitäten in den Disziplinen Soziologie, Politikwissenschaft, Ökonomie und Ingenieurwissenschaft dar. Nach einer ausführlichen Einführung in das Luhmannsche Denken und der Darstellung der Bedeutung der Variablen Kommunikation für die Systembildung und Systemdifferenzierung von Gesellschaften erweitert Rittmann die Perspektive um steuerungstechnische Systemansätze; der soziologisch-funktionale Ansatz Eastons und Almonds wird wie das klassische Kybernetikmodell Karl Deutschs bis hin zu gegenwärtig viel diskutierten Governance-Ansätzen vorgestellt. Diese Ansätze erlauben sowohl die genaue Beschreibung der zunehmenden gesellschaftlichen Komplexität als auch die Entwicklung von Ansätzen zur Steuerung und Gestaltung dieser Komplexität. Die konkreten Veränderungen im politischen Prozess durch die Zunahme an relevanten Akteuren stellt Rittmann in Form einer historischen Genese dar. Der abgeschlossene, hierarchisch organisierte Zentralstaat wurde, so das Ergebnis, durch die Penetration der Entscheidungsprozesse von oben („top down“) – durch den zunehmenden Einfluss globaler, inter- und supranationaler Organisationen – sowie von unten („bottom up“) durch unterschiedlichste gesellschaftliche Akteure zu einem hyperkomplexen gesellschaftlichen System. Durch die Entstehung und Entwicklung dieser sich beständig transformierenden Umwelt wurde der Staat dazu gezwungen, netzwerkförmige Interaktionsstrukturen zu entwickeln, die flexible Anpassungen an die Umwelt und interne Reformprozesse ermöglichen. Die komplexen Aufgabenstellungen in der Governance umfassen, so der Autor, beispielsweise die Koordination

staatlicher und ziviler Organisationen sowie die flexible Reaktion auf die interessenaggregierenden Prozesse beim Agenda Setting in der Politikführung. Das sich durch wiederholende Interaktionen ausbildende Vertrauen zwischen relativ gleichrangigen Akteuren stelle das für die systemische Funktionalität unerlässliche soziale Kapital dar, das das Komplement zu den sich abflachenden Hierarchien in den Netzwerkstrukturen bilden solle.

Durch Analogien zwischen einem Gesetzgebungsverfahren und seinen verschiedenen Phasen und einem idealtypischen Produktentwicklungsprozess stellt der Autor Möglichkeiten einer Komplexitätsreduzierung vor; wie sich die Politik offen gegenüber den Anforderungen der gesellschaftlichen Umwelt zeigen muss, so gilt dasselbe für ein Unternehmen, das ein Produkt dauerhaft erfolgreich im Markt etablieren will. Während das Feedback-Instrument im Sinne kybernetischer Steuerung in der Politik unter anderem die Meinungsumfrage ist, sind das im Falle des Unternehmens Marktanalysen. In Bezug auf die Anwendungsmöglichkeiten systemischen Denkens in der politischen Praxis deutet Rittmann an, dass auf den unteren politischen Ebenen wie im kommunalen Bereich eine Professionalisierung des Verwaltungshandelns mit Hilfe externer Berater erreicht werden kann, die auf einfache Instrumente der Komplexitätsreduzierung zurückgreifen könnten. Der Einsatz innovativer IT-Systeme könne dabei effizienzsteigernd wirken.

Die Ebene, auf der die verschiedenen disziplinären Kontexte vergleichbar gemacht werden, ist das individualisierte Projekt. Die Frage ist aber, ob eine reine Projektorientierung in den Sozialwissenschaften und in der politischen Pra-

xis nicht auf traditionelle Widerstände stoße und ahistorisch wirke. Der Einsatz der Portfolio-Analyse als weit verbreitetes Planungs- und Analyseinstrument mit ihrem Vorzug, systemische Entwicklungen im Spannungsfeld von externen Faktoren und systeminternen Variablen als Mehrebenen-Analyse zu bewerten, ist jedoch mit relativ geringem Aufwand in den vorstehend genannten vier Disziplinen durchführbar.

Dass der Einsatz naturwissenschaftlicher Methoden in gesellschaftspolitisch relevanten Feldern stets die klassischen Gefahren des social engineering in sich birgt, welches den freiheitlichen Spielraum genuin menschlichen Handelns gefährlich beschränken kann, wird in diesem umfassenden Band nicht thematisiert, sollte jedoch unbedingt beachtet werden. Der Begriff des Vertrauens, interpretiert als Sozialkapital, müsste weiter problematisiert werden, denn es sind gerade „menschliche“ Animositäten und Verhaltensweisen wie das Mobbing, die systemische Optimierungsversuche konterkarieren, wie zahlreiche organisationssoziologische Studien nachweisen.

Dennoch: Das Buch stellt einen mutigen und bedenkenswerten synoptischen Ansatz dar. Es kann für Sozial- und Politikwissenschaftler als auch Ingenieure wertvolle Denkanstöße geben und zur Reflexion über Probleme in den eigenen organisatorischen Strukturen einladen – Mängel in der Professionalität gibt es gerade im staatlichen Verwaltungshandeln zuhauf, die mit Hilfe in diesem Buch dargestellter Werkzeuge zu beheben sind, ohne dass gleich die gesellschaftliche Dystopie einer gleichgeschalteten Gesellschaft ins Werk gesetzt werden müsste. Der modulare Aufbau des Buches ermöglicht den gezielten

Einsatz in den jeweiligen Spezialdisziplinen, aber auch in projektorientierter Weise. Und es fordert dazu auf, über Chancen und Gefahren einer technologischen Gesellschaft nachzudenken.

CHRISTOPH ROHDE



Das Titelbild des Kataloges der Bayerischen Landesausstellung 2015 im Neuen Schloss zu Ingolstadt, „Napoleon und Bayern“, zeigt verblüffenderweise gar nichts Bayerisches, sondern vielmehr einen Eckstein der napoleonischen Legendenbildung: den wesentlichen Teil des allgemein bekannten Gemäldes von Jacques Louis David, auf dem Napoleon, damals noch „Erster Konsul“ Bonaparte, im Frühjahr 1800 den Großen Sankt Bernhard hoch zu Ross überschreitet, um im Zweiten Koalitionskrieg die Österreicher in Oberitalien anzugreifen. Die Herausgeber arbeiten dabei teilweise mit Verfremdung. Im Hintergrund schießt Feuer hoch, das in den Originalen fehlt, Bonapartes Pferd ist an Kopf und dramatisch flatternder Mähne mit Lila- und Grautönen „angereichert“ worden. Das trägt zur pathetischen Meisterschaft des Malers nichts weiter bei, darf aber als ein Hauch von

Pop-Kunst durchgehen, die hier ihren Gegenstand jedoch nicht simplifiziert oder parodiert, sondern sogar noch zusätzlich pathetisiert, gar dämonisiert.

Im Text dann wird das berühmte Gemälde sehr kenntnisreich kommentiert, gewissermaßen seines ikonenhaften Charakters entkleidet, sowohl in kunstgeschichtlicher als auch in ästhetischer Hinsicht.

In den Beiträgen von Marcus Junkelmann, der sich als Militärhistoriker und auch schon als Biograph des Ministers Montgelas einen Namen gemacht hat, wird in allgemein-verständlichem Ton alles referiert, was man für die Zusammenhänge des Themas wissen muss, und es wird der bayerische Akzent natürlich deutlich gesetzt, wobei lokalpatriotische Aufgeregtheiten durchgehend vermieden sind. Bayern hat in napoleonischer Zeit durch tiefgreifende innere Reformen, die weniger von Napoleon selbst als von dem Gedankengut der Aufklärung hergeleitet sind, einen entscheidenden Schub der Modernisierung erlebt. Das war der fortgehende Gewinn des Zusammengehens von Wittelsbachern und Franzosen, den der Katalog mit seinen Texten und der Präsentation von (nicht allen) Exponaten betont.

Zu einem von der damaligen Zeit ausgehenden „Gründungsmythos“ des Königreichs Bayern kam es aber nicht. Denn je nationaler die Gesinnung in ganz Deutschland während des 19. Jahrhunderts wurde, desto weniger war es ein Ruhmestitel, dass das frischgebackene Königreich nun tatsächlich „von Napoleons Gnaden“ herrührte – wie die Königswürde in Sachsen und Württemberg übrigens auch. König Ludwig I., der schon als Kronprinz Napoleon nicht hatte leiden mögen, setzte den Akzent lieber auf die Beteiligung Bayerns an den Befrei-

ungskriegen als auf die Zeit des französischen Bündnisses. Daher gibt es in München, als Erinnerung an den Feldzug von 1814, zwar eine Briener-, Barer- und Arcisstraße – aber keinen Namen, der an die Teilnahme an Napoleons Siegen erinnert.

Als Rechtfertigung für die bayerische Haltung ab 1805 wird zutreffend eingewendet, dass Bayern sich damals an Frankreich halten musste. Denn die österreichischen Absichten, sich das Kurfürstentum ganz oder teilweise einzuverleiben, wie es schon Kaiser Joseph II. (1765-1790) im Sinne gehabt hatte, waren bekannt. Der Katalog thematisiert jedoch zu wenig, dass Österreich in der Folge von solchen Absichten abließ, weil es für die politische Organisation Deutschlands (den „Deutschen Bund“) nach dem Sieg über Napoleon und dem Zusammenbruch des „Rheinbundes“ ein starkes Bayern brauchte, das in Abstimmung mit Wien Süddeutschland dominierte, damit gegen Preußen innerhalb des „Deutschen Bundes“ ein Gegengewicht zur Verfügung stand.

Die Beschreibung der Ausstellungsgegenstände muss, was den historischen Kontext angeht, mitunter mit Vorsicht gelesen werden. So heißt es zu dem hinreißenden Exponat „Bonaparte auf einem Dromedar“, das sich auf den Ägyptenfeldzug von 1798/99 bezieht: „Dem Ansehen Napoleons schadete der missglückte Feldzug nicht. [...] so wurde er bei seiner Rückkehr nach Frankreich als Retter begrüßt.“ Da besteht aber kein Widerspruch. Denn das Scheitern in Ägypten war zur Zeit von Bonapartes Staatsstreich (November 1799) noch nicht evident, und den „Retter“ brauchte die Republik wegen ihrer fortgesetzten Niederlagen in den europäischen Kampagnen dieses Jahres.

Aber zweifelsohne lebt eine solche Ausstellung weniger von der Darstel-

lung politischer und militärischer Zusammenhänge als davon, die Atmosphäre einer Zeit auch auf der Ebene der alltäglichen Freuden und Leiden sichtbar und damit emotional nachvollziehbar zu machen, „hinter die Kulissen der Zeit auf die Schicksale der Menschen“ zu verweisen, wie die Einleitung formuliert. Eine erfolgreiche Ausstellung ist eine Schau und kein Seminar. Was für rezentere Zeiten die „oral history“ ist, das bedeuten für zwei Jahrhunderte früher Exponate wie zum Beispiel die zwei Totenscheine für die aus Niedertaufkirchen bei Mühldorf am Inn stammenden Soldaten, die während des Feldzuges von 1807 in den Lazaretten von Warschau und Breslau starben, oder die von Einschusslöchern durchsiebte Weste des Buchhändlers Palm, der im August 1806 auf Befehl Napoleons erschossen wurde, da er das anti-französische Pamphlet „Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung“ verlegt hatte.

Das Literaturverzeichnis ist sehr umfangreich. Es fehlt darin aber: Alain Pigeard, *L'Allemagne de Napoleon, La Confederation du Rhin (1806-1813)*, Paris 2013. Da werden alle Rheinbundstaaten lexikalisch und detailliert gewürdigt, zur Vergrößerung des bayerischen Staatsgebietes finden wir darin: Bayern „erwarb in den Bürgern der Freien Reichsstädte, in den Franken der Bistümer, in den Territorien von Salzburg, Ansbach, Regensburg, selbst in Tirol und Vorarlberg, Elemente von Zivilisation und Fortschritt, die denen überlegen waren, die das alte Bayern hatte“. Und die nach München geholten fortschrittlichen Geister, zum Beispiel Feuerbach und Thiersch, „hatten gegen die Feindschaft der Priester zu kämpfen, die Indolenz und Apathie der öffentlichen Meinung, schließlich einen echten Widerstand des bayerischen Nati-

onalgeistes“ („national“ hier eher als „regional“ zu verstehen).

Aber, wie gesagt, eine Ausstellung ist eine Schau und kein Seminar.

BERND RILL

Wanner, Michael (Hrsg.): **Gedenkbuch Kasachstan. Staatsterror an den Deutschen in den Jahren 1919-1953 auf dem Territorium der heutigen Republik Kasachstan. Nürnberg: Russlanddeutsche Zeitgeschichte (Bd.13) 2014, 575 Seiten, € 25,00.**



Der Historische Forschungsverein der Deutschen aus Russland hat eine neue Veröffentlichung, das Gedenkbuch Kasachstan, herausgegeben. Es dokumentiert den Staatsterror an den Deutschen auf dem heutigen Gebiet der zentralasiatischen Republik.

Das vorliegende Gedenkbuch Kasachstan wirft einen Blick auf die geschichtliche Vorzeit der behandelten Landschaft und bringt hiermit nicht nur den deutschen Lesern, sondern auch den Russlanddeutschen Unbekanntes. Dieses Buch beleuchtet die Situation derjenigen Deutschen, die aus religiösen Gründen Opfer in der ehemaligen Sowjetunion wurden. Soweit es sich als notwendig ergab, wurden alle für die Russlanddeutschen wichtigen historischen Begebenheiten mit erwähnt und auch die Gesamtgeschichte Kasachstans.

Außerdem bildet das Buch eine gute Gelegenheit, mit kurzen und verständlichen Darstellungen verschiedene histori-

sche Perioden aus dem religiösen Leben der Russlanddeutschen Kasachstans einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Dieses Buch widmet sich einem bisher weitgehend unbekanntem Teilbereich der Geschichte der deutschen nationalen Minderheit auf dem Territorium der Republik Kasachstan. Es beleuchtet die Entwicklung der konfessionellen Beziehungen der oben genannten Volksgruppe im zaristischen Russland und in der ehemaligen Sowjetunion. Dem Werk des Historischen Forschungsvereins der Deutschen aus Russland geht es zu wesentlichen Teilen um das Schicksal der deutschen Minderheit in Kasachstan. Im Buch sind verschiedene Forschungsberichte und Analysen in Überblicksdarstellungen über die damalige und heutige Situation unter den Deutschen Kasachstans zusammengefasst worden. Diese Untersuchung will zur Schließung der Informationslücke über die deutsche Bevölkerung Kasachstans, ihr Leben in der höchst dramatischen, komplizierten und bisweilen auch widersprüchlichen Zeit ihrer Ansiedlung bis heute in dieser Republik beitragen. Das Gedenkbuch Kasachstan enthält Beiträge von Historikern über die Geschichte der Religionsgemeinschaften der Russlanddeutschen in Kasachstan.

Die Autoren beschäftigen sich in sehr unterschiedlicher Betrachtungsweise mit der Geschichte und mit den Fragen über die Entwicklung der konfessionellen Beziehungen, und dieses Buch spiegelt den Stand der wissenschaftlichen Untersuchungen repräsentativ wider. Das Gedenkbuch enthält auch zahlreiche Fotos und Erinnerungen. Die vorliegende Edition verdient große Aufmerksamkeit.

WALDEMAR SCHMIDT

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet www.hss.de/publikationen.html bestellt werden:



**ARGUMENTE UND MATERIALIEN
ZUM ZEITGESCHEHEN**
Nr. 99: Wem gehört das Sterben?
Sterbehilfe und assistierter Suizid

**ARGUMENTE UND MATERIALIEN
ZUM ZEITGESCHEHEN**
Nr. 100: Frankreich im Umbruch – Innerer
Reformdruck und außenpolitische Herausforderungen



ARGUMENTATION KOMPAKT
Nr. 5/2015: Al Qaida und „Islamischer Staat“ –
Die Terrornetzwerke im Vergleich



SONSTIGES
Franz Josef Strauß-Preis 2015:
Dokumentation der Preisverleihung
an Reiner Kunze am 9. Mai 2015



Franz Josef Strauß oder „der dickköpfige
Satansbrätling“, hrsg. von Renate Höpfinger,
München 2015. Schutzgebühr: 5,00 €

VORSCHAU

POLITISCHE STUDIEN

Nr. 464: „Innere Sicherheit und gefühlte Sicherheit – Wie entwickelt sich die Einbruchskriminalität?“ mit Beiträgen von Joachim Herrmann, Franz Porzolt und Volker Ullrich

POLITISCHE STUDIEN

6 X IM JAHR

Jetzt Jahresabo abschließen!

THEMENHEFTE



Herausgeber:

© 2015, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München
Lazarettstraße 33, 80636 München,
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,
Online: www.hss.de

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle,
Staatsministerin a. D.
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeit-
geschehen: Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ / Publikationen: Hubertus Klingsbögl

Redaktion:

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
(Chefredakteur, V.i.S.d.P.)
Barbara Fürbeth
(Redaktionsleiterin; fuerbeth@hss.de)
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)
Susanne Berke (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)
Marion Steib (Redaktionsassistentin; steib@hss.de)
Irene Krampfl (Abo-Verwaltung; krampfl@hss.de)
Graphik: trurnit Publishers GmbH
Druck: Bosch-Druck, Landshut

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme

verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Bezugspreis:

Einzelhefte € 5,50
Jahresabonnement € 30,00
Schüler / Studenten bei Vorlage einer Bescheinigung kostenfreies Semester-Abonnement
Keine Versandkosten

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als zweimonatiges Nummernheft und Themenheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind über die Redaktion und den Buchhandel möglich.

Kündigungen müssen der Redaktion schriftlich mindestens 8 Wochen vor Ablauf des Abonnements vorliegen, ansonsten verlängert sich der Bezug um weitere 12 Monate.

Bildnachweis für Titel:
Michael Brown/fotolia.com

